Mittwoch, 2. Mai 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 v 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 102 - 18.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

50950

TAGESSCHAU

POLITIK

Stoiber nach Bonn: Der CSU-Vorsitzende Ministerpräsident Strauß will nach zuverlässigen Informationen der WELT seinen Staatssekretär in der Münchener Staatskanzlei, den ehemaligen CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber zum neuen Bundesratsminister Bayerns mit Dienstsitz in Bonn machen. Stoiber war als Nachfolger des im Juni ausscheidenden bayerischen Sozialministers Pirkl im Gespräch. Diesen Posten soll nun der bisherige Bundesratsminister Schmidhuber übernehmen. (S. 5)

Steuerreform: Nach einer fünfstündigen Sitzung des CDU-präsidiums und einer Beratung im kleinen Kreis bei Finanzminister Stoltenberg rechnet man mit einem Programm zu steuerlichen Entlastung der Familie in jedem Fall vor Ende der Legislaturperiode. (S. 10)

Festnahmen im Wendland: Rund 4000 Kernkraftgegner aus allen Teilen der Republik haben am Wochenende den Verkehr im Gebiet Gorleben/Dragahn zwölf Stunden lang erheblich blockiert. 700 Personen wurden vorübergehend festgenommen. (S. 10)

„Volksbüro" untersucht: Nach der Räumung der libyschen Botschaft in London haben Polizei-Experten das Gebäude untersucht, aus dem heraus eine Polizistin erschossen worden war. (S. 6)

Mikrozensus verschoben: Die für Mai geplante Repräsentativ-Erhebung der Bevölkerung und des Erwerbslebens wird auf Beschluß des Bundeskabinetts verschoben. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Volkszählungsgesetz hält die Regierung auch eine Novellierung des Mikrozensus-Gesetzes für notwendig. Die verschobene Erhebung wird vermutlich erst nächstes Jahr nachgeholt.

Katalonien: Wie schon im Baskenland hat sich bei den Regionalwahlen im traditionell links wählenden Katalonien am Sonntag der Bürgerblock nach vorn geschoben. Die in Madrid regierenden Sozialisten blieben weit abgeschlagen auf Platz zwei; die Kommunisten erlitten eine drastische Niederlage. (S. 6)

Siedlungspolitik: Israels Ministerpräsident Schamir kündigt die Fortführung der bisherigen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten an. Auch Oppositionsführer Peres will wie bestehenden Siedlungen im Falle seines Wahlsiegs nicht aufgeben. (S. 6)

Heute: Präsident Reagan trifft Papst Johannes Paul in Alaska. – Bundeskanzler Kohl zu Gespräch mit Premierministerin Thatcher nach London. – Chinesischer Außenhandelsminister in Bonn. – Spitzengespräch in der Druckindustrie.

ZITAT DES TAGES



„Es gibt nur dann etwas zu verteilen, wenn vorher etwas verdient wird"

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm gestern in Salzgitter zur Gewerkschaftsforderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich (S. 4)
FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Gebrauchtwagen-Hausse: Während sich die Pkw-Neuzulassungen im März mit einem Minus von 7,1 Prozent etwas eintrübten, wurde im Februar dieses Jahres die bisher höchste Zahl an Besitzumschreibungen gebrauchter Fahrzeuge notiert: 458 989 Pkw und Kombi (plus 19,8 Prozent). (S. 11)

Musikmarkt: Der deutsche Markt für Schallplatten und Musik-Casetten, nach den USA der zweitgrößte in der Welt, zeigt Schwächen: minus fünf Prozent Umsatz 1983. (S. 11)

Ungarn: 1985 sind weitere Schritte in Richtung Marktwirtschaft geplant – Abbau von Preissubventionen, leistungsgerechte Löhne und dezentralisierte Unternehmensleitungen. (S. 12)

Börse: Mangelnde Unternehmungslust und geringe Umsätze an den Aktienbörsen ließen es zu keinen Veränderungen des Kursniveaus kommen. Der Rentenmarkt stand unter Druck. WELT-Aktienindex 151,2 (151,2). Dollarmittelkurs 2,7174 (2,6957) Mark. Goldpreis pro Feinunze 375,80 (379,25) Dollar.

KULTUR

Maazel: Seit Lorin Maazel seinen vorzeitigen Rücktritt mit Ende dieser Saison bekanntgegeben hatte, wartete man in Wien gespannt auf seine letzte Premiere. Verdis „Aida" in der Inszenierung des Regie-Debütanten Nicolas Joël wurde allerdings zu Maazels Waterloo. (S. 17)

Ausgrabungen in Peru: Die Ruinen einer bisher unbekannten Stadt aus der Spätzeit der Mochica-Kultur um das Jahr 1000, die auch in der Inka-Zeit bis zur spanischen Kolonisation blühte, sind bei Bauarbeiten 750 Kilometer nördlich von Lima entdeckt worden.

SPORT

Fußball: Borussia Mönchengladbach hat das Finale um den DFB-Vereinspokal erreicht. In einem spannenden Spiel schlugen sie Werder Bremen n.V. 5:4 (4:4, 2:1). Criens erzielte den 4:4-Ausgleich und den Siegtreffer. (S. 8)

Ringen: Pasquale Passarelli aus Nürnberg gewann bei der Europameisterschaft im klassischen Stil die Silbermedaille im Bantamgewicht. Zum Kampf um Gold konnte er wegen einer Verletzung nicht antreten.

AUS ALLER WELT

Blumenfest: Vor drei Jahren stand der Liverpooler Stadtteil Toxteth in Flammen, als sich Zorn und Protest gegen Armut und Kriminalität im Armenhaus der britischen Nation gewaltsam entluden. Heute eröffnet die Queen hier die erste internationale Gartenschau des Vereinigten Königreichs. (S. 18)

Wonnemonat: Metereologisch hat der Mai nichts „Liebliches". „Seine Neigung zu klimatischen Schwankungen ist notorisch", erklärt ein Experte des Deutschen Wetterdienstes. (S. 18)

Wetter: Im Norden regnerisch, im Süden wechselnd wolkig; 14 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Barzel: Es geht nicht an, den Staat in Frage zu stellen

WELT-Gespräch über den Tarifstreit zur 35-Stunden-Woche

DW. Bonn

In die Diskussion über die von den Gewerkschaften geforderten Arbeitszeitverkürzungen hat sich zum 1. Mai Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem Appell eingeschaltet, die Auseinandersetzungen zu beenden. Indessen war in den Mai-Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) kein Hinweis auf Mäßigung erkennbar. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit warf der Bundesregierung und den Arbeitgebern vor, den Sozialstaat „sturmreif schießen zu wollen".

Trotz dieser scharfen Töne geht der Bundesverband Druck heute mit „vorsichtigem Optimismus" in das Spitzengespräch mit der IG Druck und Papier. Diese Gewerkschaft erklärte zugleich, sie wolle ihre „flexiblen Streikaktionen fortsetzen".

Korrespondierend zu den zeitweilig zurückhaltenden Tönen anderer Gewerkschaftsmitglieder äußerte sich die IG Metall erneut sehr kämpferisch. Das Wort von Franz Steinkühler, es werde vielleicht den „härtesten Arbeitskampf der Nachkriegsgeschichte" geben, ist von anderen Vorstandsmitgliedern der Metallgewerkschaft in Frankfurt übernommen worden.

*

Der Informationsstand der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland ist genauso vollständig wie der Informationsstand der Vorstände in den Unternehmen. Der Gesetzgeber, der die Mitbestimmungsregelungen einführte, wollte ein Klima schaffen, in dem niemand sagen kann, es gehe bei einem Tarifstreit „um die Grundlagen der Republik, um das Fundament des Staates". Dies erklärte Bundestagspräsident Rainer Barzel in einem Gespräch mit der WELT. Das Gespräch führte Herbert Kremp.

Der Präsident äußerte seine Bedenken über die „politische Sprache", die in dem gegenwärtigen Tarifkonflikt geführt werde. Es gehe ja wohl nicht an, wegen einer 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und des Streits der Tarifpartner darüber den ganzen Staat in Frage zu stellen. Wer von den Streitenden könne sich auf Kosten der Ordnung und des Gesichts des ganzen Landes gegen die andere Seite durchsetzen wollen, fragte Rainer Barzel. Die Frage, um die es bei den noch zu erwartenden Tarifgesprächen in dieser Woche gehe, sei doch eine ganz normale und alltägliche: Können wir uns das eine oder das andere leisten oder nicht?

SEITEN 3 UND 4:
Weitere Beiträge

Deshalb beantwortet Rainer Barzel die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland einer Zeit schwerer Arbeitskämpfe entgegengehe, mit Gelassenheit. Sicher gebe es in der Republik Gruppen und Organisationen, die es darauf anlegten, die Politik einer von der Mitte geführten Regierung zu destabilisieren. „Aber das regt mich nicht auf", sagte Barzel.

„Blicken Sie auf das Parlament. Der Deutsche Bundestag hat seine gute Ordnung und bewahrt in dieser Legislaturperiode entgegen manchen Voraussagen Würde und Stil. Es gibt Herausforderungen. Die gibt es überall. Es gibt auch im Tarifstreit Gruppen, die Wochenarbeitszeit sagen, aber eine andere Republik meinen. Das erschüttert nicht unser Selbstbewußtsein. Der Deutsche Bundestag, nach dem Sie mich fragen, erweist sich jedenfalls als das Herz der Republik. Bei uns, wissen Sie, haust die Vernunft."

Der Bundestag hat die Fraktion der Grünen aufgenommen, sagte Barzel weiter. Die Mehrheit dieser Parlamentarier habe sich daran gewöhnt, im Bundestag mitzuarbeiten. Sie wußten, was in der Legislaturperiode bewirkt werden könne und was nicht. „Wir haben im Parlament nicht alle Sanftheit und Großzügigkeit verwirklichen können, aber wir haben auch nicht die Krawalle bekommen, von denen zu Eingang unserer Tagungszeit die Rede war."

Sicher gebe es jetzt einiges zu ändern und die „Persönlichkeit des Parlaments" weiterzubilden, sagte Barzel weiter. Er erwähnte zum Beispiel den Wunsch, den Präsidenten des Bundesrechnungshofes unter Mitwirkung des Bundestages zu ernennen, und er erwähnte, mehr am Rande, die Zeitschrift „Das Parlament", deren Arbeit und Redaktion er sehr schätze, die aber seltsamerweise von einer Regierungsstelle herausgegeben werde und nicht vom Bundestag, dessen Name sie trage.

DER KOMMENTAR

Die Größenordnung

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

In Großbritannien ist es soweit gekommen, daß die Arbeiter aufeinander einschlagen, weil die einen arbeiten, die anderen jedoch streiken wollen. Daß diese Straßenschlacht ausgerechnet am 1. Mai zur Lobpreisung der erkämpften Arbeiterrechte ausgetragen wurde, sollte auch in unserem Land den Hitzköpfen zu denken geben.

Noch befinden wir uns in der Phase des Aufmarsches zum Streik. Gleichwohl ist längst klar, daß nur eine Minderheit in einigen DGB-Gewerkschaften den Streik will. Die Bürger wollen ihn nicht, die große Mehrheit der Arbeitnehmer will ihn nicht, und wie eine neue Umfrage unter den Arbeitnehmern in den Druckhäusern beweist, wollen ihn auch die weitaus meisten derjenigen Arbeiter und Angestellten nicht, die von der Streikstrategie der IG Druck und Papier unmittelbar betroffen sind.

Die kampfbereiten Gewerkschaften mögen letztendlich auf die Solidarität ihrer Mitglieder vertrauen. Latent ist jedoch die Gefahr gegeben, daß es über das politische Feldgeschrei hinaus zu einer Polarisierung innerhalb der Arbeitnehmerschaft wie in England kommen kann.

In Salzgitter hat sich die IG Metall Beschämendes gegenüber ihrem Mitglied Norbert Blüm geleistet, und das Resultat war, daß aufgehetzte Streithähne nichts mehr hören wollten, nicht den Bundesarbeitsminister von der CDU, auch nicht den SPD-Mann Wischnewski, sie wollten nur noch die 35-Stunden-Woche, auf der Stelle und bei vollstem Lohnausgleich. Für dieses Ziel warfen sie mit Eiern. In Hamburg war die Stimmung so aufgeladen, daß ein paar hundert Klopper die Mai-Kundgebung der Gewerkschaften als das gegebene Umfeld für ihren gewalttätigen Klamauk ansahen. Erkennt der DGB, was sich da alles formiert beim Aufmarsch zum ebenso ungeliebten wie unnützen Streik?

Je radikaler Stimmung gemacht wird zum Arbeitskampf, desto schwerer hat es die Stimme der Vernunft. Sie dennoch zu erheben, hat Parlamentspräsident Barzel nicht für aussichtslos gehalten. Gerade weil der sonst eher bedächtige DGB-Vorsitzende zu der Wortkeule greift, der Sozialstaat solle sturmreif geschossen werden, ist es gut, wenn der Präsident unserer gewählten Volksvertretung die Kämpen aller Fronten in den Rahmen der gebotenen Größenordnung verweist. Hier geht es nicht darum, an den Fundamenten des Staates zu rütteln, sondern schlicht um die Frage, was wir uns leisten können und was nicht. Um das herauszufinden, bedarf es keines Streiks.

Kumpel schlagen auf Kumpel ein

FRITZ WIRTH, London

Sie trugen Galgen auf ihren Schultern, forderten den Rücktritt ihrer Gewerkschaftsfunktionäre und nannten Arthur Scargill, den marxistischen Chef der britischen Bergarbeiter, auf Plakaten „Adolf Scargill". Das waren die Szenen und die Kulisse zur erstaunlichsten Demonstration zum „Tag der Arbeit", die in diesem Jahrhundert in England stattfand.

Denn es traten in dieser Demonstration Arbeiter gegen Arbeiter an, getrennt und auseinandergehalten durch ein paar Tausend Polizisten. Szene dieser Konfrontation war die Stadt Mansfield in Nottinghamshire. Sie war zugleich der bisherige Höhepunkt des seit acht Wochen andauernden Bergarbeiterstreiks in Großbritannien. Die verfeindeten Bergarbeiter schleuderten Steine gegeneinander. Zehn Bergarbeiter wurden verhaftet.

Es war der bisher schwerste Zusammenstoß zwischen streikenden Bergarbeitern und jenen Kumpeln, die sich seit acht Wochen dem Streikaufruf ihrer Gewerkschaft widersetzt haben und weiter arbeiten. Insgesamt 140 000 Bergarbeiter sind dem Streikaufruf bisher gefolgt, 40 000 haben sich geweigert, die Arbeit niederzulegen. Sie verlangen von ihrer Gewerkschaft, daß sie eine Urabstimmung zum Streik ansetzt.

Diese Urabstimmung ist ihnen bisher von ihrem Gewerkschaftsführer Scargill verwehrt worden. Er hat in den letzten zwei Jahren drei Mal versucht, die britischen Bergarbeiter mit Hilfe einer Urabstimmung zur Arbeitsniederlegung zu bewegen, und verfehlte jedesmal die nötige Mehrheit von 55 Prozent der Stimmen. Stattdessen überredete er nun die militanteren Kohlebezirke in Großbritannien zum Streik, in der Hoffnung, daß deren Ausstand einen „Domino-Effekt" hat. Außerdem half er mit sogenannten „fliegenden Streikposten" nach, die seit acht Wochen versuchen, durch Drohungen und Einschüchterungen die arbeitswilligen Kumpel von der Arbeit fern zu halten.

7000 dieser arbeitswilligen Kumpel von Nottinghamshire nun nutzten den Maifeiertag zu einer Gegendemonstration gegen die militanteren Bergarbeiter, die bisher die Szene beherrschten. Sie zogen deshalb vor das Gebäude ihrer Gewerkschaft in Mansfield und forderten den Rücktritt ihrer regionalen Gewerkschaftsführer aus Nottinghamshire, die nicht mehr ihr Vertrauen haben, weil sie auf den Streikkurs des militanten Arthur Scargill eingeschwenkt sind. Versuche dieser Gewerkschaftsführer, ihre aufgebrachten arbeitswilligen Kumpel zu beruhigen und sie zum Streik zu bewegen, scheiterten. Sie wurden niedergeschrieen.

Anlaß der Streiks der 140 000 Kumpel ist die Absicht der britischen Kohlebehörde, die Jahresproduktion ihrer 182 Zechen von 101 Millionen auf 97 Milionen Tonnen zu senken, was die Stillegung von 20 unwirtschaftlich gewordenen Zechen und die Entlassung von 20 000 Arbeitern bedeutet, denen als Abfindung eine Entschädigung von umgerechnet 4000 Mark pro Arbeitsjahr angeboten worden ist.

Die Erfolgsaussichten dieses Streiks sind begrenzt, da noch mindestens für vier Monate Kohlevorräte auf Halde liegen. Die Bergarbeiter haben daher begonnen, befreundete Gewerkschaften zu Sympathiestreiks zu überreden. Bisher mißglückte dieser Versuch.

Dagegen hat sich in den letzten Tagen die Labour Party immer stärker mit dem Streik der Bergarbeiter identifiziert. Diese Streikkoalition hat der Partei politisch geschadet. Die jüngsten Meinungsumfragen belegen, daß die Partei, die vor wenigen Wochen die Konservativen nach zwei Jahren zum ersten Mal in der Wählergunst überflügelt hatte, heute wieder sechs Punkte hinter den Tories liegt.

Im Konkurs kein Vorrang für Sozialplan

DW. Kassel

Die Abfindungsansprüche der Arbeitnehmer aus einem Sozialplan im Konkurs haben künftig keinen absoluten Vorrang mehr: Nach einer zum Wochenbeginn in Kassel verkündeten Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) stehen die Sozialplan-Ansprüche nunmehr an sechster und damit letzter Stelle der konkursrechtlichen Rangordnung. Der 1. Senat des BAG hat damit zwei Urteile des 5. Senats aus dem Jahre 1979 korrigieren müssen, die im Oktober 1983 vom Bundesverfassungsgericht gerügt und aufgehoben worden waren.

Mit diesen Entscheidungen hatte der 5. Senat seinerzeit erklärt, daß Abfindungsansprüchen der Arbeitnehmer aus einem Sozialplan im Konkurs die absolute Priorität vor allen anderen Konkursforderungen einzuräumen sei. Die Bundesrichter waren damit einem Beschluß des zu diesem Rechtsstreit angerufenen großen BAG-Senates gefolgt, der bereits im Dezember 1978 zu dieser grundsätzlichen Frage Stellung bezogen und für die Abfindungsansprüche eine zusätzliche „Stelle 0" in der Rangordnung geschaffen hatte.

Mit Beschluß vom 19. Oktober 1983, veröffentlicht im Dezember 1983, hatte das Bundesverfassungsgericht die beiden Entscheidungen des BAG aus dem Jahre 1977 aufgrund einer Verfassungsbeschwerde aufgehoben. Eine vorrangige Einordnung der Sozialplan-Ansprüche „kraft Richterrecht", so die Begründung, sei mit der Verfassung nicht vereinbar.

Seite 12: Keine schnelle Regelung

„Kontrollen sind ein sehr ernster Vorgang"

dpa / rtr, Bonn

Die Kontrolle von Besuchern der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin hat deren Leiter, Hans Otto Bräutigam, als einen „sehr ernsten Vorgang" bezeichnet. Im Saarländischen Rundfunk sagte er, der Zugang werde zur Zeit mit einer ganzen Reihe „sehr, sehr unfreundlicher Maßnahmen" erschwert. Dem ZDF sagte Bräutigam, er sehe dadurch die Arbeitsfähigkeit der Vertretungen beider deutscher Staaten gefährdet.

Der Fall des „DDR"-Bürgers Wolf Quasdorf, der nach einem Besuch der Ständigen Vertretung verurteilt worden war, solle – wie auch andere solcher Fälle – offensichtlich zur Abschreckung dienen. Er hoffe, daß dieser „unglückliche Fall" auf den geeigneten Wegen gelöst werden könne. Von einer Abkühlung des deutsch-deutschen Verhältnisses wollte Bräutigam jedoch nicht sprechen.

Nach Auffassung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist es für eine gedeihliche Fortsetzung der Arbeit der Vertretungen beider deutscher Staaten eine wichtige Voraussetzung, daß diese ihren Aufgaben ungehindert nachkommen könnten. Bisher hätten sie sich als Instrument für die Gestaltung und den Ausbau der Beziehungen über manche Klippen hinweg bewährt. Seit ihrer Errichtung im Jahre 1974 hätten sie sich aktiv um ein gutnachbarschaftliches Verhältnis bemüht. Doch bleibe ihnen für die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" noch viel zu tun.

Reagan gibt in Taiwan-Frage nicht nach

Größter Wirtschaftsvertrag in der Geschichte Chinas / Heute Treffen mit dem Papst

DW. New York

Präsident Reagan trifft heute auf seiner Heimreise aus China auf dem Flughafen Fairbanks in Alaska mit Papst Johannes Paul II. zusammen. Das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche befindet sich auf dem Weg nach Südkorea. Johannes Paul II. hatte Reagan zum ersten Mal im Juni 1982 in Rom empfangen. Die Unterredung soll etwa 20 Minuten dauern. Anschließend werde Reagan nach Washington weiterreisen.

In seinem Wahlkampf setzt der amerikanische Präsident ausdrücklich auf die Unterstützung religiöser Gruppen. Reagan war 1980 nicht zuletzt dank der Hilfe konservativer Christen ins Amt gekommen. Erst im Januar diesen Jahres stellte er nach 117 Jahren die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan wieder her.

ANDREW GLASS, Shanghai

Präsident Reagan faßte seinen sechstägigen China-Besuch mit der Bemerkung zusammen, er habe seine Gastgeber gedrängt, „unsere Probleme weder zu ignorieren noch sie zu sehr zu betonen".

Ehe er nach Alaska abflog, wo er mit Papst Johannes Paul II. einen kurzen Meinungsaustausch haben wird, verbrachte Reagan 24 Stunden in Shanghai, einem Zentrum des chinesischen Handels und einem Schaufenster für die Entschlossenheit Chinas, sich durch den Import von Technologie aus dem Westen, aus Japan und Südostasien zu modernisieren.

Amerikanische Regierungsvertreter behaupten, daß der Besuch durch die Schaffung neuer Bindungen zwischen den einstigen Gegnern ein großer Erfolg gewesen sei. Sie ziehen es vor, nicht die Ansichten von Deng Xiaoping, des 79jährigen starken Mannes in China, zu betonen. Ehe Reagan Peking verließ, wo er der Unterzeichnung einiger wirtschaftlicher und kultureller Abkommen beiwohnte, hatte Deng den Präsidenten gedrängt, die Waffenverkäufe der USA an Taiwan abzubrechen, und er hatte hinzugefügt: „Die Lösung der Taiwan-Frage wird den Knoten in den Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten lösen."

SEITE 2:
China-Reise
SEITE 10:
Für den Präsidenten war der „freie Markt" eine Enttäuschung

Reagan denkt nicht daran, die Waffenverkäufe an Taiwan einzustellen, die jährlich einen Wert von etwa 750 Millionen Dollar haben; aber er suchte die Bindungen mit China zu verbessern.

Die Auffassung Reagans wurde auch in der Fudan-Universität deutlich, die 1905 von national gesinnten Akademikern gegründet worden war, welche weder Sympathie für den zusammenbrechenden kaiserlichen Hof noch für die fremden Missionare hatten, die ihnen das Christentum zusammen mit ihrer westlichen Technologie brachten. Reagan sagte: „Das Schweigen zwischen unseren Regierungen ist beendet. In den letzten zwölf Jahren sind unsere Völker wieder miteinander bekannt geworden. Jetzt reift unsere Bekanntschaft, und wir sind an einem Punkt, wo wir die Grundlage für eine dauerhafte Freundschaft legen können."

Der Präsident fuhr fort: „Sie wissen wie ich, daß es vieles gibt, was uns natürlicherweise trennt: Zeit und Raum, verschiedene Sprachen und Werte, verschiedene Kulturen und Geschichtsabläufe und politische Systeme, die grundlegend verschieden sind." Reagan meinte, „es wäre töricht", diese Unterschiede zu verstecken, zugleich forderte er seine chinesischen Zuhörer auf, sich auf das zu konzentrieren, „was wir gemeinsam haben". Zwischen Amerika und China, so behauptete er, „existiert eine Art von Gegengewicht ... ein delikates und besonderes Gleichgewicht".

Reagan hob das hervor, was auf dem Feld der Wirtschaft getan werden kann, ohne daß er auf der politischen Seite irgendetwas aufgeben wollte.

Die Reiseroute führte den Präsidenten auch zu der Forbord Corp. in Shanghai, die industrielle Process-Control-Instrumente herstellt und die Chinas erstes gemeinsames industrielles Unternehmen mit einem amerikanischen Firmenpartner ist. (Kurz ehe Reagan Peking verließ, teilten die Chinesen mit, daß sie eine Vereinbarung im Wert von 600 Millionen Dollar mit Occidental Petrol Corp. unterzeichnet haben, um in der nordchinesischen Provinz Shanxi gemeinsam Kohle im Tagebau zu fördern. Dies ist der bei weitem größte Vertrag, der je zwischen China und einer ausländischen Firma abgeschlossen wurde.)

Eagleburger nimmt Ende der Woche seinen Abschied

Gedankenaustausch über transatlantische Beziehungen

DIETRICH SCHULZ, Washington

Fast drei Jahrzehnte lang diente er seinem Lande, zuletzt als politischer Staatssekretär und damit als drittwichtigster Mann im State Department. Ende der Woche tritt der 53jährige offiziell in den Ruhestand. Gemeint ist Lawrence S. Eagleburger. Als Mitarbeiter Henry Kissingers trat Eagleburger Ende der sechziger Jahre erstmals in das Blickfeld der Öffentlichkeit. Als Unterstaatssekretär im Pentagon, als US-Botschafter in Belgrad und zuletzt als hoher Beamter im Außenministerium hatte er entscheidenden Anteil an der amerikanischen Außenpolitik. In der Spitze des State Departments gehörte er zu den wenigen, die sich noch auf fundierte Europa-Kenntnisse berufen konnten.

In jüngster Zeit hatte Eagleburger Aufsehen erregt mit der Warnung, daß sich die USA immer mehr von Europa abwenden und dem pazifischen Raum zuwenden könnten. Als er sich von ausländischen Journalisten in Washington verabschiedete, lag ihm daran, noch einmal klarzustellen, daß er vor solchen Tendenzen warnen, sie aber nicht herbeireden wollte. Er forderte Amerikaner und Europäer dazu auf, sich Gedanken über die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu machen. Es gebe Trends, die die „Vitalität" der Beziehungen zwischen den USA und Europa beeinträchtigen könnten. Als Beispiele erwähnte Eagleburger den wachsenden US-Handel mit dem pazifischen Raum und das japanisch-amerikanische Wettrennen auf dem Gebiet der Technologie, bei dem Europa ins Hintertreffen geraten könnte.

Obwohl Eagleburger nicht pessimistisch ist, wies er auf gewisse „Divergenzen" zwischen den USA und Europa hin. Eagleburger bezog sich vor allem auf die unterschiedliche Bewertung der Ergebnisse der Entspannungspolitik. So müßten die Amerikaner einsehen, daß diese Politik in den Augen der Europäer Verbesserungen im Ost-West-Verhältnis gebracht hätte, und die Europäer müßten erkennen, daß die Vereinigten Staaten als Weltmacht zu anderen Einschätzungen kommen müßten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vorsorgenfalten

Von Rüdiger Moniac

Die Vision von einem erdumspannenden, mit Strahlenwaffen bewehrten Schutzschild, das jede über die Kontinente angreifende Atomrakete wie ein Schwert abprallen ließe, beflügelt und erschreckt die Menschen gleichermaßen, besonders in Europa. In Moskau registriert man die eher wirren Reaktionen auch der Politiker mit kaum unterdrücktem Behagen. Schließlich kann der Kreml hoffen, er sei dem Ziel, die Westeuropäer von Nordamerika politisch zu trennen, wieder um ein Schrittchen näher gekommen.

Nachdem Wörner inzwischen seine Warnungen an die Adresse der USA eingestellt hat, sie sollten den Wettlauf um die Rüstung im Weltraum nicht beflügeln, tut sich jetzt Außenminister Genscher mit, wie er wohl meint, hilfreichen Vorschlägen an die Adresse der Amerikaner hervor. Er forderte die USA auf, in der Phase der Erforschung der technischen Möglichkeiten für einen „strategischen Schutzschild" schon mit der Sowjetunion Verhandlungen über die Zähmung und Verhinderung derartiger Weltraumwaffen zu beginnen. Seiner Idee gab er den Stempel „vorsorgende Rüstungskontrolle".

Wie hilfreich ist sie? Zum einen muß der Einfall die amerikanische Regierung zumindest irritieren. Washingtons Entschluß, in einem Fünf-Jahres-Programm und mit einem 25-Milliarden-Dollar-Aufwand die „technische Machbarkeit" der strategischen Weltraumverteidigung zu untersuchen, wird durch Genschers Vorschlag gestört, revidierbar ist er dadurch nicht. Das sollte der kleine Verbündete des großen akzeptieren. Im übrigen sollte man die klaren Indizien nicht übersehen: Längst hat die Sowjetunion ihre Energien auf die militärische Eroberung des Kosmos gerichtet.

Moskau würde ein US-Verhandlungsangebot natürlich akzeptieren, aber dennoch konzentriert weiterforschen. Schließlich muß Genscher aus Erfahrung wissen, daß bei der sprichwörtlichen Furcht der Russen vor fremden Blicken in ihre Kasernen und Rüstungsanlagen eine „vorsorgende Rüstungskontrolle" sowieso nicht zustande kommt.

Casey nach Canossa

Von Werner Thomas

Der Friede ist wiederhergestellt. CIA-Direktor William J. Casey hat mit einer Mea-Culpa-Vorstellung auf dem Kapitolshügel den verletzten Stolz der Senatoren geheilt und ihnen versprochen, daß sie in Zukunft über alle Pläne und Aktivitäten in Sachen Nicaragua umfassend informiert werden. Die Volksvertreter reagierten zufrieden. Der New Yorker Senator Moynihan revidierte seine Entscheidung, als stellvertretender Vorsitzender des Geheimdienstausschusses zurückzutreten.

Caseys Rundum-Kniefall war ein geschickter Schachzug der Reagan-Regierung. Auf diese Weise sind die Aussichten für eine weitere Unterstützung des delikatesten Kapitels ihrer Nicaragua-Strategie gestiegen, zumindest in dem von den Republikanern kontrollierten Senat. Wäre der CIA-Direktor nicht mit dieser Mission zum Kongreß entsandt worden, hätten die gekränkten Senatoren sicher einen Blockadekurs gesteuert.

Wenn man jedoch die Minenaffäre noch einmal analysiert, kommen die Ausschußmitglieder nicht allzu gut weg. Casey hat die Senatoren in der Vergangenheit immer gruppenweise über das Thema Nicaragua „briefen" lassen. Die Verminung der Häfen erwähnte er bei diesen Informationsgesprächen ebenfalls, wenn auch nur nebenbei. Dennoch hätten die Senatoren wissen müssen, was die CIA tut – wenn sie aufgepaßt hätten.

Schließlich: Die ersten Sprengsätze explodierten bereits Anfang März. Die Kongreß-Revolte begann dagegen erst sechs Wochen später, als die „New York Times" und die „Washington Post" das Minen-Spiel näher erläuterten.

Da waren wohl mehr wahlpolitische als außenpolitische Überlegungen maßgeblich, und denen wurde mit der Asche auf den Häuptern der Exekutive gegenüber der Legislative Rechnung getragen. Ende gut, alles gut. Die Reagan-Regierung registrierte mit besonderer Genugtuung Moynihans Entschluß, nun doch im Amt zu bleiben. Er ist ein angesehener und einflußreicher Mann, der zu den wenigen Demokraten zählt, die Verständnis haben für Caseys Kampf gegen die Comandantes.

Baum ab – ja bitte!

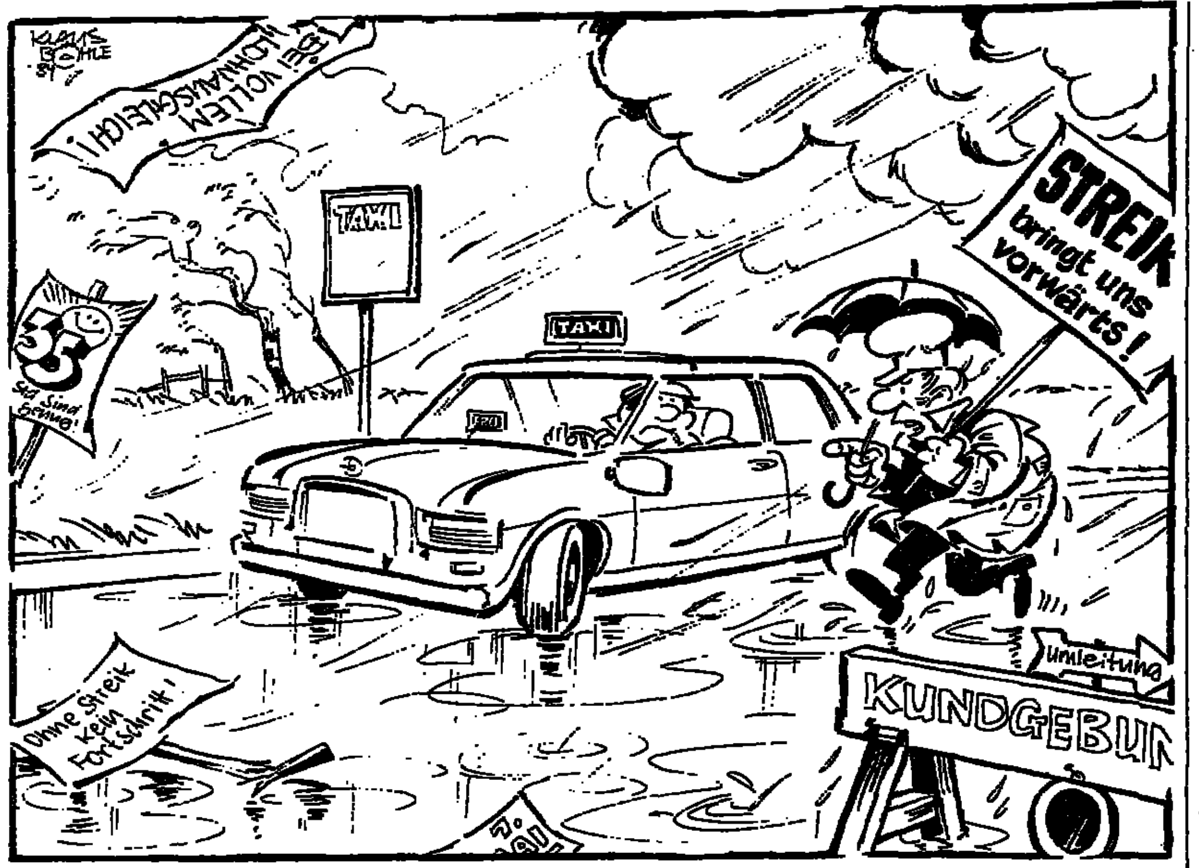
Von Enno v. Loewenstern

Im Wendland wurde wieder einmal Umweltschutz betrieben. Auf die Art, wie man es hierzulande bis zum Überdruß gewohnt ist. Bäume wurden abgeschlagen und zwecks Straßenblockade den Autos in den Weg gelegt. Autoreifen und Strohballen wurden im Waldgebiet angezündet. Nicht nur der liebliche Geruch brennenden Gummis zog über Land, wesentlich penetranter als die meisten Emissionen selbst altertümlicher Industrieschornsteine; auch Funken flogen mit. Mit knapper Not gelang es der Polizei, Waldbrände in dem Gebiet zu verhindern, das durch eine lange Trockenzeit und in den letzten Tagen heftig auftretende Winde besonders brandgefährdet war.

Sonst pflegen die selbsternannten Umweltschützer sich mit Slogans zu profilieren wie: Baum ab – nein danke! Gemeint ist natürlich: Nachdenken – nein danke! Hier leisteten sie durch *Zerstören und Gefährden von Bäumen immerhin Denkhilfe* für diejenigen, die immer noch glauben, wer Umweltschutz sagt, habe irgendwas mit Umweltschutz im Sinn.

Hoffentlich probiert nicht wieder jemand das Alibi, hier seien wieder die bösen Politrocker am Werk gewesen, die sich angeblich ungefragt in die „Demonstrationen" einschleichen und angeblich nicht zu verhindern sind. Die Grünen höchstderoselbst, die sich eben noch berühmten, das ganze Wendland werde gesperrt werden, lamentierten anschließend gegen die „Massenverhaftungen" sogenannt „friedlicher Demonstranten", „nur weil sie einige Zufahrtsstraßen zu blockieren versucht hätten".

Keine Frage danach, wie friedliche Passanten dazu kommen, sich von irgendwelchen Leuten aufhalten und nötigen zu lassen, auf daß der Staat sich genötigt fühle. Keine Bemerkung dazu, welches Recht diese Leute haben, die Umwelt zu verschmutzen und zu zerstören, um ihre „Macht" zu, nun ja, demonstrieren. Man kann nur dankbar sein, wenn die Polizei endlich einmal die Blockierer blockiert.



„Sie streiken doch hoffentlich nicht – ?" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Wer heilt den Heilberuf?

Von Peter Jentsch

Wir können uns, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel am 1. Mai zum Stichwort Arbeitsplätze, nicht auf die *Marktkräfte verlassen; was wir* brauchen, ist ein „Konzept". Können wir uns, so fragt sich Otto Normalbürger, auf die Konzepte der Konzipienten verlassen? War es nicht die Regierung, der Vogel so lange angehört hat, die in dreizehn Jahren die Vollbeschäftigung mit ihren Konzepten kaputtmachte? Oder schauen wir uns ein anderes Konzept an: 1976 trat ein Gesetz in Kraft, das die Unterversorgung in der ärztlichen Betreuung der Bevölkerung beheben sollte, das Gesetz zur Weiterentwicklung des Kassenarztrechts.

Heute, acht Jahre später, kann von einer Unterversorgung keine Rede mehr sein. Im Gegenteil, dank der sozialliberalen Bildungspolitik droht Deutschland nach der Lehrerflut die Ärzteschwemme.

Zunächst einige Zahlen: 1960 gab es in der Bundesrepublik rund 80 000 Ärzte. 1983 waren es weit mehr als doppelt so viele: 184 000. Die Zahl der Ärzte in freier Praxis erhöhte sich in dieser Zeit von 45 000 auf 64 000, die Zahl der Klinikärzte von 21 500 auf 73 500.

Allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Mediziner um 6109, das sind 3,4 Prozent. Auffällig ist dabei, daß in den Kliniken Ende 1983 nur 161 Ärzte mehr tätig waren als im Jahr zuvor. Was weiter auffällt: Vom Netto-Zugang von *insgesamt 6109 Ärzten entfallen* 2671 auf solche „ohne ärztliche Tätigkeit" und 1396 auf Mediziner mit „sonstiger ärztlicher Tätigkeit". Die Zahl der in freier Praxis tätigen Ärzte stieg um 1614.

Und ein Ende ist nicht abzusehen. Bis 1991, das läßt sich aus den Studentenzahlen errechnen, werden weitere 20 000 Ärzte in die Praxis drängen.

Die Folgen treffen die Qualität der ärztlichen Versorgung und die Ausgaben für den Medizinbetrieb, also die Belastung der Arbeitgeber durch Lohnnebenkosten und die der Arbeitnehmer durch ihre Beiträge für die Krankenversicherung. Knapp 100 Milliarden Mark zahlt heute die gesetzliche Krankenversicherung für die medizinische Versorgung ihrer Versicherten. 210 Milliarden Mark kostet der Medizinbetrieb insgesamt (Arbeitsausfallkosten nicht mitgerechnet). Daneben *nimmt sich* der Verteidigungshaushalt mit seinen mehr als 48 Milliarden Mark bescheiden aus.

Die Krankenkassen erklären offen: Hätten wir die Ärzteschwemme nicht, brauchten wir uns über die Aufwendungen für den Medizinbetrieb keine Gedanken zu machen. Zwar wurde der jährliche Honorarzuwachs der Kassenärzte an die Entwicklung der Grundlohnsumme gekoppelt, die Ärzte stimmten sogar einem befristeten Honorarstopp zu. Aber: gleichzeitig wuchs die Menge der erbrachten Leistungen. Jeder neue Arzt schuf sich eben seine eigene Klientel. Statistiken belegen, daß die *Zahl der Krankheitsfälle mit der* Zahl der Ärzte steigt. Es wäre ja tröstlich, wenn man sagen könnte, daß viele unbekannte Leidensfälle nun endlich entdeckt werden, wofür die „zu wenigen" Ärzte bisher wohl keine Zeit hatten. Aber niemand glaubt, daß der Anstieg damit zu erklären ist.

Ein weiteres Kostenproblem ist die Ausbildung zum Arzt. Ein Medizin-Studienplatz kostet 720 000 Mark. Jährlich frißt er die Steuern von zwölf Facharbeitern (vom BAföG ganz abgesehen). Doch von den 12 000 jährlich neu approbierten Ärzten sind – auch das zeigt die Statistik – knapp 2500 gar nicht auf eine Berufsausübung aus, etwa Ärztinnen, die Hausfrauen werden *und das auch im Sinn* hatten. Zum Qualitätsproblem hingegen: Seit die „Numerus-clausus-Elite der Nation" ins Medizinfach drängt, fehlen Ausbildungsplätze. Die Studenten lernen, Krankheiten zu behandeln, nicht kranke Menschen. Folge der Tatsache, daß die Zulassung zum Studium sich an der Zahl der Hörsaalplätze, nicht aber an der Zahl der Patienten oder Klinikbetten orientiert. Wehe dem Patienten, der einem derart ausgebildeten Arzt, der nie eine Geburt erlebte, nie einen Blinddarm ertastete, unter die Hände gerät.



Behandeln ohne vorherige Praxis mit Patienten? – Operationsteam FOTO: JUPP DARCHINGER

Da aber die Kliniken durch die „Einnahme-orientierte Ausgaben*politik" der Kassen kaum neue* Planstellen einrichten können (1983: nur 161 Stellen mehr), drängt es die Medici in die freie Praxis. Von diesen könnte noch jeder unterkommen; 2500 Landarztstellen sind bundesweit zu besetzen. Schon aber gibt es tausende Ärzte, die arbeitslos gemeldet sind. So fing es auch mit den Lehrern an, die in Düsseldorf, aber nicht in Wanne-Eickel arbeiten wollten.

Eine Lösung dieser Probleme bietet sich an: Die Zulassung zum Studium der Medizin müßte von der Zahl der Patienten abhängig gemacht werden. Das Qualitätsproblem wäre gelöst. Zur Lösung des Kostenproblems müßte *man prüfen*, ob die Zulassung zum Kassenarzt wieder, wie vor dem Bundesverfassungsgerichtsurteil 1960, an das Verhältnis Arzt zu Einwohnerzahl gekoppelt werden sollte. Das Urteil ließe dies zu, da die Niederlassungsfreiheit an die Bedingung geknüpft wurde, daß gesundheitspolitisch keine nachteiligen Folgen eintreten.

Man schafft den Wettbewerb ungern ab. Dem Bundesverfassungsgericht hatte vorgeschwebt, daß der beste Arzt sich durchsetzen werde. Es ist beklagenswert, daß auf diesem Gebiet der Wettbewerb anscheinend nicht recht funktioniert – nicht, jedenfalls, im Sinne einer besseren und doch auch billigeren Versorgung.

IM GESPRÄCH Tschebrikow

Der Foltermarschall

Von Ladislaus Hory

Die Greise im Kreml müssen notgedrungen einer „Verjüngung" des Politbüros zustimmen. Aber sie wollen nicht ihre eigenen politischen Totengräber werden. Deswegen ließen sie jüngst einige Nachwuchskräfte als Vollmitglieder oder Kandidaten ins Politbüro berufen, die ebenfalls die siebente Lebensdekade erreicht haben. Einer dieser Glücklichen ist ein Auserwählter des verstorbenen Parteichefs Andropow namens Wiktor Michailowitsch Tschebrikow, der als KGB-Administrator im November 1983 zum Armeegeneral avancierte und nun auch als Kandidat (Mitglied ohne Stimmrecht) des Politbüros wirkt. Zu Ostern 1984 stieg er zum Marschall auf.



Empfehlung aus Dnjepropetrowsk: KGB-Chef Tschebrikow FOTO: DPA

W. M. Tschebrikow ist 61 Jahre alt und ein waschechter Russe. Während des Zweiten Weltkrieges diente er (1941–1946) in der Roten Armee. In die KPdSU wurde er im Jahre 1944 aufgenommen. Danach konnte er am Metallurgischen Institut zu Dnjepropetrowsk studieren. Sein Ingenieurdiplom erhielt er 1950, aber er hat nur kurze Zeit in seinem erwählten Zivilberuf gearbeitet. Ein Jahr später bot ihm die Partei günstigere Karrieremöglichkeiten an. Von 1958 war er zwei Jahre lang zweiter Parteisekretär in der Stadt Dnjepropetrowsk, danach ebensolang erster Parteisekretär der Stadt. In zweijährigen Zeitabständen kletterte Tschebrikow immer höher auf der Leiter der Parteihierarchie. Im Jahre 1964 gelangte er in die Leitung des Parteikomitees im Dnjepropetrowsker Oblast (Bezirk).

Der entscheidende große Sprung nach vorn gelang ihm im Jahre 1967, als ihn das Komitee für Staatssicherheit (KGB) beauftragte, die Leitung der Personaladministration zu übernehmen. Er muß dort bemerkenswerte Leistungen vollbracht haben, da er es binnen zwölf Monaten zum Stellvertretenden Vorsitzenden dieser Organisation bringen konnte, deren Name sich im Laufe der Jahrzehnte über Tscheka, GPU usw. zu KGB wandelte, deren Aufgabe aber stets gleich blieb: durch Schnüffeln, Folter und Terror jeden Widerspruch, geschweige denn Widerstand, im Keim zu ersticken.

Diesen Posten behielt Tschebrikow vierzehn Jahre lang. 1982 ging es noch höher: Man hat aus ihm einen von den zwei Ersten Stellvertretern des KGB-Vorsitzenden gemacht, damit den dritten Mann in der gefürchteten Organisation. Im Dezember 1982 wurde er schließlich Vorsitzender des Staatssicherheitsdienstes, nachdem dessen Chef Andropow noch höhere Weihen erreicht hatte. Dazu gehörte schon quasi als Dekoration der Rang eines Armeegenerals, den er im November 1983 bekommen hat. Ob er als Marschall auf der Bühne des Politbüros noch höher steigen, ja, womöglich in die Fußstapfen seines Gönners Andropow treten kann, wird man sehen. An sich hat er alle Voraussetzungen für eine Karriere, denn er sitzt nicht zwischen, sondern auf sämtlichen Stühlen. Den Andropow-Leuten muß er als dessen Amtsnachfolger (nach Fedortschuk) genehm sein, Breschnews Erben dagegen müssen ihn als einen von der Dnjepropetrowsker Mafia schätzen, die einst Breschnew nach oben geführt hatte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Zum 1. Mai kommentierten viele Zeitungen die Politik der Gewerkschaften:

Süddeutsche Zeitung

Tatsächlich dürften nach dem Tag der Arbeit viele die Arbeit niederlegen, obwohl die Mehrheit der Werktätigen das gar nicht möchte. Warum? Niemand findet darauf eine vernünftige Antwort, zumal da mittlerweile selbst die Gewerkschaftsspitze für die 35-Stunden-Woche auf einen Sprung als das von ihr gepriesene Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ebensowenig mehr eine Chance sieht wie für den vollen Lohnausgleich. (München)

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

*Auch damals wurde von Arbeitge*berseite bei der Mitbestimmung so getan, als gehe davon die Wirtschaft zugrunde. Heute sind Regelungen gefunden, mit denen man leben kann. Und niemand redet mehr darüber. Wenn für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit tragbare Regelungen gefunden sind, wird es damit kaum anders sein. (Essen)



Historische Vergleiche sind Glückssache. DGB-Vorstandsmitglied Bleicher hat Pech gehabt. Er machte sich Gedanken über mögliche Aussperrungen als Antwort auf die Streiks. In diesem Zusammenhang erinnerte er an Massenaussperrungen im Jahr 1928, die der Startschuß zum Kampf gegen die Weimarer Republik gewesen seien. Aber, aber, Herr Bleicher! Was soll denn das? (Köln)

Westfälische Nachrichten

Der Einstieg in die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist nach einer Argumentation eines Teils der DGB-Gewerkschaften das „Nonplusultra" zum Abbau der Arbeitslo*sigkeit. Die Stimmen,* die vor derartigen Rechnungen warnen, haben gerade in den letzten Wochen erheblich an Gewicht zugenommen.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Der Nestor der katholischen Sozial*lehre, der Jesuitenprofessor Oswald* von Nell-Breuning, betrachtet es als Hohn, wenn man den Arbeitslosen zwar die Arbeit abgeben, das Geld dafür aber behalten wolle. Damit ist wohl das zentrale Problem ... angesprochen.

Kölnische Rundschau

Mit beinahe entwaffnender Offenheit hat jetzt Detlef Hensche, der Stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und deren strategischer Kopf, den Gewerkschaften in einem „Spiegel"-Gespräch „eine besondere Nähe zur Sozialdemokratischen Partei" bescheinigt. Nun nehmen die Gewerkschaften in Anspruch, die Ar*beitnehmer zu vertreten.* Diese aber haben bei der letzten Bundestagswahl doch nicht alle SPD gewählt.

Es lag mehr in der China-Reise, als mancher wahrnahm

Morgenröte eines großen kommerziellen Austausches / Von Thomas Kielinger

Wenn es eine Zeit und einen Ort gibt, der zur Betrachtung der Ergebnisse der Reagan-Reise einlädt, dann ist Fairbanks in Alaska eine glückliche Wahl. Hier, wo der Präsident am heutigen Morgen mit einem anderen Weltreisenden, nämlich Papst Johannes Paul II., zusammentrifft, liegt eine der gro*ßen Drehscheiben des internatio*nalen Verkehrs. Der beginnende Mai meint es gut mit den Kommenden und Gehenden aus aller Welt – das Tageslicht bleibt bis 23 Uhr, und dann kommt schon um 5 Uhr früh die Sonne von ihrem kurzen Abschied zurück. Die Luft erwärmt sich schnell auf fast 20 Grad Celsius. Auf dem Tanana-Fluß schmilzt das Eis, treibt in Schollen dem Yukon entgegen.

Es ist Hoffnung greifbar, eine Dynamik, die sich vom einzelnen Unternehmer in den Großraum Nordamerika fortpflanzt wie eine Bugwelle des Fortschritts. Was vom nationalen Bereich gilt, gilt auch für den internationalen: Aus Alaska blicken die USA wie vom nördlichen Aussichtspunkt in die pazifische Verlockung, der sie sich als gewichtiger Anrainer nicht entziehen können. China ist das volkreiche Herzland dieser Region. Ein Hauptstaat des technischen Fortschritts baut weiter an der Brücke zu diesem pazifischen Nachbarn, der die Tür zur Moderne aufstoßen will. *Das Treffen mit dem Papst* schließlich gibt dem amerikanischen Präsidenten willkommene Gelegenheit zur Variation seiner Grundmelodie: Daß jede Gesellschaft, die sich fortschrittlich nennen will, ihren Bezug auf Werte und Wertsysteme nie verlieren darf.

Es lag mehr in der China-Reise des Präsidenten, als das Auge wahrnehmen durfte. Vordergründig machten die Gastgeber einen kräftigen Strich durch alle Hoffnungen der Medien-Experten des Weißen Hauses, die sich eine bunte Parade wahlkampffördernder Bilder versprochen hatten. Alle Live-Übertragungen in amerikanische Wohnstuben fielen aus. Mehr als das – die Chinesen zensierten für den eigenen Konsum alle Passagen aus Reagans Reden und Interviews heraus, die die amerikanischen Leitbilder Freiheit und Glaube propagierten, sowie jene Stellen, die Kritik am sowjetischen Nachbarn Pekings übten.

Dies kann nur einige ahnungslose Mitreisende des Präsidenten *überrascht haben. Im Grunde* verrät es die Standardpraxis Pekings, sich nicht mehr als Plattform für Kritik an Drittländern herzugeben, also eine unabhängige Rolle strikt zu profilieren. Und, darüber hinaus, sich nicht als Bühne zum Zweck der Wiederwahl eines amerikanischen Präsidenten benutzen zu lassen. Das Jahr 1984 ist eben nicht mehr 1972, das Jahr der China-Reise Präsident Richard Nixons.

Doch berührt dies nicht den Kern des chinesisch-amerikanischen Austausches. Das gilt auch für die Kritik, die Deng und andere an Reagans Nahost-, Zentralamerika- und Bündnispolitik übten. China versteht sich als revolutionäre kommunistische Macht eigener Provenienz, und ehe in der nächsten Woche der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Archipow in Peking eintrifft, möchte man auch nach dieser Richtung Dialogfähigkeit unter Beweis gestellt haben, gerade deshalb, weil man mit eigener Moskau-Kritik nicht hinter dem Berg zu halten pflegt. Man äußert sie nur nicht gern gleichzeitig mit Washington. Hier wird eine Frage des Stils auf die strategische Ebene gehoben.

Die Dynamik der künftigen chinesisch-amerikanischen Beziehungen wird von alldem nicht belastet. Das Atomtechnologie-Abkommen kündet die Morgenröte großen kommerziellen Austausches an. Selbst die Taiwan-Frage, ein ständiger Schatten, verdunkelt die Szene nicht mehr. Deng ging sogar so weit, gegenüber dem amerikanischen Gast für Taiwan eine Lösung à la Hongkong anzudeuten – eine versöhnliche Geste, die bewußt auf alle harschen Nebentöne verzichtete. Reagan seinerseits verhielt sich klug zurückhaltend, als Deng ihn bat, in der Wiedervereinigungsfrage zwischen Taiwan und dem Festland den Vermittler zu spielen. Das kann und darf nicht amerikanische Sache sein, bleibt vielmehr beiden chinesischen Partnern aufgetragen.

Die Gratulation zu seinem gelungenen Besuch, die Reagan übers Telefon am letzten Tag in Shanghai aus Peking in Empfang nehmen durfte, spricht Bände. Die Chinesen mögen dem Präsidenten einige TV-Schaubilder verdorben haben – aber sie respektieren die Macht, die er vertritt, die auch eine Schutzmachtfunktion für sie selber darstellt. Während sie ideologisch an der Herrschaft durch die Partei nicht rütteln lassen, öffnen sie gleichzeitig eine wirtschaftliche Schneise für jenen Optimismus, den Ronald Reagan als Grundvoraussetzung des unternehmerischen Fortschritts zu rühmen pflegt. Gegenüber der sowjetischen Bedrohung mag Peking neutral klingen, ist es aber nicht. Gegenüber der kapitalistischen Verführung hingegen läßt es eine Koketterie nach der anderen fallen.

Solidarität ist der beste Verbündete der IG Metall

Die Metaller rüsten zum Streik für die 35-Stunden-Woche. Am Donnerstag beginnen die ersten Urabstimmungen. Die Meinungen über die Gewerkschaftsforderungen sind geteilt, aber Disziplin und Solidarität dürften die notwendige Dreiviertelmehrheit bringen.

Von GÜNTHER BADING

Also, wer will scho' weniger arbeiten. Wenn's vorangehen soll, da muaß g'schafft werde." Nicht der ergraute deutsche Facharbeiter jener Generation, die nach dem Krieg Deutschland aus den Trümmern wieder aufgebaut hat und nun einmal auf's Anpacken, auf Leistung und Wachstum setzt, spricht so. 26 Jahre sei er alt, sagt der junge Mann in Sindelfingen über das Bierglas hinweg. „Natürlich" sei er bei Daimler-Benz. „In der Fertigung". Mehr will er über sich nicht sagen; er will nicht identifiziert werden, wenn man aus dem Gespräch mit ihm zitiert. „Die Kollegen, wissen Sie".

Er hält wie viele seiner Kollegen nicht viel von der 35-Stunden-Woche. Schön wäre es ja, weniger zu arbeiten, für's gleiche Geld. „Aber wie soll 'na des fonktschioniere?"

Zwischen Mannheim, Neckarsulm, Böblingen und Sindelfingen sind kurz vor der Urabstimmung im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden am Donnerstag und Freitag überall dieselben Töne zu hören. Es gibt nur wenige, die sich nachhaltig zur Forderung der IG Metall nach der 35-Stunden-Woche bekennen. Allzuoft kommt die Antwort auf die Frage nach dem Warum auf Hochdeutsch und nicht im alemannischen Dialekt.

Es klingt angelesen, wenn ein Angestellter von Audi in Neckarsulm beinahe feierlich deklamiert: „Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sichert unsere Arbeitsplätze und schafft neue für die Millionen von Arbeitslosen." Alle vierzehn Tage kommt „metall" ins Haus. Und „na woiß ma, wo's lang geht."

Auf Unmut allerdings stoßen bei dem kleinen Ausschnitt der Gewerkschafts-Basis, den man bei einer Rundreise durch den mittleren Nekkarraum befragen kann, dezidierte Stellungnahmen von „Kollegen" gegen die nun einmal von Gewerkschaftstag und Vorstand eingeschlagene Linie – wenn sie öffentlich vorgetragen werden. Man mag am Stammtisch und in der Kneipe aufmucken, dagegen sein im Gespräch mit Kollegen. Ich zeige den Abdruck des Briefes eines Betriebsrats aus Düsseldorf an den IG Metall-Vorstand herum, in dem „die starre Haltung" und das „Festnageln" auf die Wochenarbeitszeitverkürzung kritisiert wird. „So was gehört nicht in die Öffentlichkeit", ist die Reaktion darauf.

Und dann folgt unvermittelt die Begründung, warum man selber trotz ähnlicher Bedenken gegen die 35-Stunden-Woche, gegen den damit verbundenen Verzicht auf den eigentlich im Jahr des Aufschwungs erwarteten Lohnzuwachs doch mit der Gewerkschaft stimmen wird: „Du kannst nicht Jahre lang Mitglied der IG Metall sein und dann, wenn's darauf ankommt, nicht mitmarschieren." Und: „Wenn's den Arbeitslosen was hilft, dann müssen wir halt mitmachen." Einer meint lapidar: „Du kannst den Franz nicht hängen lassen." Der Franz, das ist hier nach wie vor ein Name, der respektvolles Kopfnicken hervorbringt. Denn Franz Steinkühler hat in seinen Jahren als Bezirksleiter der IG Metall in Stuttgart der Region zwischen Ulm und Mannheim seinen ganz persönlichen Stempel aufgedrückt. Nicht alle mögen ihn. Jetzt aber, wo er zweiter Vorsitzender der Gewerkschaft und einer der Wortführer in Sachen 35-Stunden-Woche ist, da sollte ihn „sein" ehemaliger Bezirk hängen lassen? Nein, die Urabstimmung wird schon die erforderlichen 75 Prozent Zustimmung bringen.

Dessen ist man sich auch bei der Bezirksleitung sicher. Die Fragebogen sind schon vorbereitet. „Bist Du bereit, zur Durchsetzung unserer Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln einschließlich eines Streiks einzutreten?" heißt die Frage bei der Urabstimmung am Donnerstag und Freitag. Die Forderungen sind auf dem Abstimmungszettel noch einmal in Kurzform aufgeführt: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Freizeitausgleich für Überstunden, 3,3 Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens jedoch 60 Mark.



Der 1. Mai im Zeichen der 35-Stunden-Woche: Der DGB-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Siegfried Pommerenke, unterstützte vor 30 000 Kundgebungsteilnehmern in Stuttgart die Forderungen der IG Metall. FOTO: MICHEL/DPA

Sowohl bei der Bezirksleitung in Stuttgart, wie auch beim Vorstand der Ig Metall in Frankfurt, versichert man, daß die Urabstimmung satzungsgemäß vorgenommen werde. Im Klartext heißt das, bei der IG Metall soll „sauber" abgestimmt werden. Nicht die Prozentzahl der abgegebenen Stimmen zählt, wie bei der IG Druck und Papier. Nur wenn mindestens 75 Prozent aller Stimmberechtigten, die für den Arbeitskampf in Frage kommen, „Ja" sagen, darf der Gewerkschaftsvorstand einen Streik ansetzen. Am Freitagabend wird der neue Bezirksleiter Ernst Eisenmann ein vorläufiges Endergebnis der Abstimmung vorlegen können.

In Hessen wird dann am Dienstag und Mittwoch nächster Woche abgestimmt. Am Donnerstag tagt der Vorstand der IG Metall dann in Frankfurt, um auf Basis der Ergebnisse über Arbeitskampf und über den Streikbeginn zu entscheiden.

Auch in Hessen, wo die Bezirksleitung ihre Mannen „kaum zurückhalten" zu können glaubt, ist von Aufbruchstimmung in einen Arbeitskampf nichts zu spüren. In Rüsselsheim, Sitz der Opel-Werke, lassen sich die Metaller ebensowenig wie im Neckarraum gern auf Gespräche über die Tarifrunde ein. Am Tresen einer „Opel-Kneipe": Zwei Deutsche, zwei Jugoslawen, zwei Spanier. Diese beiden, jung, noch einer von ihnen in Deutschland geboren, sind kampflustig. Streik? Claro, hombre! Schließlich ist man Metaller, Kollege, Gewerkschaftsmitglied. Die anderen, durchweg älter, winken ab. „Mal sehen was bei der Abstimmung rauskommt." Auch in Hessen wird es bis zur Urabstimmung noch Mobilisierungs-Veranstaltungen der Gewerkschaft geben. Man hätte Hessen wohl nicht als zweites Tarifgebiet für eine Urabstimmung ausgesucht, wenn man sich nicht sicher gewesen wäre, auch hier die erforderliche Mehrheit für den Streik zu bekommen, heißt es beim Gewerkschaftsvorstand.

Ein völlig anderes Stimmungsbild zeichnet sich in Nordrhein-Westfalen ab. Auch hier sind es nur die von gestandenen Gewerkschaftern geringschätzig als „linke Träumer" bezeichneten Metall-Beschäftigten, meist höherer Schulbildung, die sich begeistern für den Kampf gegen das Kapital, die Unternehmer, gegen das Gesellschaftssystem oder doch zumindest die Machtverteilung darin. Die meisten der angesprochenen Arbeiter und Angestellten sind bedrückt. Sie haben Sorge, teilweise offen ausgesprochene Angst um den Arbeitsplatz. Die Stahl-Misere schlägt hier auch im Metallbereich voll durch. „Jetzt haben wir volle Auftragsbücher – und wir brauchen 40 Stunden in der Woche um die Aufträge zu erfüllen. Wenn wir nur noch 35 Stunden abreiten, und dann dasselbe Geld bekommen sollen, dann muß die Firma doch rationalisieren." Das ist das Schlüsselwort: 35-Stunden-Woche gleich Rationalisierung gleich Verlust von Arbeitsplätzen lautet die Angst-Formel zwischen Essen-Nord und Gelsenkirchen-Schalke.

Angesprochen auf dieses Bild geringer Begeisterung für einen Arbeitskampf warnt IG Metall-Sprecher Jörg Barczynski vor Fehlinterpretation: Auch vor früheren Streiks sei das so gewesen. Denn die Entscheidung dafür falle den Arbeitern nicht leicht. „Schließlich geht niemand bei uns mit Hurra-Patriotismus in einen Arbeitskampf".

Der Kampf des Paul Anastasi gegen „To Ethnos"

Die größte Zeitung Griechenlands „To Ethnos" ist ein Propagandainstrument Moskaus. Das behauptet und belegt der Athener Mitarbeiter der „New York Times" Paul Anastasi. Ein Gericht verurteilte ihn dafür „wegen Verleumdung" zu zwei Jahren Gefängnis. Der zweitinstanzliche Prozeß wurde am Montag überraschend verschoben.

Von E. ANTONAROS

Die Berliner Mauer ist eine Mauer des Friedens, nicht der Schande. Sie wäre unnötig, wenn die Herrscher auf dem Westufer der Elbe und ihre Allierten im Kalten Krieg jenseits des Atlantiks nicht das permante Ziel hätten, den sozialistischen deutschen Staat zu verschlingen und von da aus weiterzugehen, um 'Lebensraum' in der Tschechoslowakei, in Polen und gar in der Sowjetunion zu erobern." Dies ist nicht etwa aus dem SED-Organ „Neues Deutschland", sondern der Athener Zeitung „To Ethnos" entnommen, die seit gut zwei Jahren Griechenlands meistverkauftes Blatt ist.

Knapp 200 000 Griechen, die täglich das kleinformatige „To Ethnos" (die Nation) am Zeitungskiosk kaufen, sind solche Sprüche gewohnt: Die Amerikaner werden als „Imperialisten" abgestempelt, die unabhängige polnische Gewerkschaft „Solidarität" wird als „verlängerter Arm der CIA und des Vatikans" bezeichnet. „'To Ethnos' ist das schlagendste Beispiel sowjetischer Desinformationspolitik, das bisher im Westen aufgetaucht ist", sagt der 33jährige Zypriote Paul Anastasi. Der Athener Mitarbeiter der „New York Times" hat in seinem Buch „Parte to Ethnos sta Cheria sas" (nehmt die Nation in die Hände) nachzuweisen versucht, daß „To Ethnos" – so die Verlagswerbung – „in Zusammenarbit mit der Desinformationsabteilung des KGB, des sowjetischen Geheimdienstes, publiziert wird".

Solche Behauptungen, die mit einer Fülle von Dokumenten belegt worden sind, haben Anastasi eine Menge Unannehmlichkeiten eingebracht: Nach einem sehr paradox verlaufenen Prozeß wurde er im Dezember 1983 von einem Athener Strafgericht wegen Verleumdung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der zweitinstanzliche Prozeß steht bevor.

Anastasi ist sich seiner Sache sicher: „Die Operation dient der verdeckten Beeinflußung der griechischen öffentlichen Meinung und der Regierung. Diese angeblich unabhängige Zeitung soll außenpolitische Ziele der Sowjetunion durchsetzen und Griechenlands Anlehnung an den Westen unterminieren." 400 Tage lang hat er verschiedene Berichte von „To Ethnos" mit der Berichterstattung anderer griechischer Zeitung verglichen und ist zum Schluß gekommen, daß die Zeitung Nachrichten im Sinne der Sowjets manipuliert oder verfälscht.

Anastasi hat sich freilich nicht nur ausschließlich mit der Textanalyse zufriedengegeben. Er ist auch der Vorgeschichte des Erscheinens von „To Ethnos" nachgegangen: Die Zeitung gehört einem früher als vollkommen unpolitisch geltenden Geschäftsmann, der inzwischen allerdings große Geschäfte mit den Sowjets macht. Georgios Bobolas hatte mit Hilfe des altgedienten kommunistischen Verlegers Yannis Yannikos im Jahre 1977 die ersten Kontakte zu den Sowjets geknüpft.

1978 fuhren die beiden nach Moskau und erwarben die Rechte an der großen sowjetischen Enzyklopädie für Griechenland. Anastasi: „An diesen ersten Gesprächen, die auf sowjetischer Seite vom damaligen Leiter der KGB-Desinformationsabteilung und heutigen Botschafter in Schweden Boris Pankin geleitet wurden, nahm teilweise auch der heutige Parteichef Konstantin Tschernenko teil." Als „To Ethnos" im Herbst 1981, also rechtzeitig vor den Parlamentswahlen, als erstes kleinformatiges Blatt Griechenlands in handwerklich hervorragender Aufmachung mit einer Mischung aus Politik, Sport, Polizeiberichten und Lebenshilfe auf den Markt kam, war Yannis Yannikos allerdings als Partner verdrängt worden.

„Die Sowjets hatten in Bobolas einen viel wertvolleren Mitarbeiter gefunden", sagt Anastasi.

Anastasis Ausführungen wurden von Bobolas und seinen führenden Journalisten mit einer Verleumdungsklage gekontert. Gleichzeitig wurde Anastasi von „To Ethnos" als ein „CIA-Agent" und ein „griechischer Verräter" gebrandmarkt, dessen Abschiebung aus Griechenland die Zeitung dringlichst empfahl. Anastasi: „Am Vorabend einer der Prozeßtermine wurde einer meiner Anwälte am Telefon aufgefordert, das Mandat fallen zu lassen. Andernfalls werde ein ihm nahestehender Mensch politisch sehr darunter leiden." Schließlich konnte Anastasi feststellen, daß die Telefone in seinem Büro abgehört wurden. Als es schließlich im Dezember 1983 nach mehreren Vertagungen zur Hauptverhandlung kam, erlebten Augenzeugen einen seltsamen Prozeß. Sechs Auslandskorrespondenten, die als Leumundszeugen für Anastasi auftraten, wurden von „To Ethnos"-Anwälten unbestraft als „miserable Individuen" angeschwärzt. Das von den Anwälten – unter ihnen auch ein früherer Justizminister im Kabinett Papandreou – mit Zwischenrufen regelrecht eingeschüchterte Gericht ging nicht einmal der Frage nach, ob geschäftliche Querverbindungen zwischen Bobolas und den Sowjets überhaupt bestünden. Doch die größte Überraschung lieferte die Haltung des einstigen Bobolas-Partners Yannis Yannikos. Obwohl er vom Gericht vorgeladen worden war, erschien er auf dem Zeugenstand nicht und blieb unbestraft.

Zwei Wochen vor dem Prozeßtermin war der vierjährige Rechtsstreit zwischen den beiden mit viel Geld beiglegt worden. Anastasi: „Yannikos, der mein Hauptinformant war, hat eine Abfindung von 65 Millionen Drachmen (umgerechnet etwa 1,6 Millionen Mark) erhalten." Seine Informationen habe er, so Anastasi, vom Sohn des auf diese Art und Weise stumm gewordenen Ex-Partisanen Yannikos.

„Dampf für Europa" bringt den Wähler nicht in Fahrt

„Europa muß geschaffen werden", das forderte schon Konrad Adenauer. Doch wer für Europa wirbt, hat es schwer, Interesse zu wecken. Das ist auch das erste Fazit der FDP-Kandidaten, die für die Europawahl am 17. Juni durchs Land reisen.

Von STEFAN HEYDECK

Der Dicke, Tante Mechthild, der Uli und auch mein Opa sollen wieder nach Straßburg." Das wünscht sich die achtjährige Melanie Jürgens in Schönschrift auf gelbblauen Faltblättern. Der „dicke" Martin Bangemann, „Tante" Mechthild von Alemann, „Uli" Ulrich Irmer und „Opa" Heinrich Jürgens sind wieder die Spitzenkandidaten der Freien Demokraten für die zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament.

Seit Beginn dieser Woche sind die vier mit einem Sonderzug quer durch die Bundesrepublik auf Stimmenjagd. Das Mammutprogramm sieht in fünf Wochen rund 1000 Einzelveranstaltungen in gut 100 Orten vor. Die Bundes-FDP gibt allein für diesen „rollenden Einsatz" 250 000 DM aus. Der Betrag sei aufgrund der positiven Erfahrungen mit einem solchen Sonderzug im letzten Bundestagswahlkampf „gut investiert". Schließlich können die Bürger selbst in kleinen und kleinsten Orten bekannte Liberale „zum Anfassen" erleben. Andererseits geht praktisch keine Lokalzeitung an den Auftritten vorbei – und diese Berichte können werbewirksamer als teure Anzeigen sein.

Also sind die Freien Demokraten dabei, „Dampf für Europa" (so ein Slogan) zu machen. Das ist für die Matadoren ein knochenhartes Geschäft. Zwar sind die Termine generalstabsmäßig geplant. Doch die „Kundschaft" ist nicht zu organisieren und – schlimmer noch – zu mobilisieren. So müssen die Wahlkämpfer sich nach lautstarken musikalischen Begrüßungen auf den Bahnsteigen an Informationsständen und in Sälen abplagen: Europa ist bei den Bürgern nicht sonderlich gefragt. Statt Zustimmung hören die deutschen Abgeordneten aus Straßburg Kritik, wenn sie es endlich geschafft haben, eine Handvoll Passanten in eine Diskussion zu verwickeln.

Da wird dann zum Beispiel in Wuppertal dagegen gewettert, daß die Bundesrepublik Deutschland zu viel Geld in die EG-Kassen zahlt. Davon würden doch nur Engländer und Franzosen profitieren. Die aber würden „viel mehr streiken als wir". Dann macht sich aber Einsicht breit, wenn die Europa-Parlamentarier auf die Exportabhängigkeit hinweisen. Doch so ganz überzeugt das die meisten nicht. Ähnlich ist es auch beim zweiten „Standardthema", dem türkischen EG-Beitritt. Die Türken würden bei ihrer Rückkehr in die Heimat hohe fünfstellige Beträge erhalten. Die eigenen Renten seien aber „unsicher". So zeigt sich immer wieder eine Mischung aus Vorurteilen, Halbinformiertheit und Desinteresse gegenüber Europa. Bangemann: „Wir sind irgendwie exotische Vögel."

Einmütigkeit gibt es praktisch nur bei innenpolitischen Themen. Da wird in Köln genauso wie in Siegen die 35-Stunden-Woche abgelehnt. Aber dabei „zieht" der Hinweis der Europa-Abgeordneten auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA und Japan so gut wie nicht. Die Bürger sind dagegen, „weil damit doch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden".

Europa-Fighter Bangemann zeigt sich in einem ersten Resümee trotzdem optimistisch: „Die Wahlbeteiligung wird wieder bei 60 Prozent liegen." Vorsichtiger äußert er sich zu den FDP-Chancen: „Wir sind entweder gut 'drin' oder knapp draußen." Wenig hilfreich ist bisher die FDP-Bundestagsfraktion. Statt die „Straßburger" massiv zu unterstützen, üben sich die „Bonner" fast in Zurückhaltung. Es gibt eine Art Verärgerung über die Kritik der Basis an ihrer Arbeit, an der jedoch die Europa-Kollegen schuldlos sind. Wenn schon Politiker Schwierigkeiten haben, über „den Zaun" zu gucken ...

Zum 1. Mai hat sich vieles stark verhärtet

Auseinandersetzung in Polen / Demonstrationen verstärkt

dpa, Hamburg

Millionen Menschen in der ganzen Welt haben sich am Dienstag, dem internationalen „Tag der Arbeit“, mit zahlreichen Appellen, Kundgebungen und Demonstrationen für Arbeit, Frieden und Abrüstung eingesetzt. In den Ländern des Ostblocks – mit Ausnahme von Rumänien – fanden die offiziellen Mai-Paraden statt, die von den Partei- und Regierungschefs abgenommen wurden.

Die Kundgebungen verliefen überwiegend friedlich. Lediglich in Polen kam es bei Demonstrationen für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität“ in mehreren Städten zu Auseinandersetzungen, ei denen die Polizei Wasserwerfer, Schlagstöcke und Tränengas einsetzte.

In Danzig drängten sich mehrere tausend Menschen im Anschluß an eine Messe in den offiziellen Mai-Umzug, um für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität“ zu demonstrieren. Die Gruppe, in der sich auch Arbeiterführer und Nobelpreisträger Lech Walesa befand, marschierte an die Ehrentribüne, auf der die Vertreter der politischen Führung des Bezirks standen. Später kam es vor der Wohnung von Walesa zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei. Polizisten nahmen mehrere Demonstranten fest.

In Warschau setzte die Polizei gegen einige tausend Menschen, die nach einem Gottesdienst ebenfalls für „Solidarität“ demonstrierten, Wasserwerfer ein. Die Innenstadt von Warschau war für den Verkehr gesperrt, der Weg für den offiziellen Mai-Aufmarsch streng bewacht. In Tschenstochau wurde eine Gegendemonstration ebenfalls mit Wasserwerfern und Tränengas durch die Polizei aufgelöst.

Der neue sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko hat in Moskau zum ersten Mal die traditionelle Mai-Parade abgenommen. Er begrüßte, von Ministerpräsident Nikolai Tichonow und Verteidigungsminister Dmitri Ustinow flankiert, Tausende von Menschen, die mit Luftballons, Papierblumen und Transparenten über den Roten Platz zogen.

Die Sowjetunion hat zum 1. Mai an die „Völker Europas“ appelliert, den „Kampf für den Abzug der neuen amerikanischen Raketen aus Westeuropa zu verstärken“. Gleichzeitig forderte die sowjetische Führung die Soldaten auf, ihre „militärische und politische Vorbereitung“ weiter zu verbessern.

In Budapest sprach sich der ungarische KP-Chef Janos Kadar bei den Mai-Feiern für die Wiederaufnahme von Abrüstungs-Verhandlungen aus mit dem Ziel, eine „vernünftige Vereinbarung zur Eindämmung des Rüstungswettkampfes zu erreichen“. In Ungarn hatten die Mai-Aufmärsche mehr den Charakter eines Volkesfestes. In Rumänien gab es wie bereits in den letzten Jahren – keine Mai-Aufmärsche. Am Montagabend wurde in Bukarest von der Parteiführung ein Maifest veranstaltet, an dem auch Partei- und Staatschef Nicolae Ceaucescu teilnahm.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat anläßlich des 1. Mai zur Beendigung der derzeitigen Tarifauseinandersetzungen aufgerufen. In einer Erklärung zum „Tag der Arbeit“ warnte Kohl, daß ein Arbeitskampf keine neuen Arbeitsplätze schaffe, sondern sie gefährde. Die wirtschaftliche Erholung vertrage keine neuen Belastungen. Wer die Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs wolle, dürfe ihn nicht behindern. „Wir dürfen uns jetzt keinen ideologischen Streit leisten“, erklärte Kohl.

Ohne direkt auf den gegenwärtigen Tarifstreit um Arbeitszeitverkürzungen einzugehen, vertrat der Kanzler die Ansicht, daß es noch „genug Raum für branchenbezogene, flexible und verantwortungsbewußte Lösungen“ gebe, die den Aufschwung nicht abwürgten und Arbeitsplätze nicht gefährdeten. Die Parole „weniger leisten und besser leben“ führe in eine Sackgasse. Niemand könne einen Rückfall in die Krise wolle, und er sei trotz der harten Kampfparolen überzeugt, daß das niemand wolle.

Kohl bezeichnete den 1. Mai 1984 als „Tag der Mahnung“, daß viele Mitbürger ohne Arbeit seien. Die Solidarität verpflichte zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Der 1. Mai müsse aber auch ein „Tag der Besinnung“ sein, wie es zu der Arbeitslosigkeit habe kommen können.

Gewerkschaften unnachgiebig

Im Druckgewerbe wie bei der IG Metall bleibt die Streikbereitschaft

XING-HU KUO/DW. Karlsruhe

In der laufenden Tarifauseinandersetzung hat der Deutsche Gewerkschaftsbund seine Position in der Diskussion um die 35-Stunden-Woche am 1. Mai weiter verschärft. So sagte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit in der zentralen Kundgebung seiner Gewerkschaft in Karlsruhe, die ersten Streiks hätten gezeigt, daß die Arbeitgeber „nicht mehr zu warnen“ seien. Deswegen gebe es nur noch einen Weg, nämlich die Urabstimmung.

Breit, der am Vorabend in einer Gewerkschaftsveranstaltung in Fellbach bei Stuttgart noch moderater gewesen war, sagte in Karlsruhe: „Jedes Ja in der Urabstimmung für Arbeitszeitverkürzung“ sei ein „Ja zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“. Er rief die Arbeitnehmer auf, sich an den anstehenden Urabstimmungen zu beteiligen, um „den Arbeitgebern die Zähne zu zeigen. Sie haben es nicht anders verdient“.

In Karlsruhe richtete Breit massive Angriffe auch in Richtung Bundesregierung. Mit einem „ideologischen Trommelfeuer ohne gleichen“ hätten Arbeitgeber und konservative Politiker ein Meinungsklima geschaffen, das nicht nur dem Sozialstaat abträglich sei, sondern auch dem Ziel diene, „diesen Sozialstaat sturmreif zu schießen“.

Der Bundesregierung warf Breit vor, in einer „geschlossenen Front“ zusammen mit dem „Kapital“ in der tarifpolitischen Auseinandersetzung gegen die Gewerkschaften Stellung bezogen zu haben. Breit: Die Tarifautonomie solle 35 Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes „unterlaufen“ werden. Zentrale Forderungen des DGB seien eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Sicherung des sozialen Netzes, die Aufrechterhaltung der Massenkaufkraft und eine staatliche Beschäftigungspolitik.

Die harschen Worte des DGB am 1. Mai haben die Arbeitgeber in der Metall- wie in der Druckindustrie dazu veranlaßt, die Arbeitnehmer in der laufenden Tarifauseinandersetzung zum Nachdenken aufzufordern. Der Bundesverband Druck wie auch die Arbeitgeber in der Metallindustrie mahnten die Gewerkschaften, „über die Konsequenzen eines Arbeitskampfes ernsthaft nachzudenken“.

Im Tarifkampf der IG Metall verwies der Vorsitzende des Verbandes der Metallindustrie in Baden-Württemberg, Hans Peter Stihl, darauf, die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche habe bei den Arbeitgebern einen „beispiellosen Solidaritätseffekt ausgelöst“.

In den meisten Metallbetrieben in Nordwürttemberg/Nordbaden haben inzwischen die Unternehmensleitungen in Briefen an ihre Mitarbeiter die Auffassung vertreten, daß sie „bei der Urabstimmung darüber entscheiden, ob durch einen Arbeitskampf eine verkürzte Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich erzwungen werden soll und somit Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet werden“. Stihl erklärte, wenn die IG Metall den Arbeitskampf wolle, „werden wir ihn durchstehen“. Er sagte, man könne davon ausgehen, daß ein Streik in der Regel mit der zulässigen Art der Abwehraussperrung beantwortet werde. Nur so könnten die Arbeitgeber einen Arbeitskampf verkürzen.

Stihl warf den Arbeitnehmern vor, seit Monaten auf das „Ziel eines Arbeitskampfes hingearbeitet zu haben“. Die IG Metall sei zur Stunde „um keinen Millimeter von ihren Forderungen abgerückt“. Die Arbeitnehmer in der IG Druck wie in der IG Metall sind von den Arbeitgebern aufgefordert worden, über ihre Position nachzudenken.

Unabhängig davon bereitet die IG Metall die ersten Urabstimmungen in der Metallbranche über einen möglichen Streik vor. Die IG Druck sieht keine großen Chancen, daß das Spitzengespräch in der Druckindustrie heute zu einem Erfolg führen könnte.

Trotz der Kompromißbereitschaft der Arbeitgeber darf davon ausgegangen werden, daß es in den nächsten Tagen zu weiteren Streiks in der Druckindustrie kommt.

Umfrage bei Druckern: Mehrheit gegen Streiks

Hensche unterstreicht politischen Charakter der Aktionen

GÜNTHER BADING, Bonn

Unmittelbar vor dem heutigen Spitzengespräch des Bundesverbandes Druck mit der IG Druck und Papier über die durch zahlreiche Streiks und Warnstreiks belastete Tarifrunde im Druckgewerbe haben sich von Infratest befragte Arbeitnehmer dieser Branche mit deutlicher Mehrheit gegen einen Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche ausgesprochen. Die im Auftrag des Arbeitgeberverbandes am 27. und 28. April durchgeführte Telefonumfrage ergab auf die konkrete Frage, ob ein Streik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich richtig oder falsch sei bei 66 Prozent die Antwort „falsch“.

68 Prozent der als repräsentativer Querschnitt befragten 504 Beschäftigten teilen die Meinung nicht, daß nur mit der 35-Stunden-Woche erfolgreich etwas gegen die Arbeitzslosigkeit getan werden könne; 60 Prozent sehen in einem Streik kein sinnvolles Mittel zur Durchsetzung der Gewerkschaftsforderung. 60 Prozent teilen die Ansicht, die 35-Stunden-Woche sei nur bei entsprechend weniger Lohn möglich; 58 Prozent sehen in der Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich ein hohes Risiko für die Wirtschaft. 60 Prozent halten die Frühverrentung für attraktiver und 66 Prozent meinen, es gebe wichtigere Probleme zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten als die 35-Stunden-Woche.

Die IG Druck, die mit unveränderter Maximalforderung in das Spitzengespräch geht, läßt keinen Zweifel daran, daß sie eine politische Auseinandersetzung sucht. Der stellvertretende Vorsitzende Detlef Hensche sagte im „Spiegel“, man „soll sich nichts vormachen“, diese Auseinandersetzung habe „zwangsläufig politischen Charakter“. Bundeskanzler Kohl und Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff stünden in jedem Fall „auf der anderen Seite“. Es gehe darum die Menschen „von den Fesseln der unternehmerischen Verfügungsgewalt zu befreien“. Zwar stehe die Entscheidung in einer tarifpolitischen Frage an, „dennoch strahlt sie auch auf die allgemeine politische Entwicklung aus.“

Gewerkschaftlicher Erfolg in einem Arbeitskampf habe „Auswirkungen auf das allgemeine Kräfteverhältnis“. Seine Gewerkschaft habe sich nie nur auf Tarifarbeit beschränkt. „Wir wollten auch stets Einfluß auf die Politik ausüben.“ Wenn man die „Wende“ als Umkehr in der Sozialpolitik begreife, richte sich der Kampf um die 35-Stunden-Woche „auch dagegen“.

In Salzgitter flogen Blüm Eier um die Ohren

DOMINIK SCHMIDT, Salzgitter

Gegen eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit hat sich gestern Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ausgesprochen. Auf der Mai-Kundgebung in Salzgitter plädierte der Minister statt dessen für eine kürzere Lebensarbeitszeit. Die von heftigen Tumulten geprägte Veranstaltung hatte bereits im Vorfeld für Schlagzeilen gesorgt, weil Blüm („Ich gehörte schon der Gewerkschaft an, als andere hier noch mit Bauklötzen spielten“) auf Drängen seitens der IG Metall als Redner wieder ausgeladen werden sollte.

Nachdrücklich warnte der Minister vor dem drohenden „großen Arbeitskampf“. Dies sei das Schlimmste, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der Bundesrepublik Deutschland geschehen könne. Um „den Karren aus dem Dreck zu ziehen“, bedürfe es unverändert großer Anstrengungen aller Beteiligten. Gefragt sei Zusammenarbeit, nicht aber Klassenkampf.

Niemand, so Blüm, dürfe sich der Illusion hingeben, daß irgend jemand Patentrezepte aus der Tasche ziehen könnte, um die Arbeitslosigkeit schnell und drastisch abzubauen. Vielmehr seien viele Schritte notwendig, um den Zustand der Vollbeschäftigung wieder zu erreichen. Einer dieser Schritte sei das „Bekenntnis zum technischen Fortschritt“. Die Befürworter des „Null-Wachstums“ würden sich selbst ad absurdum führen, weil es „nur dann etwas zu verteilen gibt, wenn vorher etwas verdient wird“. Auch der erzielte Zuwachs könne nur einmal verteilt werden, entweder auf den Lohn oder auf die Arbeitszeit.

Appell an die „liebe Großindustrie“

In seiner von Eierwürfen und lautstarken Störungen begleiteten Rede verteidigte Blüm die Sparpolitik der Bundesregierung. Geordnete Staatsfinanzen seien die Grundlage für die Besserung der wirtschaftlichen Entwicklung. Die „liebe Großindustrie“ rief der Minister auf, sich bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen am Beispiel der kleinen und mittleren Betriebe zu orientieren. Wünschenswert ist nach seinen Worten eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen.

Die Störungen durch einen Teil der rund 2000 Zuhörer auf dem Rathausplatz in Salzgitter wertete Blüm als „mangelnde Toleranz“. Die Frage der IG Metall auf einem Flugblatt, wem der 1. Mai gehöre, lasse sich eindeutig beantworten: den Arbeitnehmern aus allen Parteien und nicht irgendwelchen Ideologen. Damit reagierte Blüm auf die Eingangsworte des DGB-Sprechers, der die Querelen um die Einladung des Ministers „nicht als Kritik an seiner Person, sondern an seiner Politik“ gewertet wissen wollte.

Auch der SPD-Politiker Hans Wischnewski hatte in Salzgitter Mühe, angesichts des Pfeifkonzerts seine Rede zu Ende zu bringen. Wischnewski: „Durch eure Schreierei wird nicht ein einziger Arbeitsplatz geschaffen.“ Er erinnere sich an Zeiten, als die Gewerkschaftsbewegung noch tolerant genug war, um auch Andersdenkende zumindest anzuhören.

Ein „ernstes Wort“ von Wischnewski an Bonn

Wischnewski bezeichnete die Forderung der Gewerkschaften nach einer Verkürzung der Arbeitszeit als unverzichtbar. Dies gelte sowohl für die Wochen- wie für die Lebensarbeitszeit.

Ein „ernstes Wort“, so der SPD-Politiker, müsse er an die Bundesregierung richten, die in der bevorstehenden Arbeitsauseinandersetzung zu einseitig Stellung für die Unternehmerschaft bezogen habe. Ausdruck dafür sei die Beurteilung von Bundeskanzler Helmut Kohl, der die Gewerkschaftsforderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als töricht und absurd bezeichnet hatte.

Begonnen hatte alles ganz harmlos: DGB-Kritik am „lieben Herrn Arbeitsminister“, in solch netter Form vorgetragen vom Vorsitzenden des Kreisverbandes, Schilder mit der Aufschrift „Wir vertrauen dir, Norbert“ oder „Willkommen in Salzgitter“ und sogar Beifall, als der Minister seine Rede begann. Doch nach fünf Minuten rückten die Gegendemonstranten an. Eier flogen und Blüms Appelle an Gewerkschaften und Arbeitgeber, seine Forderung nach zusätzlichen Ausbildungsplätzen und natürlich auch sein Eintreten für eine kürzere Lebensarbeitszeit verhallten im Konzert von Trillerpfeifen und Trompeten.

Blüm, seit Jahren IG Metall-Mitglied und 1984 einziger Bundesminister auf einer DGB-Kundgebung, redete scheinbar unbeeindruckt munter weiter, denn, so meinte er später, diesen Demonstranten dürfe man nicht klein beigeben. Der Protestchor vestummte auch dann nicht, als der Minister schließlich nach einer Viertelstunde das Podium verließ, und ihm Hans-Jürgen Wischnewski folgte, Vertreter jener SPD, die sich seit Wochen demonstrativ an die Seite der Gewerkschaften stellt, wenn es um das Thema Arbeitszeitverkürzung geht.

Plant Iran den Bau von Atombomben?

DW. Bonn/Washington

Nur wenige Wochen nachdem die Bundesrepublik Deutschland von der amerikanischen Zeitung „New York Times" beschuldigt worden war, durch die Lieferung von chemischen Anlagen Irak in die Lage zu versetzen, Giftgas zu produzieren (WELT v. 31. März), hat jetzt die „Washington Post" Bonn in einem Leitartikel indirekt vorgeworfen, Iran zu helfen, eine nukleare Streitmacht aufzubauen. Anlaß ist die Hilfe deutscher Firmen beim Bau des Kernkraftwerkes Buschir.

Wörtlich schreibt das Blatt: „Ein westdeutsches Technikerteam ist gegenwärtig in Iran dabei, das noch unfertige Atomkraftwerk in Buschir zu überprüfen. Iran verfügt bereits über einen kleinen Forschungsreaktor, der unter internationaler Überwachung steht ... Es besteht (jedoch) immer die Gefahr, daß ein Land, das im Rahmen solcher Überwachung große Reaktoren betreibt, die entsprechenden Abkommnen plötzlich aufkündigt und die Atomkraft zu militärischen Zwecken nutzt ..."

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Jansen: Mehr erreicht als zu erwarten war

„Sicherheits-Seminar" mit Vertretern von SPD und SED

schw. Kiel

Nach monatelangen Vorbereitungen kam es in der vergangenen Woche in Malente zum ersten Mal zu einem offiziellen Gespräch zwischen einem SPD-Landesverband (Schleswig-Holstein) und Vertretern der SED (aus den Bezirken Neubrandenburg, Schwerin und Rostock). Die Initiative zu diesem dreitägigen Treffen ging vom schleswig-holsteinischen SPD-Vorsitzenden, dem Bundestagsabgeordneten Günther Jansen aus.

Bei diesem „Seminar" über sicherheitspolitische Fragen wurde deutlich, meinte Jansen, daß es sich für die SED um eine Art Test-Gespräch handelte, um zu prüfen, ob Kontakte dieser Art zu positiven Ergebnissen führen könnten. Bei diesem Gedankenaustausch sei mehr herausgekommen „als wir erwartet hatten". Die Vertreter der SED hätten sich „bedeutend flexibler gezeigt", als man das aus früheren Kontakten gewohnt gewesen sei, und bei aller ideologischer Unterschiedlichkeit der Argumentation hätte die SPD registrieren können, daß es für die sechs Vertreter der mitteldeutschen Staatspartei „klar war, daß es ein westliches Sicherheitsbedürfnis gibt", und daß nur unter Berücksichtigung dieses jeweiligen Sicherheitsbedürfnisses Vereinbarungen möglich seien.

Den SPD-Initiatoren dieser Tagung ging es nach eigenem Bekunden darum, nach dem Scheitern der Nachrüstungsgespräche in Genf „auf einen eng begrenzten Bereich bezogen" Gespräche mit Vertretern der SED zu führen, um „Bewegung hineinzubringen in die Fragestellung, wo liegen die Interessen der Bundesrepublik im westlichen Bündnis und wo die der DDR aus der Sicht der SED im Warschauer Pakt".

Hier wurden bekannte Positionen vorgetragen, wobei die Gesprächspartner zu der gemeinsamen Formulierung fanden, daß die gegenwärtige Rüstungsspirale, die mit dem Scheitern der Genfer Verhandlungen eingesetzt hat, zu beenden sei. Der erste Schritt dazu sei, die Nachrüstung auf beiden Seiten einzufrieren. Die SED sehe es für „unabdingbar" an, „daß die Sowjetunion darauf einseitig ihre SS-20-Systeme so weit runterrüstet, wie sie es schon einmal selbst angeboten hatte", nämlich auf die Größenordnung der französischen und englischen Raketenpotentials. Die Vertreter der SED hätten „klipp und klar" erklärt, so Jansen, daß sie ihre Möglichkeiten wahrnehmen werden, ihre Führungsmacht zu veranlassen, daß sie einen solchen Weg beschreitet.

Kernenergie: Kooperation mit Peking

dpa/DW. Bonn

Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik China werden künftig auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie zusammenarbeiten. Ein entsprechendes Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung, Technologie, Sicherheit, Planung, Errichtung und Betrieb von Kernkraftwerken und Forschungseinrichtungen hat das Bundeskabinett am Montag gebilligt. Es ist die erste derartige Vereinbarung Chinas mit einem Nicht-Kernwaffenstaat.

Peking möchte über das Abkommen Zugang zu den deutschen Erfahrungen auf dem Gebiet der friedlichen Kernenergie-Nutzung erhalten. Nach dem Abkommen verpflichten sich die Bundesrepublik – die im Gegensatz zu Peking Mitglied des Atomwaffensperrvertrages ist – und Peking, daß ihre Zusammenarbeit nur friedlichen Zwecken dienen darf. In Bonn wurde vor allem hervorgehoben, daß auch beim schwierigen Punkt der Nichtverbreitung von kernwaffenfähigem Material eine befriedigende Lösung erzielt werden konnte. Von deutscher Seite gelieferte Technologie einschließlich Materialien darf nicht zur Kernwaffenherstellung in China oder anderen Staaten verwendet werden.

Helsinki plagt sich mit Reformen

Direktwahl des Präsidenten und eine vereinfachte Gesetzgebung vorgesehen

REINER GATERMANN, Helsinki

Seit mehr als 20 Jahren wird in Finnland mehr oder weniger intensiv über eine Verfassungsreform beraten, in deren Mittelpunkt vor allem die Einführung der Volksabstimmung, die Direktwahl des Präsidenten durch das Volk sowie eine Erleichterung des Gesetzgebungsverfahrens stehen.

Bisher war keine Regierung in der Lage, dem Parlament einen entsprechenden Entwurf vorzulegen; der jetzige Justizminister Christoffer Taxell hat sich aber dieses Ziel gesetzt. „Geht alles nach Plan, kann der Präsident erstmals 1988 direkt vom Volk gewählt werden", meint der Minister und stellt gleichzeitig fest, daß er die Verfassungsreform als Paket vorlegen und nicht – was einige Parteien fordern – umstrittene Fragen ausklammern werde.

Der Übergang des höchsten Staatsamtes von Urho Kekkonen auf Mauno Koivisto Anfang 1982 erleichterte es den Parteien, die kontroversen Verfassungsfragen wieder aufzunehmen und eventuelle Positionsänderungen zuzulassen. Erleichtert wurde dieser Prozeß durch die Bereitschaft des neuen Staatsoberhauptes, auch sein Amt einer staatsrechtlichen Überprüfung unterziehen zu lassen und keine Einwände gegen die Stärkung von Parlament und Regierung auf Kosten seiner Befugnisse zu haben, vorausgesetzt, der außenpolitische Bereich, der fest in der Hand des Präsidenten liegt, bleibt unangetastet.

Obwohl erst 36 Jahre alt, ist Christoffer Taxell das Kabinettsmitglied, das am längsten, bisher fünf Jahre, ohne Unterbrechung dasselbe Ressort verwaltet. Nach seiner Ansicht wird es keine Schwierigkeiten bereiten, das Element der beratenden Volksabstimmung in die finnische Verfassung einzuführen. Bei der Präsidentenwahl scheint nun nach jahrzehntelangem Suchen ein Kompromiß gefunden zu sein.

Sozialdemokraten und Kommunisten haben ihre Forderung, das Staatsoberhaupt vom Reichstag (Parlament) wählen zu lassen, aufgegeben. Künftig soll es eine Mischung aus direkter Volkswahl und dem bisherigen Wahlmännersystem geben.

Bekommt ein Kandidat, der von den im Parlament vertretenen Parteien oder mindestens 20 000 Bürgern nominiert werden kann, mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen, ist er gewählt, andernfalls müssen wieder die 301 Elektoren, die gleichzeitig mit der Stimmenabgabe für den Präsidenten gewählt werden, zusammentreten.

Es gibt noch genügend Kritiker, die dieses Verfahren als Scheinreform betrachten, denn in der Praxis dürfte es kaum einem Kandidaten gelingen, mehr als 50 Prozent der Stimmen zu bekommen. Dies schaffte nicht einmal Koivisto. Dagegen wird es die Möglichkeit „schwarze Pferde" nicht mehr geben. Es sind dies Personen, die bei der Elektorenwahl nicht zur Debatte standen und erst nachträglich als Kompromißkandidaten „ausgegraben" wurden.

Dem Präsidenten wird in dem Reformvorschlag auch das Recht genommen, die Unterzeichnung eines Gesetzes abzulehnen. Er wird es künftig nur noch an das Parlament zurückverweisen können, um es dort in der folgenden Sitzungsperiode neu behandeln zu lassen. Dagegen wird das Staatsoberhaupt auch künftig für die Regierungsbildung zuständig bleiben und das Recht behalten, den Reichstag aufzulösen. Allerdings wird er nach der neuen Verfassung erst den Parlamentspräsidenten und Parteivorsitzenden hören müssen. Keine Mehrheit gibt es dagegen für die häufig vertretene Auffassung, nur eine Wiederwahl des Staatsoberhauptes zuzulassen, also die Amtszeit auf höchstens zwölf Jahre zu begrenzen.

„Bei uns dürfte es schwieriger als in irgendeinem anderen europäischen Land sein, ein Gesetz zu verabschieden, betont der Justizminister aus der Schwedischen Volkspartei mehrfach. Das Hindernis liegt in dem extrem starken Minoritätenschutz – es gibt für den Einzug ins Parlament keine Sperrgrenze – und in dem gleichermaßen ausgeprägten und weitgefaßten Eigentums- und Integritätsbegriff. Die Einführung eines Preisstopps oder der Preiskontrolle sowie die Entnahme von Blutproben bei Alkoholverdacht sind demnach Verfassungsfragen und können nur auf zwei beschwerlichen Wegen durch den Reichstag gebracht werden.

Bei der ersten Abstimmung reicht die einfache Mehrheit. Dann müssen jedoch Neuwahlen stattfinden; in der zweiten Abstimmung ist dann eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich. Die Vorlage kann aber auch mit einer Fünf-Sechstel-Mehrheit für „dringend" erklärt werden, dann müssen ihr in einem weiteren Votum zur Sache mehr als zwei Drittel der Abgeordneten zustimmen. Darüber hinaus gibt es immer noch die Möglichkeit, daß ein Drittel des Parlaments oder 67 Mitglieder einen Gesetzenwurf „über Neuwahl" abschieben können.

Die Reform sieht hier vor, daß zumindest für wirtschaftspolitische Vorlagen das Verfahren vereinfacht wird, und man sich mit einer einmaligen Zwei-Drittel-Mehrheit begnügt. Während Sozialdemokraten, Kommunisten und Konservative den Aufschub „über Neuwahl" völlig abschaffen wollten, halten die Parteien der Mitte, vor allem das Zentrum, daran fest, damit zu schnelle Veränderungen verhindern zu wollen.

Die Autorität Numeiris schwindet

Sudan im Ausnahmezustand / Bürgerkrieg im Süden / Ausländische Firmen ziehen ab

WOLFGANG KOYDL, Kairo

Noch vor ein paar Tagen hatte sich der ägyptische Verteidigungsminister Abdelhalim Abu Ghasala im Gespräch mit dem Staatsminister im Bundesaußenministerium, Jürgen Möllemann, zuversichtlich über die Lage in Sudan geäußert. Bald, so zitierte Möllemann den Minister, werde wieder Stabilität im größten afrikanischen Land einkehren, dessen Südteil von einem Bürgerkrieg christlich-animistischer Rebellen gegen die moslemische Zentralregierung erschüttert wird.

Die Ausrufung des Ausnahmezustandes durch den sudanesischen Staatspräsidenten Dschaafar Numeiri in der Nacht zum Montag zeigt jedoch, wie verzweifelt die Lage für die Regierung geworden ist.

Der Ausnahmezustand räumt den Behörden umfassende Vollmachten ein: Alle Versammlungen und Demonstrationen wurden verboten, die Verfassung teilweise suspendiert und die Post-Zensur nunmehr offiziell sanktioniert. Außerdem können die örtlichen Behörden nach eigenem Ermessen Ausgangssperren verhängen. Verstöße gegen die Notstandsregelung werden mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet, Urteile können „nach jedem anderen Recht" verhängt werden – ein Hinweis darauf, daß auch die geltende Strafgesetzgebung teilweise aufgehoben wurde.

Der Bürgerkrieg im Süden flammte nach der Einführung der Scharia, des islamischen Rechtes, in dem zu einem Drittel christlich-animistischen Land im September letzten Jahres wieder auf. Vorangegangen war im Juni die Aufsplitterung des Südens in drei Regionen, ein klarer Verstoß gegen das Abkommen von Addis Abeba, mit dem Numeiri im Jahre 1972 den ersten Bürgerkrieg beendet hatte.

Die Rebellen der „Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung" (SPLM) unter John Garang, einem ehemaligen Obersten der sudanesischen Armee, haben im Gegensatz zu der früheren Untergrundorganisation „Anyanya" ihre Strategie geändert und die traditionellen Spaltungen in den Reihen der süd-sudanesischen Politiker überwunden. Die SPLM konzentriert ihre Angriffe auf ehrgeizige Entwicklungsprojekte, um die Wirtschaft des mit acht Milliarden Dollar verschuldeten Landes zu treffen. Die Entführung der 38jährigen Hamburgerin Ursula Morson durch Rebellen im März war ein Beispiel für zahlreiche Anschläge auf ausländische Einrichtungen.

Die meisten ausländischen Firmen haben mittlerweile die Arbeit in Sudan eingestellt und ihre Mitarbeiter abgezogen. Den Rebellen ist es darüber hinaus gelungen, die Verkehrsverbindungen zwischen dem Norden und dem Süden praktisch vollständig zu unterbrechen. Vor drei Wochen kündigte Numeiri die Einrichtung einer Luftbrücke in den Süden an, um die Lebensmittelversorgung der Provinzen aufrechtzuerhalten.

Doch die Opposition gegen den Staatschef, der 1969 in einem unblutigen Putsch an die Macht kam und seitdem zahlreiche Umsturzversuche niederschlug, ist nicht mehr auf den Süden beschränkt. Ein Streik der Ärzte und Hebammen Anfang April, Unruhen an den Universitäten und Numeiris Erklärung, daß die verbotenen Parteien wieder aktiv würden, sind eindeutige Hinweise darauf, daß die Autorität des Regimes angeschlagen ist.

Offenbar versucht Numeiri, mit Zuckerbrot und Peitsche zumindest die Rebellion im Süden zu beenden. Angeblich auf ausländischen Druck erlaubte er unlängst dem Gouverneur der Südprovinz Bahr el-Ghasal, mit SPLM-Vertretern zu verhandeln. (dpa)

Strauß schickt seinen Vertrauten Stoiber als Statthalter nach Bonn

PETER SCHMALZ, München

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat zumindest für absehbare Zeit kein Interesse mehr, Mitglied der Bundesregierung unter Bundeskanzler Kohl zu werden. Der noch Ende 1983 in der CSU-Spitze erwogene Plan, den CSU-Vorsitzenden zur Durchsetzung einer konsequenteren Unionspolitik in der Bonner Regierung zu installieren, ist vorläufig aufgegeben.

Diese neue Haltung wird durch eine überraschende Personalüberlegung untermauert: Nach zuverlässigen Informationen der WELT wird Strauß nicht – wie erwartet – seinen Staatssekretär in der Staatskanzlei, den früheren CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber, zum Sozialminister ernennen. Dieser Posten muß Ende Juni neu besetzt werden, wenn der langjährige Amtsinhaber Fritz Pirkl ins Europaparlament wechselt.

Für dieses Amt hatte Stoiber Interesse signalisiert, sich in den vergangenen Wochen jedoch auffallend zurückgehalten. Pirkls Nachfolger soll nun der bisherige Bundesratsminister Peter Schmidhuber werden, der bereits als Favorit für das Amt des Wirtschaftsministers galt, falls Anton Jaumann seine politische Laufbahn beendet.

Stoiber aber soll Schmidhubers Nachfolger in Bonn werden. Damit hofft Strauß, auch ohne seine Präsenz stärkeren Einfluß in Bonn zu gewinnen. Stoiber genießt mehr Vertrauen des CSU-Vorsitzenden als die führenden Bonner CSU-Politiker wie Theo Waigel oder Friedrich Zimmermann. Mit diesen Coup könnte einerseits Strauß eine stärkere Kontrolle über die Bonner CSU gewinnen, andererseits käme Stoiber seinem lang gehegten Wunsch näher, einen Einstieg in die Bundespolitik zu finden.

Stoibers bisherigen Posten, den die meisten Ministerpräsidenten vor Strauß nicht besetzt hatten, will der bayerische Regierungschef nicht verwaisen lassen. Er hat zu schätzen gelernt, daß ihn der von der Verfassung vorgesehene Staatssekretär im Vorzimmer einen erheblichen Teil der Arbeit abnehmen kann. Bei keinem seiner Vorgänger in der Staatskanzlei war die Flut von politischen und menschlichen Bitten und Wünschen, Terminen und Verpflichtungen so groß wie seit dem Amtsantritt von Strauß vor knapp sechs Jahren. Mit dieser Aufgabe, ihm dabei vertrauensvoll Hilfestellung zu leisten, will Strauß einen CSU-Nachwuchspolitiker beauftragen, eine Entscheidung über die Person ist jedoch noch nicht gefallen.

Auch die Nachfolge von CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu ist noch nicht entschieden. In der CSU-Führung hat man sich jedoch darauf eingerichtet, daß Wiesheu wegen seines Unfalls unter Alkoholeinfluß, bei dem ein Rentner getötet wurde, nicht mehr in die CSU-Parteizentrale zurückkehren kann. Dem überaus talentierten Wiesheu bleibt deshalb voraussichtlich nur die Genugtuung, daß sich die Partei sichtlich schwer tut bei der Suche nach einem neuen Mann. Gerold Tandler, der das Generalsekretariat derzeit kommissarisch führt und der bekundet hat, er wolle die Doppelbelastung mit Parteizentrale und Fraktionsführung im Landtag bis höchstens zur Europawahl am 17. Juni auf sich nehmen, hat sich inzwischen damit abgefunden, zumindest bis in den Herbst hinein auch den Schreibtisch des Generalsekretärs weiter verwalten zu müssen.

Widerwillig nimmt er diese Bürde nicht auf sich, weiß er doch die bundespolitische Aufmerksamkeit, die ein CSU-Generalsekretär genießt, ebenso zu schätzen wie das Vertrauen von Strauß, das sich in dieser doppelten Berufung äußert.

Dennoch: Strauß und Tandler suchen gemeinsam nach einem Nachfolger für die Parteizentrale. Thomas Goppel, der Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten, scheint inzwischen kaum noch Chancen zu haben. Auch Georg von Waldenfels, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, hat neben beachtlichen Trümpfen einige schlechte Karten. Darunter sein Wohnsitz in der nördlichsten Ecke Bayerns. Daß die bisherigen CSU-Generalsekretäre ausnahmslos südlich der Donau beheimatet waren, hat einen simplen Grund: Sie müssen auch in ihrer Freizeit unverzüglich verfügbar sein. Neben anderen könnte inzwischen der CSU-Landtagsabgeordnete Alois Glück erhebliche Chancen haben. Er wohnt in Oberbayern und hat sich als Umweltpolitiker einen Namen gemacht.



Die Papst-Reise gilt dem ganzen koreanischen Volk

Vor 200 Jahren begann die katholische Missionierung

XING-HU KUO/DW. Rom/Seoul

Papst Johannes Paul II. tritt heute seine Asien-Reise an. Auf dem Programm stehen Südkorea, Papua Neu-Guinea, die Salomon-Inseln und Thailand. Die Reise wird im Vatikan als Würdigung der an vorderster Front tätigen Missionare der katholischen Kirche verstanden.

Die mit vier Tagen längste und wichtigste Etappe, Südkorea, steht am Anfang. In Südkorea, wo der Katholizismus vor 200 Jahren Fuß faßte, leben heute 1,6 Millionen Katholiken, und ihre Zahl nimmt ständig zu. Wenige Tage vor seiner Abreise hat sich der Papst für die Wiedervereinigung von Nord- und Südkorea ausgesprochen. In einer vom Vatikan veröffentlichten Botschaft an das koreanische Volk, die in Südkorea von Rundfunk und Fernsehen übertragen wurde, sagte er: „Ich bete mit meinem ganzen Herzen, daß Ihr alle schon bald in einer liebevollen Familie wiedervereinigt sein werdet und in Harmonie und in Frieden leben könnt." In der Botschaft unterstrich der Papst, daß sein Besuch in Südkorea auch der nordkoreanischen Bevölkerung gelte. Er komme als Freund, „um die Leiden und Hoffnungen des gesamten Volkes der koreanischen Halbinsel zu teilen".

Sowohl für das geteilte Land als auch für den hohen Gast selbst ist dieser Besuch von besonderer Bedeutung.

103 Märtyrer

Es ist der erste Besuch eines Papstes in Korea überhaupt, und die katholische Kirche in Südkorea wird gemeinsam mit dem Pontifex das 200jährige Bestehen des katholischen Glaubens in diesem Land feierlich begehen. Höhepunkt während des viertägigen Aufenthalts wird neben Gesprächen mit Staatspräsident Chun Doo-hwan eine Massenveranstaltung in Seoul am kommenden Sonntag sein. Dort wird der Papst 103 Koreaner heiligsprechen, die als Märtyrer im Einsatz für die Kirche ihr Leben verloren haben.

Der Katholizismus kam über China nach Korea. Koreanische Delegationen, die Geschenke mit dem kaiserlichen Hof in China austauschten, machten Bekanntschaft mit westlichen und chinesischen Missionaren und Gläubigen. 1784 kehrte der erste getaufte koreanische Katholik, Lee Sung-hoon, in seine Heimat zurück. Auch er wurde in China bekehrt.

Zu diesem Zeitpunkt begann die wechselvolle Geschichte der koreanischen Katholiken. In der Zeit von 1801 bis 1886 waren sie häufig Verfolgungen ausgesetzt, mehr als 10 000 Gläubige fielen ihnen zum Opfer. Durch einen Vertrag mit Frankreich im Jahre 1886 wurde die katholische Kirche in Korea zumindest geduldet.

Unterdrückung im Norden

Völlig frei entfalten konnten sich die Katholiken erst nach dem Zweiten Weltkrieg und zwar nur in Südkorea. Im kommunistischen Norden mußte die Kirche wie alle anderen religiösen Gruppen in den Untergrund gehen. Es wird erwartet, daß der Papst während des Südkorea-Besuches sich zur Religionsunterdrückung im Norden äußern und Pjöngjang auffordern wird, zur Besserung der Lage beizutragen.

Das hohe Ansehen der katholischen Kirche in Südkorea ist nicht zuletzt das Ergebnis des starken Engagements im kulturellen und sozialen Bereich, so daß die Bedeutung des Katholizismus weit über seine zahlenmäßige Stärke hinausgeht. Es gibt acht Universitäten, 31 Oberschulen, sechs Grundschulen, 215 Kindergärten, deren Träger die katholische Kirche ist. Ihr hohes Niveau sorgt für große Beliebtheit vor allem bei den führenden Schichten des Landes. Im sozialen Bereich gibt es 26 katholische Krankenhäuser, 24 Kliniken und Ambulanzen, 25 Leprahäuser und zahlreiche Behinderteneinrichtungen.

Obwohl die südkoreanische katholische Kirche selber unter Priestermangel leidet, sind Koreaner inzwischen auch als Missionare im Ausland tätig, beispielsweise in Papua Neu-Guinea.

Im Rahmen der zahlreichen Aktivitäten zum 200jährigen Jubiläum des Katholizismus in Korea hat die Kommission zur Vorbereitung dieser Feierlichkeiten dazu aufgerufen, unter dem Motto „Ein Licht für dieses Land" alle Möglichkeiten auszuschöpfen, auch die Glaubensbrüder im kommunistischen Norden mit der Botschaft der Kirche zu erreichen.

„Volksbüro" in London durchsucht

rtr/DW. London/Tripolis

Großbritannien und Libyen haben am Wochenbeginn die verlassenen Botschaftsgebäude des jeweils anderen Staates in ihrer Hauptstadt durchsuchen lassen. Nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen Großbritanniens mit Libyen waren die britischen Diplomaten ebenso wie die Angehörigen des libyschen „Volksbüros" in ihre Heimat zurückgeflogen.

Nach dem Abzug des libyschen Personals aus dem „Volksbüro" in London hatten britische Polizisten und Soldaten am Montag mehrere Stunden das verwaiste Gebäude im Zentrum Londons durchsucht und keine Sprengkörper gefunden. Die Polizei erklärte, daß im Gebiet um das Botschaftsgebäude „in diesem Stadium keine Gefahr für die Öffentlichkeit" bestehe. Die Durchsuchung des „Volksbüros" war zeitweilig unterbrochen worden. Es wurde befürchtet, daß die Libyer vor dem Verlassen des Gebäudes Bomben versteckt haben könnten.

Die britische Polizei war durch eine Hintertür in das Gebäude am St. Jame's Square eingedrungen. Bombenexperten der Armee wurden hinzugezogen. Von der Untersuchung des „Volksbüros" erhofft sich die Polizei Aufschluß darüber, wer die britische Polizistin Yvonne Fletcher aus dem Botschaftsgebäude heraus erschossen und mehrere libysche Demonstranten durch Schüsse verletzt hatte.

Unter der Beschuldigung, daß Großbritannien „alle internationalen Gesetze und Normen" verletze, durchsuchten libysche Stellen am gleichen Tag das verlassene britische Botschaftsgebäude in Tripolis. Nach einem Bericht der amtlichen libyschen Nachrichtenagentur Jana sei die Botschaft „auf gegenseitiger Basis" durchsucht worden.

Der italienische Botschafter in Libyen, Alessandro Quaroni, bestätigte, daß 15 bis 20 Personen unter Führung eines hohen Beamten des libyschen Außenministeriums das verlassene britische Botschaftsgebäude betreten hätten. Die USA haben andere Staaten dazu aufgefordert, ihre Haltung gegenüber Libyen zu überprüfen. Ein Sprecher des Außenministeriums sagte, daß auch andere Regierungen sich entschlossen hätten, der libyschen Politik „wirksame Opposition" entgegenzusetzen.

Im traditionell linken Katalonien schob sich der Bürgerblock nach vorn

Von ROLF GÖRTZ

Wie im Baskenland, so setzte sich auch bei den Landtagswahlen am Sonntag in Katalonien die bürgerliche Rechte durch. Die in Madrid regierenden Sozialisten blieben weit abgeschlagen auf Platz zwei.

Mit den Stimmen des von der sozialistischen Regierung enttäuschten Kleinbürgertums konnte die bürgerliche Konvergenzpartei (CiU) ihren Stimmenanteil gegenüber den Bundeswahlen 1982 von 26 Prozent auf 46,6 Prozent erhöhen. Sie erhielt mit 72 von 135 Sitzen die absolute Mehrheit im katalanischen Landtag in Barcelona.

Die Sozialistische Partei (PSC/PSOE) kam zwar mit 30,6 Prozent wesentlich weiter als bei den ersten Landtagswahlen 1980; gegenüber den Bundeswahlen von 1982 aber verlor sie 9,4 wichtige Prozentpunkte (41 Sitze). Enttäuscht zeigte sich aber auch die konservative Volkskoalition (CP) des Madrider Oppositionssprechers Fraga Iribarne. Sie profitierte kaum von den Verlusten der Sozialisten und verfehlte die angestrebten 12 Prozent. Die katalanische Version der Volksallianz mußte sich mit nur 7,7 Prozent und 11 Sitzen im Parlament begnügen.

Auch die prosowjetische Kommunistische Partei Kataloniens (PSUC) hoffte vergebens, unzufriedene Sozialisten – des linken Flügels – auf ihre Seite ziehen zu können. Sie erhielt mit 5,9 Prozent Stimmenanteil 6 Sitze. Die Uneinigkeit im kommunistischen Lager Spaniens wird die Partei auf lange Zeit hinaus lähmen. Die republikanische Katalanen-Partei ERC pendelte sich auf 4,3 Prozent und 5 Sitze ein. Die Beteiligung der 4,4 Millionen Wähler Kataloniens entsprach mit 64 Prozent den Landtagswahlen.

Das Wahlergebnis in Katalonien läßt klare Ermüdungserscheinungen der sozialistischen Regierung in Madrid erkennen. Obwohl die PSOE ihre erste Garnitur aus Madrid in den Wahlkampf schickte und obwohl ein kämpferischer Ministerpräsident (Felipe González) das Risiko einging und sich gewissermaßen selber auf den Prüfstand stellte, blieben die Sozialisten weit unter ihrem gesteckten Ziel.

Die vom sozialistischen „Wechsel" Enttäuschten wählten den Weg des pragmatisch-bürgerlichen Landesministerpräsidenten Jordi Pujol. „Das ist unsere Stunde! Jetzt müssen wir Madrid auffordern, seine Politik gegenüber den autonomen Regionen Spaniens zu ändern", jubelte in seiner Landeshauptstadt Vitoria der vor kurzem ebenfalls wiedergewählte Ministerpräsident des Baskenlandes – auch er ein bürgerlicher Pragmatiker. Aber während die baskische Nationalistenpartei PNV – der Name spricht für ihr Programm – die separatistische Los-von-Madrid-Bewegung meint, sieht sein katalanischer Kollege Jordi Pujol im Durchbruch der CiU zunächst einmal den Sieg des bürgerlichen Lagers.

Der Nationalismus der Katalanen sieht wesentlich gemäßigter aus. Wenn Jordi Pujol von einer „Katalanisierung Spaniens" spricht, dann will er damit die Charaktereigenschaften der Katalanen – Geschäftssinn und bürgerliche Strebsamkeit – dem historischen, oft pessimistischen Idealismus Kastiliens entgegenhalten. Ganz im Gegensatz zum baskischen Lendakari (Landesministerpräsident) Garaikoetxea spricht Jordi Pujol von einer Landespolitik „auch zum Wohle von ganz Spanien".

SPANIEN



Jordi Pujol, Ministerpräsident von Katalonien FOTO: CAMERA PRESS

Der Bankier Pujol repräsentiert die gemäßigte rechte Mitte. Sein überraschend hoher Wahlsieg bedeutet eine historische Absage an die Linke in einer Region Spaniens, die bisher eigentlich immer links wählte. Damit sind nach Ansicht vieler Beobachter aber auch die Weichen für die Entwicklung der bürgerlichen Opposition in ganz Spanien gestellt. Die Alianza Popular Fragas (AP), mit Abstand die stärkste bürgerliche Partei Spaniens, kann ohne die bürgerlichen Parteien des Baskenlandes und Kataloniens niemals die sozialistische Regierung in Madrid ablösen (nächste allgemeine Wahlen 1986). In der politischen Praxis wird sich die Fraga-Partei deshalb auf die liberalen „Reformisten" des katalanischen Politikers Roca als Bindeglied zum katalanischen Bürgertum einstellen müssen. Im Madrider Parlament wurde Rocas Koalitionsbemühen von den mehr konservativen Kräften der Alianza Popular bisher abgelehnt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die katalanische Landtagswahl den sozialistischen Vormarsch in Spanien stoppte, deshalb aber nicht die entschieden konservative Rechte begünstigte. Der Wähler sprach sich mehr für ein gemäßigtes Bürgertum aus. Auf diesen neuen Trend hatte sich die rechte Opposition der Volksallianz schon vor den katalanischen Wahlen eingestellt und ihrerseits eine Politik der rechten Mitte betrieben. Sie wird also nicht ihr politisches Programm ändern, sondern Umstellungen in ihrer Führung vornehmen.

Politiker und Kommentatoren sowohl der Rechten als auch der Linken sind sich einig, das gespannte Verhältnis zwischen Bund und Ländern in Spanien neu zu regeln. Die „historischen" Autonomiegebiete, also Katalonien, das Baskenland und Galizien, werden gegenüber den 14 anderen Ländern – ähnlich wie man es in Italien regelte – eine Sonderstellung einnehmen. Madrid wird ihnen tunlichst aber nicht mehr Kompetenzen zugestehen als sie bereits erhielten, sondern vielmehr versuchen, die Kompetenzen der übrigen Länder zu beschränken. (SAD)

Shamir: Wir werden weiter siedeln

RS./DW. Jerusalem

Nach der Aufdeckung eines Attentats-Plans gegen mehrere Omnibusse eines arabischen Fuhrunternehmens durch die israelische Polizei, ist das Verhältnis Israels zu den besetzten Gebieten, insbesondere die Frage der jüdischen Besiedlungen, wieder in den Mittelpunkt der politischen Diskussion im jüdischen Staat getreten. Der Wahlkampf zur Knesset verschärft die Auseinandersetzungen.

Ministerpräsident Shamir hat die Vereitelung der Anschläge gewürdigt und zugleich jedoch deutlich gemacht, daß diese Ereignisse keinen Einfluß auf den Ausbau der Siedlungen in den besetzten Gebieten haben werden. Das Siedlungsprogramm werde ohne Abstriche durchgeführt, sagte der Premier. Auch Oppositionsführer Shimon Peres ist nicht bereit, die bestehenden jüdischen Siedlungen in Judäa, Samaria und im Gaza-Streifen aufzugeben. Während einer Wahlkampfrede im Jordan-Tal sagte Peres, dieses Gebiet sei für Israel von strategischer Bedeutung. Internationale Grenzen müßten noch ausgehandelt werden.

Die geplanten Anschläge auf die arabischen Busse haben in Israel Befürchtungen über eine Radikalisierung des politischen Klimas verstärkt. Nach Angaben der Polizei befinden sich insgesamt 15 verdächtige Israelis in Haft. Sie werden beschuldigt, an der Vorbereitung der Anschlagserie beteiligt gewesen zu sein. Nach einer Meldung des israelischen Fernsehens soll sich ein hochrangiger Verantwortlicher für die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten unter den Festgenommenen befinden. Nach Presseberichten soll zumindest ein Teil der Festgenommenen der Siedlungsbewegung Gush Emunim angehören.

Nach Angaben der Tageszeitung „Ma'ariv" soll der israelische Nachrichtendienst der Terrorgruppe schon seit Jahren auf der Spur sein. Der bevorstehende Anschlag habe zum sofortigen Handeln und damit zur Festnahme eines Teils der Gruppe nötig gemacht.

Jüdische Siedler in den besetzten Gebieten bezeichneten die Festnahmen als Provokation. Dadurch soll nach ihrer Meinung die gesamte Siedlungstätigkeit diskreditiert werden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Das heiße Eisen Streik

Das derzeitige Verhalten der IG Metall (Zurückhaltung gegenüber Streikmaßnahmen, wieder aufkommende Verhandlungsbereitschaft) zeigt doch zu deutlich, daß selbst für die Gewerkschaften das „Eisen 35-Stunden-Woche" noch viel zu heiß ist. Darüber war man sich – wie ich meine – auch schon bereits kurz nach Erhebung der Forderung bewußt geworden. Aber „die Herren in den Vorständen" wollten natürlich nicht zugeben, daß sie unüberlegt und vorschnell gehandelt hatten! Wer will in der heutigen Zeit denn schon einen Fehler eingestehen?!

Dabei ist es doch einleuchtend, daß die 35-Stunden-Woche die Arbeitswelt sehr stark verändern würde (und nicht nur die!). Mit einer pauschalierten Forderung ist es daher nicht getan! Vielmehr sind Vor- und Nachteile der Wochenarbeitszeitverkürzung von Unternehmen zu Unternehmen nicht immer die gleichen. Es bedarf also einer Differenzierung und jeweils im konkreten Einzelfall eines Vergleichs mit den Vor- und Nachteilen der Lebensarbeitszeitverkürzung!

Daß die (sozialistische) Regierung Frankreichs wegen der negativen Erfahrungen, die sie mit der Wochenarbeitszeitverkürzung um nur eine Stunde gemacht hat (jetzt 39-Stunden-Woche), am liebsten den alten Zustand wiederherstellen will, sollte uns zu denken geben.

Aber es gibt noch Hoffnung. Dem vernunftsorientierten, weitsichtigen Handeln hat man noch nicht überall eine Absage erteilt. So wird in die Überlegungen mit einbezogen, daß wir im Vergleich mit unseren europäischen Nachbarn (mit denen wir ja eine echte wirtschatliche sowie politische Einheit anstreben) mit der 40-Stunden-Woche noch eine Spitzenposition belegen und daß die (zukünftige) Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland (und damit auch heute noch besetzte Arbeitsplätze) durch überhöhte Tarifforderungen nicht gefährdet werden darf. Dabei sind wir bereits heute in manchen Wirtschaftsbereichen fast nicht mehr konkurrenzfähig (z. B. Stahl- und Schiffbauindustrie, aber auch schon bei der Serienfertigung – nicht Spezialanfertigung! – im Werkzeugmaschinenbau).

Mit gutem Beispiel geht man bei NCR in Augsburg voran: Dort soll jeder Mitarbeiter auf einen kleinen Teil seines Monatsgehalts (durchschnittlich 10 DM) verzichten. Bei 3300 Beschäftigten kämen so mtl. 33 000 DM zusammen. Gelingt dies (der Betriebsrat hat zugestimmt!), so legt die Firma noch einmal die gleiche Geldsumme dazu und stellt 20 Lehrlinge neu ein. So etwas ist wirklich nachahmenswert und demonstriert echte Solidarität bei den Arbeitnehmern. Hier können sowohl Gewerkschaften wie auch andere Unternehmen noch dazulernen.

Mit freundlichen Grüßen
W. Wiegelmann,
München 40

*

Sehr geehrte Herren,

folgende Frage drängt sich mir auf: ein gängiger Slogan besagt: „Die 35-Stunden-Woche schafft mehr Arbeitsplätze!" Der Volksmund fügt hinzu: „Für Japaner!"

Die ÖTV-Bonn ist der Zukunft voraus. Sie verschenkt Feuerzeuge mit der Aufschrift: „Mitbestimmung erweitern – Arbeitsplätze sichern!" Laut Einprägung sind diese Feuerzeuge in Japan hergestellt!

Mit freundlichen Grüßen
J. W. Heine,
Rheinbach

Vom Imperativ

„Lieber Hammer als Amboß sein ...": WELT vom 29. März

Das hat der kategorische Imperativ, bei allem, was man ihm vorwerfen kann, doch nicht verdient, daß er nun auch noch auf „das Volk" angewendet wird. Der kategorische Imperativ in seiner „Mensch-Zweck"-Formulierung bezieht sich auf Individuen, und diese sind niemals bloß als Mittel, sondern immer zugleich auch als Zweck zu behandeln.

Die Selbstbestimmung der Völker sollte ebenfalls aus der Selbstbestimmung der Individuen hergeleitet werden, die zuerst einmal entscheiden dürfen müssen, ob überhaupt, und wenn ja, zu welchem Volk sie sich als zugehörig empfinden oder empfinden wollen. Es gibt, abgesehen von den Gedanken, Wünschen, Empfindungen einzelner Menschen kein mystisch-metaphysisches Gebilde namens „Volk". Wir sollten uns davor hüten, uns Gebilde solcher Art von politischen Möchtegern-Philosophen erfinden oder wieder erfinden zu lassen.

Mit den besten Grüßen
Ihre
Prof. Dr. Marion Soreth
Köln 51

Wort des Tages

„Neid ist dem Menschen natürlich: Dennoch ist er ein Laster und Unglück zugleich. Wir sollen ihn daher als den Feind unseres Glücks betrachten und ihn als einen bösen Dämon zu ersticken suchen. Denn kein Haß ist so unversöhnlich wie der Neid."

Arthur Schopenhauer, dt. Philosoph (1788 – 1860)

Monokultur

Seit über 100 Jahren kennen wir den Wald überwiegend als Monokultur. Ein alter Baum wird geerntet, ein neuer daneben neu gepflanzt. Und das immer in den gleichen Boden.

Jeder Bauer weiß, daß man in der Anbauweise ständig wechseln muß, will man keine Mißernten erhalten. Würde man Jahr für Jahr auf dem gleichen Acker z. B. Rüben anbauen, gäbe es in einigen Jahren keinen Ertrag mehr. Aber dem Waldboden mutet man zu, auch noch nach 100 Jahren all' das zu liefern, was für den gesunden Baumwuchs notwendig ist.

Die dritte oder vierte Baumgeneration auf dem gleichen Boden, das bedeutet ständig größer werdender Mangel an Baum-spezi. Substanz, die der Baum aus dem Boden holen muß, aber nicht mehr findet. Der so geschwächte Wald erhält dann durch die Umweltvergiftung den tödlichen Rest.

Die Lösung wird nur darin liegen, daß man Ackerboden und Waldboden in Wechselwirkung treten läßt. Das heißt, in den nächsten 100 Jahren muß aus Ackerboden Waldboden und aus Wald- ein Ackerboden werden.

Ein unvorstellbares Unternehmen, aber wohl die einzige Chance, unsere Zukunft zu retten.

Mit freundlichen Grüßen
F. Mock,
Bonn 2

Personalien

AUSZEICHNUNG

Für herausragende Arbeiten auf dem Gebiet der Kardiologie sind auf der 50. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Herz- und Kreislaufforschung in Mannheim drei jeweils mit 10 000 Mark dotierte Preise vergeben worden. Professor **Thomas Meinertz**, Innere Medizin der Universität Freiburg, und der Oberarzt in der Medizinischen Klinik der Münchner Ludwig-Maximilian-Universität, **Gerhard Steinbeck**, teilen sich den jährlich verliehenen „Albert-Fraenkel-Preis". Für seine grundlegenden Untersuchungen über Wirkungsweise und Bedeutung Calcium-antagonistischer Stoffe am Herzen und der glatten Gefäßmuskulatur wurde Professor **Albrecht Fleckenstein**, Direktor des Physiologischen Instituts der Universität Freiburg, mit dem „Paul-Morawitz-Preis" ausgezeichnet. Den „Arthur-Weber-Preis" erhielt der Freiburger Physiologe Professor **Jürgen Holtz** für seinen Beitrag zur Aufklärung physiologischer und pathophysiologischer Mechanismen des Gefäßsystems.

MILITÄR

Bei dem Personalwechsel in der Bundeswehr im kommenden Herbst geht der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant **Meinhard Glanz**, in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Generalleutnant **Hans-Henning von Sandrart**, der bisher stellvertretender Chef des Stabes Operations (DCSO) im NATO-Hauptquartier SHAPE in Mons/Belgien ist. Dessen Nachfolger wird Generalmajor **Lutz Moek**, Kommandeur der 12. Panzerdivision in Veitshöchheim. Für ihn kommt Generalmajor **Siegfried Storbeck**, General der Kampftruppen im Kölner Heeresamt. Dessen Nachfolger wird Brigadegeneral **Johann Grillmeier**, Stabsabteilungsleiter im Verteidigungsministerium. Auf die Position von Grillmeier wird Oberst i.G. **Manfred Würfel** berufen, der zur Zeit Referatsleiter im Bundesverteidigungsministerium ist.

Auch im Territorialheer sind im Herbst auf zwei wichtigen Stellen Wechsel vorgesehen. Der Chef des Stabes Territorialkommando Nord in Mönchengladbach, Brigadegeneral **Ernst August Schorn**, geht in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird Oberst i.G. **Rolf Röder**, Chef des Stabes Wehrbereichskommando II, Hannover. Der Chef des Stabes Territorialkommando Schleswig-Holstein, Kiel, Brigadegeneral **Werner Heumann**, geht ebenfalls in Pension. Ihm folgt Brigadegeneral **Karl-Heinz Prange**, Kommandeur Panzerbrigade 8 in Lüneburg. Auf seine Position rückt der Referatsleiter im Verteidigungsministerium, Oberst i.G. Dr. **Günter Freiherr von Steinaecker**, auf.

KIRCHE

Der Bischof von Augsburg, Dr. **Josef Stimpfle**, bereist in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Bischöflichen Kommission „Misereor", des Hilfswerkes der deutschen Katholiken gegen Hunger und Krankheit in der Welt, seit Sonntag sieben Länder. Die Reise, die bis zum 24. dieses Monats dauert, wird ihn auch nach Korea führen, wo er während des Papstbesuches von **Johannes Paul II.** mit diesem zusammentreffen wird. In Zentralamerika stehen El Salvador, Guatemala und Nicaragua auf dem Reiseplan.

VERANSTALTUNG

Am Freitag beginnt in Hamburg der erste internationale Aquarienkongreß. Der Präsident des Verbandes Deutscher Vereine für Aquarien- und Terrarienkunde **Rolf Wasner** aus Nürnberg wird zusammen mit dem Hamburger Umweltsenator **Wolfgang Curilla** den dreitägigen Kongreß eröffnen. 1200 Teilnehmer aus insgesamt 12 Nationen, unter anderem aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei haben sich angemeldet.

Monsignore Dr. **Michael Molls**, der langjährige Leiter des Aachener Pius-Gymnasiums, ist am Wochenende gestorben. Molls, 1907 in Mönchengladbach geboren, nach seiner Priesterweihe 1933 zum Rektor am Städtischen Alumnat in Monschau und als Religionslehrer am dortigen Gymnasium bestellt, wechselte 1936 zur St. Ursula-Realschule in Monschau. Nach dem Kriege war er als Studienrat am Naturwissenschaftlichen Gymnasium in Eschweiler tätig. Im Jahre 1956 war er von Bischof Dr. **Johannes Pohlschneider** mit der Gründung des Pius-Gymnasiums beauftragt worden, das er bis 1972 leitete. Am 30. April 1958 war Monsignore Molls zum Päpstlichen Ehrenkämmerer ernannt worden.

HOCKEY / Großes Jubiläums-Turnier in Berlin

Deutsche Teams noch nicht in Olympia-Form

DIETER DOSE, Berlin

Jubelfest mit Standortbestimmung für die Olympischen Spiele. Der Deutsche Hockey-Bund feierte vier Tage lang in Berlin sein 75jähriges Bestehen. Eingeladen war zu einem Turnier der Damen- und Herren-Nationalmannschaften die Weltelite. Das Geschenk Berlins an den Hockey-Bund: Eine für zwei Millionen Mark modernisierte Anlage im Olympiastadion von 1936.

Mit einem Sieg (3:1 über Großbritannien) und zwei Niederlagen (0:1 Holland, 0:2 USA) beendeten die deutschen Damen das Turnier als Dritter. Souveräner Sieger (6:0 Punkte) wurde Holland, der Weltmeister von 1983. Die WELT sprach mit Bundestrainer Wolfgang Strödter.

WELT: Sind Sie mit dem Abschneiden zufrieden?

Strödter: Ja. Für uns gibt es auf dem Weg nach Los Angeles noch eine Zwischenstation, die bereits Donnerstag in Frankreich beginnende Europameisterschaft.

WELT: Ihre Zielsetzung?

Strödter: Das Halbfinale. Aber mit einer Leistung wie beim 0:1 gegen die Holländerinnen können wir auch das Endspiel erreichen. Die Holländerinnen sind zu schlagen.

WELT: Wie begründen Sie diesen Optimismus?

Strödter: Das hat der Spielverlauf gezeigt. Wir wurden mehrfach klar benachteiligt. Damen-Hockey ist schneller und dynamischer geworden, die Schiedsrichterinnen aber leider nicht besser.

WELT: Das Fazit des Berliner Turniers?

Strödter: Es hat in meiner Mannschaft eine Steigerung gegeben. Kondition und Feinabstimmung zwischen den Mannschaftsteilen müssen noch verbessert werden. Die 16 Spielerinnen von Berlin sind auch das Aufgebot für Los Angeles.

Von der Weltspitze fehlte beim Berliner Herren-Turnier nur Pakistan. 1:4 gegen Australien, das Indien 5:3 schlug, 3:2 gegen Holland und gestern 1:2 gegen Indien – das ist die Bilanz der deutschen Mannschaft bei diesem Jubiläums-Turnier. Fragen an Bundestrainer Klaus Kleiter (Limburg).

WELT: „Kein Grund zur Panik", haben Sie nach dem 1:4 gegen Australien gesagt . .

Kleiter: Die Australier sind Favoriten auf den Olympiasieg. Sie sind mit der Vorbereitung entschieden weiter als wir und haben nicht nur eine technisch perfekte, sondern auch die physisch stärkste Mannschaft. Gegen die Holländer haben wir mit mehr Herz gespielt und gewonnen. Gegen Australien gingen wir zu unterkühlt zur Sache.

WELT: Wo sind in den verbleibenden Wochen die Hebel anzusetzen?

Kleiter: Bei der Beseitigung noch vorhandener technischer Unsicherheiten und der Gewöhnung an Kunstrasen. Die Kondition stimmt bei uns.

WELT: Steht die Mannschaft für Los Angeles schon?

Kleiter: Neun Positionen sind vergeben. Offen ist noch, wer im Tor steht und wer Rechtsaußen spielt. Für das Tor aber hat sich durch seine Leistung gegen Holland Christian Bassemir empfohlen. Wir haben vor den Olympischen Spielen noch elf Länderspiele. Das ist wichtig, weil wir da anders geprüft werden als in Testspielen gegen Vereins- oder Auswahlmannschaften.

TENNIS

Faßbender soll Bundestrainer der Damen werden

H.-J. POHMANN, Bonn

Mal trainiert der deutsche Frisör im spanischen Marbella, mal geht er in die badische Provinz, um Zuschauer für seinen Bundesliga-Klub TC Karlsruhe-Rüppur zu werben. Dann trainiert er die besten Herren des Landesverbandes Baden für deutsche Meisterschaften oder spielt den Unterhalter für Kunden seiner Vertragsfirma FILA im Laver-Racquet-Club in Delray-Beach Florida. Ein Hansdampf in allen Gassen, dieser Jürgen Faßbender (35), einer der profiliertesten Spieler des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) nach dem Kriege. Jetzt erwartet ihn eine neue Aufgabe: Als Coach und Kapitän soll er die deutsche Damen-Nationalmannschaft beim Federation-Cup, der inoffiziellen Mannschafts-Weltmeisterschaft, in São Paulo (16. bis 22. Juli) betreuen.

Ohne Zweifel, das ist ein kluger Schachzug des DTB, obwohl er aus einer Art Hilflosigkeit entstand. Am 15. April hatte sich der Sportausschuß des Verbandes in Hannover getroffen, um über den Nachfolger des ehemaligen Damen-Bundestrainers Klaus Hofsäß zu sprechen. Mehr oder weniger durch Zufall fiel der Name Faßbender. Er sei ein Spieler, „der über große Routine und Erfahrung verfügt und den man einmal in die Verantwortung nehmen kann". Also setzte sich Sportdirektor Günter Sanders ans Telefon und sprach mit dem Doppel-Spezialisten (zusammen mit dem Autor dieses Berichts 1975 im Halbfinale des Turniers von Wimbledon, d. Red.).

Faßbender sagte spontan zu, die deutschen Damen erhalten einen qualifizierten Betreuer. So trainingsfaul Faßbender in seiner aktiven Zeit auch war, so hart trainiert er heute mit seinen Schülern. Unerbittlich hetzt er seine Trainingspartner mit Methoden über den Platz, die er anderthalb Jahrzehnte lang auf allen Turnierplätzen in der Welt kennengelernt hat. Dabei hat er sich ein Tenniswissen angeeignet, das die oft zitierten „neuen hochwissenschaftlichen Tenniserkenntnisse" wie Comicks erscheinen läßt. Auch sein spielerisches Können reicht immer noch aus, die Damen halb aus dem Stand im Karussell herumlaufen zu lassen.

Der DTB scheint einen Glücksgriff getan zu haben, obwohl Sanders bisher lediglich mit der soeben am Meniskus operierten Eva Pfaff über die Verpflichtung Faßbenders gesprochen hat. Doch hier will der DTB, so Sanders „in Zukunft sowieso eine harte Linie fahren und nicht mehr um die Zustimmung jedes Aktiven buhlen". Dennoch ist noch eine Frage offen: Sanders hat mit Faßbender noch nicht über die finanziellen Konditionen gesprochen. Der Sportdirektor geht noch davon aus, daß Faßbender die Trainingswoche vor dem Cup-Wettbewerb in São Paulo kostenlos absolviert. Denn schließlich „steigt der Werbewert von Faßbender durch die Aufgabe mit dem DTB nicht unerheblich" (Sanders). Eine *zweifelhafte Einstellung.* Warum sollte Faßbender, dessen Terminkalender über das ganze Jahr ohnehin gefüllt ist, seine Dienste dem DTB umsonst anbieten?

STAND ● PUNKT

Lächerlich

Der Deutsche Tennis-Bund – ein Verband der unsinnigen Extreme? Die Funktionäre haben recht, wenn sie Spieler kritisieren, die nur den Ehrgeiz kennen, vorab zu raffen, um dann erst so langsam mit der sportlichen Arbeit zu beginnen. Das ist eine Ursache dafür, daß es hierzulande keine Weltklassespieler gibt. Aus dieser Kritik aber ableiten zu wollen, ein Trainer habe erst einmal umsonst eine deutsche Mannschaft zu betreuen, ist unsinnig. Was von Faßbender erwartet wird, kann nur Kopfschütteln hervorrufen. Noch dazu, weil es hier um die deutschen Damen geht. Die sind nämlich Weltklasse. *Ein Trainer, der für Wert befunden wird,* sie zu betreuen, kann nicht wie Hobby-Trainer vom TC Kleinkleckersdorf behandelt werden.

-que

FUSSBALL / Mönchengladbach im Pokalfinale – 5:4-Sieg über Bremen

Neun Tore, Verlängerung und fast Abbruch wegen Tränengasbomben

DW, Mönchengladbach

Ist es wirklich Glück in einer nun schon fast unglaublichen Häufung? Oder haben die Fußball-Profis von Borussia Mönchengladbach sich zu Weltmeistern von Treffern in letzter Minute entwickelt? Was im Halbfinale des deutschen Pokals gestern in Mönchengladbach geschah, sucht seinesgleichen: 3:1 führte die Mannschaft von Jupp Heynckes bereits gegen Werder Bremen in der 76. Minute. Innerhalb von vier Minuten erreichten die Bremer eine 4:3-Führung. Und in der letzten Minute schaffte Criens dann den Ausgleich, erzwang mit seinem Treffer eine Verlängerung, in der er dann auch das Siegtor zum 5:4 erzielte. So ist Mönchengladbach der erste Teilnehmer des Pokalfinales, das am 31. Mai in Frankfurt ausgetragen wird. Der Gegner wird heute abend (20.00 Uhr) im Spiel zwischen Schalke O4 und Bayern München ermittelt.

Dieses kaum hochklassige, aber dramatische Spiel stand in der 65. Minute kurz vor dem Abbruch. Da flog eine Tränengasbombe – geworfen offensichtlich aus einer Gruppe Bremer Fans – aufs Spielfeld. Als sich der Rauch verzogen hatte, lagen die Gladbacher Sude und Rahn sowie der Bremer Sidka am Boden, sie konnten für kurze Zeit nichts mehr sehen. Auch die Zuschauer waren betroffen. Nach einer Pause von fünf Minuten ließ Schiedsrichter Hontheim weiterspielen.

Mönchengladbach, immer noch ein Anwärter auf die Meisterschaft dank seiner Tore in den letzten Minuten (gegen Frankfurt, Mannheim und Kaiserslautern) tat sich schwer gegen ein Bremer Team, das ohne die Stammspieler Völler (gesperrt), Pezzey (Spiel mit der österreichischen *Nationalmannschaft) und Okudera* (verletzt) antreten mußte. So kam der fast 40 Jahre alte Klaus Fichtel noch einmal zum Einsatz – und auch Assistenztrainer Kamp (37), nachdem sich Gruber in der 18. Minute verletzt hatte.

Der Mann des Spiels, in dem die Mönchengladbacher zum dritten Mal nach 1960 und 1973 ein Pokalfinale erreichten, war zweifellos Franz-Jörg Criens, der die beiden wichtigsten Treffer seiner noch jungen Karriere als Auswechselspieler erzielte.

Mönchengladbach: Sude – Bruns – Ringels, Hannes, Herlovsen – Matthäus, Rahn, Schäfer (80. Borowka), Frontzeck – Mill, Lienen (80. Criens). – **Bremen:** Burdenski – Fichtel – Schaaf, Gruber (18. Kamp / 78. Ordennewitz), Otten – Möhlmann, Sidka, Siegmann, Meier – Reinders, Neubarth. – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Zuschauer:** 34 500 (ausverkauft). – **Tore:** 1:0 Matthäus (40.), 1:1 Meier (42.), 2:1 Ringels (44.), 3:1 Rahn (76.), 3:2 Möhlmann (77.), 3:3 Sidka (80.), 3:4 Reinders (81.), 4:4 Criens (95.), 5:4 Criens (112.). – **Gelbe Karten:** Ringels – Siegmann.

SPORT-NACHRICHTEN

Silber für Passarelli

Jönköping (sid) – Mit einer Silbermedaille für den früheren Welt- und Europameister Pasquale Passarelli aus Nürnberg im Bantamgewicht sowie zwei vierten Plätzen für Bernd Scherer (Wiesental) und Karl-Heinz Helbing (Witten) im Weltergewicht endeten die Ringer-Europameisterschaften im griechisch-römischen Stil in Jönköping (Schweden). Wegen *einer Armverletzung konnte* Passarelli nicht mehr zum Kampf um die Goldmedaille gegen Kamil Fatkulin (UdSSR) antreten.

Olympia-Kompromiß

Athen (sid) – Im Streit um die Entzündung der olympischen Flamme scheint ein Kompromiß gefunden zu *sein: Am 7. Mai soll in einem* Zypressenhain des antiken Olympia das entsprechende Zeremoniell in vereinfachter Form durchgeführt werden. Nach der Entzündung überreicht Nikolas Nisiotis, griechisches Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), die Fackel an einen Vertreter des IOC. Anschließend soll sie per Laserstrahl und Satellit nach New York überspielt werden, wo der Fackellauf durch die USA beginnt.

Pech für Gerd Strack

Köln (sid) – Für Fußball-Nationalspieler Gerd Strack vom 1. FC Köln ist die Bundesliga-Saison wahrscheinlich beendet. Strack zog sich im Spiel gegen den Hamburger SV eine Leistenzerrung zu. Das Länderspiel am 22. Mai in Zürich gegen Italien und die Europameisterschaft in Frankreich im Juni finden ohne den Kölner statt.

Preisgelder erhöht

Hamburg (dpa) – Rund 220 000 Mark und damit mehr als in den vergangenen Jahren sind beim Deutschen Spring-, Dressur- und Fahr-Derby in Hamburg Klein-Flottbek (24. bis 27. Mai) zu gewinnen. Mit 55 000 Mark ist das Deutsche Spring-Derby am höchsten dotiert, das 1983 der Österreicher Hugo Simon gewann.

Drei in der Gruppe 1

München (dpa) – Lediglich drei deutsche alpine Ski-Läuferinnen sind vom internationalen Verband für die nächste Saison in die Startgruppe 1 eingeordnet worden: Irene und Maria Epple sowie Marina Kiehl.

Fuchs nach Offenbach

Offenbach (sid) – *Fritz* Fuchs, derzeit noch beim Fußball-Zweitligaklub SC Freiburg unter Vertrag, wird Nachfolger von Lothar Buchmann beim Bundesligaklub Kickers Offenbach. Die Offenbacher, vom Abstieg bedroht, werden derzeit von Interimstrainer Herrmann Nuber betreut.

Kohde: Sieg im Doppel

Lake Buena Vista (dpa) – Claudia Kohde aus Saarbrücken gewann mit Hana Mandlikova (CSSR) das Doppelfinale beim Tennisturnier in Lake Buena Vista (Florida) mit 6:0, 1:6, 6:3 über die an Nummer eins gesetzten Hobbs/Turnbull (England/ Australien) und kassierten je 5000 Dollar Siegprämie.

Ringrichter ging k. o.

Sao Paulo (sid) – Weil er wegen zweimaligen Kopfstoßens disqualifiziert worden war, ging Halbschwergewichtsboxer Pedro Ferraro nach seinem Kampf in Sao Paulo erbost auf Ringrichter Jose Conrado los und schlug ihn k. o. Daraufhin brach Ferraro in Tränen aus und entschuldigte sich. Als sich Conrado wieder erholt hatte, umarmte er den Boxer, der sich an seiner Schulter weiter ausweinte.

Bilbao vor Madrid

Madrid (sid) – Athletico Bilbao wurde zum achten Mal spanischer Fußball-Meister vor den beiden Klubs, die sich für Millionengagen immer wieder neue Stars leisten: Real Madrid wurde Zweiter, der FC Barcelona mit Bernd Schuster und Diego Maradona Dritter.

Saarbrücken Meister

Neuwied (sid) – Der ATSV Saarbrücken wurde zum zweiten Mal hintereinander deutscher Tischtennis-Meister. Im einem Entscheidungsspiel besiegte er Borussia Düsseldorf mit 9:4. Die deutsche Meisterin Susanne Wenzel (20) wird in der nächsten Saison für Saarbrücken spielen.

ZAHLEN

TENNIS

WCT-Weltmeisterschaft in Dallas, Finale: McEnroe – Connors (beide USA) 6:1, 6:2, 6:3.

GEWICHTHEBEN

Europameisterschaften in *Vitoria/Spanien:* Leichtschwer, Reißen: 1. Khrapty (UdSSR) 176 kg. – Stoßen: 1. Wardanian (UdSSR) 220. – Zweikampf: 1. Zlatew (Bulgarien) 395, 2. Wardanian 392,5, 3. Khrapty 390; Mittelschwer, Reißen: 1. Blagoev (Bulgarien) 192,5,...8. Immesberger (Deutschland) 155,0. – Stoßen: 1. Solodow 232,5 (UdSSR),...7. Immesberger 192,5. – Zweikampf: 1. Solodow 420,0, 2. Blagoev 417,5, 3. Piotrowski 382,5 (Polen),...7. Immesberger 347,5.

REITEN

Turnier in Walldorf, S-Springen: 1. Slootbaak (Deutschland) Famos 0 Fehlerpunkte/68,6 Sek., 2. Dufour, Ramona 0/70,80, 3. Klumpers (beide Holland) Copan 0/70,95, 4. von Buchwaldt (Deutschland) Fair Play 0/71,41.

HANDBALL

DHB-Pokal, Herren, Achtelfinale: Günzburg – Flensburg 26:19.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 2,1,0,2,0,1,1,1,1,1,0. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 5, 11, 16, 19, 29, 37 Zusatzspiel: 35. – **Rennquintett:** Rennen A: 12, 15, 14. – Rennen B: 24, 25, 21. (Ohne Gewähr).

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 621 705,–, 2: 68 611,20, 3: 3439,70, 4: 82,10, 5: 7,80. – **Elferwette:** Klasse 1: 4774,20, 2: 180,90, 3: 34,30. – **„6 aus 45":** Klasse 1: 1 299 422,90, 2: 44 716,60, 3: 6006,70, 4: 110,40, 5: 8,50. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 37,10, 2: 16,00. – Rennen B: Klasse 1: 1187,80, 2: 278,30. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 36 193,00. (Ohne Gewähr).

RADSPORT

Anderson ein großer Sieger in Frankfurt

KLAUS BLUME, Frankfurt

Der holländische Teamchef Peter Post hatte am Abend vor dem Rennen gesagt: „Seit der Flandern-Rundfahrt hat unsere Mannschaft nicht mehr gewonnen. Es wird Zeit, daß es bei einem wichtigen Rennen wieder klappt." Vor 300 000 Zuschauern auf den 227 Kilometern des deutschen Weltpokal-Rennens „Rund um den Henninger Turm" klappte es für das holländische Panasonic-Team. Mit 25 Sekunden Vorsprung vor dem gesamten Feld siegte der lebende Australier Phil Anderson. Zweiter wurde im Spurt sein junger belgischer Teamkollege Eric Vanderaerden vor dem großen irischen Favoriten Sean Kelly. Doppelsieg also für das Post-Team und ein großer Sieger am Henninger Turm, denn der Australier gehört mittlerweile seit drei Jahren zu den besten Radprofis der Welt.

Es war aber auch das Rennen dieser Männer: Leon Nevels (22) und Gerard Verscholten (24) aus Holland. Am Vormittag, auf der ersten Fahrt durch den Taunus, hatte sich Nevels vom kleinen holländischen Team „Auto Brabant" ganz allein auf die Fahrt über die steilen Berge gemacht. Auf dem fast 800 m hohen Feldberg lag links und rechts der Straße noch Schnee als Nevels seine einsame Parforce-Jagd absolvierte. Beinahe zehn Minuten Vorsprung hatte Nevels. Nach 80 Kilometern Alleinfahrt wurde er wieder eingeholt.

„Vielleicht sorgen wir noch einmal für Unterhaltung", sagte der holländische Teamchef Peter Post, als es bei Sonne aber mitunter kräftigem Gegenwind durch die Rheinebene ging, und die Attaken vor den nächsten steilen Taunusbergen begannen. Gerard Verscholten, ein 24jähriger Holländer aus dem Team von Post versuchte nun sein Glück in einer Alleinfahrt. Zweieinhalb Minuten Vorsprung hatte der junge Mann, bevor es auf den gefürchteten Mammolshainer Berg ging, wo 150 m lang eine extreme Steigung von 25 Prozent überwunden werden mußte. Das war zuviel für Gerard Verscholten und das Ende seiner Flucht.

Der Belgier Claude Criquelieon (24), im Vorjahr Weltmeisterschafts-Fünfter und beim Henninger-Rennen 1983 Elfter, attakierte nun vehement, *doch auch er kam nur bis an die* Stadtgrenze von Frankfurt und wurde dann vom Feld wieder geschluckt. Die Stadtgrenze von Frankfurt war auch das Ende aller Bemühungen des einzigen deutschen Weltklasse-Fahrers Gregor Braun. Über Funk wurde der Materialwagen seines Teams „La Redoute" gerufen, um einen Vorderradschaden zu beheben. Doch kein Mannschaftskollege wartete auf den Pfälzer, um ihn auf dem holprigen Pflaster der Mainzer Landstraße wieder an das schnell enteilende Feld heranzuführen.

„Vor dem Sturm": Serie nach Fontanes Roman

Die Geburt einer Idee

Theodor Fontanes Roman „Vor dem Sturm" wurde nach einem Drehbuch von Herbert Asmodi und unter der Regie von Franz Peter Wirth („Die Buddenbrooks") in einen anderen künstlerischen Aggregatzustand versetzt – den des Fernsehspiels. Unnötig zu sagen: unter beträchtlichem finanziellen und zeitlichen Aufwand. Fontane gab seinem Manuskript den Untertietel „Roman aus dem Winter 1812 auf 13". Ein historisches Ereignis bildete den Hintergrund:

Um die Jahreswende 1812 ging Napoleons „große Armee" auf ihrem Winterrückzug aus Rußland zugrunde. General Yorck, Befehlshaber eines preußischen Hilfskoprs, mißachtete die erzwungene Bündnisverpflichtung mit den Franzosen und handelte statt dessen einen Waffenstillstand mit den Russen aus, die „Konvention von Tauroggen". *Diese* unerhörte Eigenmächtigkeit des preußischen Generals wurde zum Signal, das Friedrich Wilhelm III. zum Handeln zwang und den Befreiungskrieg in Gang setzte.

Vor dem Sturm – Mi., ARD, 20.15 Uhr

Fontane sagte über sein Buch: „Es war mir nicht um Konflikte zu tun, sondern um Schilderungen davon, wie *das große Fühlen, das damals* geboren wurde, die verschiedenartigsten Menschen vorfand und wie es auf sie wirkte. Es ist das Eintreten einer großen Idee, eines großen Moments in an und für sich sehr einfachen Lebenskrisen."

Die Idee, von der er spricht, ist die des Patriotismus und der Humanität, der nationalen und sozialen Freiheit. Insofern ist „Vor dem Sturm" nicht nur eine große historische Darstellung deutscher Geschichte, sondern auch eine Erzählung mit höchst aktuellen Bezügen. Eine Frage an den Regisseur: Kommt diese „Gesinnung, aus der das Buch erwuchs", in der Fernsehadaption zur Geltung?

Franz Peter Wirth: „Ich glaube, wir sind Fontane treu geblieben. Der Roman ist für uns viel mehr gewesen als nur der Ausgangspunkt für eine Serie, die sich mehr oder weniger verselbständigt. Wir konnten von der präzisen Handlungsführung und *den* klar gezeichneten Figuren profitieren. Daß angesichts eines 640-Seiten-Romans einige Handlungsstränge ausgeklammert und Nebenfiguren reduziert werden mußten, ist klar."

Nach Fontanes Ansicht sollte ein historischer Roman ein getreues Abbild jener Zeit sein, der wir selbst angehören, zumindest aber die Widerspiegelung eines Lebens, an dessen Grenze wir noch gestanden haben. Erzählerische Genauigkeit war ihm durch Autorenphantasie nicht ersetzbar. Als er 1866 die ersten Entwürfe zu „Vor dem Sturm" verfaßte, konnte er sich noch auf Augenzeugenberichte stützen.

Wie kann man einem heutigen Zuschauer *Begriffe* wie *Treue,* Vaterland, Dienen und Gehorsam im damaligen Selbstverständnis nahebringen? Franz Peter Wirth: „Fontanes Erzähltalent verdanken die Figuren eine solche Lebensnähe und Lebendigkeit, daß diese Begriffe nicht wie aufgesetzte Phrasen wirken, sondern glaubwürdig in ihrer Haltung verwurzelt sind. Mit Hilfe dieses Autors gelingt ein Rückgriff auf deutsche Geschichte ohne das verlogene Heldenpathos des späteren Historismus. Bei Fontane gibt es keine glänzenden Sieger. Der Überfall auf Frankfurt an der Oder scheitert. Fontane weiß sehr genau zu differenzieren: Einerseits respektiert er ehrenhafte Motive, die zu bestimmten Handlungen führen, andererseits zeigt er, mit welchen Opfern der Krieg verbunden war."

Apropos Frankfurt on der Oder. Die Dreharbeiten fanden in der Umgebung von Prag und in den Barrandov-Filmstudios der CSSR statt. Bei der Ostberliner DEFA boten sich zum erwünschten Zeitpunkt keine Realisierungsmöglichkeiten. So mußte mit einer etwas schmal geratenen Oder und einer auf Glas gemalten Stadtsilhouette des alten Frankfurt vorliebgenommen werden. Nach 102 Drehtagen, wovon 30 den Einsatz des Spritzwagens zur Herstellung von Kunstschnee nötig machten, fiel die letzte Klappe. Sechzehn deutsche, drei französische, neunzig tschechische Darsteller sowie 2300 Komparsen hatten mitgewirkt, sechzig Mitarbeiter zählte der Drehstab, 6,5 Millionen DM betrug der Etat.

Ob Fontane mit dieser Literaturverfilmung wohl einverstanden gewesen wäre? Dieter Meichsner, Produktionsleiter des NDR, der in Koproduktion mit stern tv und in Zusammenarbeit mit Technisonor Paris das Werk ermöglichte: „Wenn der Reichtum an deutscher Literatur, den wir besitzen, sich in einer immer kleiner werdenden Anzahl von Köpfen spiegelte, wäre das verhängnisvoll. Der Impetus all unserer Bemühungen bleibt: aus Zuschauern Leser zu machen ..." GERDA H. LOTTMANN

Schwärmt vom Heldentum: Daniel Lüond als Lewin FOTO: TELEBUNK

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.05 Feine Gesellschaft – Beschränkte Haftung
Satirische Komödie
von Richard Hey
Regie: Ottokar Runze
11.45 Umschau
12.10 Liebesheirat oder Notehe?
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Heimaey
Leben neben dem Krater
Reportage über die isländische Westmänner-Insel
10 Jahre nach dem Vulkanausbruch
Rainer Hoffmann flog im Sommer 1982 auf die zu den südisländischen Westmännerinseln (Vestmannaeyjar) gehörende Insel Heimaey. Im Januar 1973 war die kleine Insel und die 5300-Einwohner-Gemeinde Vestmannaeyjar von einem plötzlichen Vulkanausbruch überrascht worden.
16.55 Null ist Spitze
17.20 Kein Tag wie jeder andere
Birgit und ihr heißer Ofen
Eines Tages im letzten Frühjahr sah Birgit im Schaufenster eines großen Kaufhauses ein Schild: „Wir suchen Mädchen, die sich am Seifenkisten-Rennen beteiligen möchten."
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Vor dem Sturm (1)
Von Theodor Fontane
Nach einem Drehbuch von Herbert Asmodi
In Berlins Bierwirtschaften geht es hoch her; es gibt nur ein Thema: Die „Große Armee" ist in Rußland geschlagen worden; ihre armseligen Reste, Hungernde, Versehrte, kehren aus dem eisigen Osten zurück. Die Zeit scheint reif, sich vom napoleonischen Joch zu befreien. Am Stammtisch fachsimpeln die Bürger. Nebenan, im studentischen Zirkel *„Kastalia"*, debattiert man schöngeistig über die Politik und die Literatur und schmiedet Pläne für das bevorstehende Weihnachtsfest.
21.45 Brennpunkt
Loreley in Tokio – Deutsche Leistungsschau in Japan
22.30 Tagesthemen
23.00 Brigitte Bardot – So wie sie ist (5)
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Peter kämpft mit den Holzwürmern
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kompass
Ein Lexikon mit Bildern und Berichten
– Oberflächen (1)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die Gruppe Le Clou
17.50 Bret Maverick
Die acht Schwerter des Darius
Eine kleine Varietétruppe kommt nach Sweetwater und sorgt in dem Städtchen für Aufregung. Die Artisten mieten sich in Mavericks Saloonbar ein, um dort ihre Vorstellungen zu geben. Der Zauberer Malooley überrascht durch seine verblüffenden Tricks das Publikum.
dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 flashlights
20.15 ZDF-Magazin
SED-Forderungen unakzeptabel/ Washingtons Abrüstungspolitik/ Aus Ost-Berlin über Afghanistan in *die Freiheit*
Moderator: Gerhard Löwenthal
21.00 Der Denver-Clan
Das Gift der Kobra
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
22.10 Blinde sehen
Laski – das katholische Blindenzentrum in Polen.
Film von Gerhard Müller
22.55 Haus Excelsior
Von Nenad Djapic
Kenn, der „Held" dieses Films, ist politischer Asylant, dessen Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Zusammen mit vielen anderen Männern aus allen Teilen der Welt, die sich wie er im gleichen Schwebezustand zwischen Abschiebung und Anerkennung befinden, wurde er vom Staat in einer Art Pension untergebracht.
0.10 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Englisch (45)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Jülich
21.45 Hobbythek
Buchbinden für Anfänger
22.30 Die Beunruhigung
„DDR"-Spielfilm (1981)
0.05 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Welt des Dschungelbuches (5)
19.15 Praktische Tips
19.30 Das Jahr im Garten: Mai
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Hallo, Hallo, hier Radio!
22.00 Der 14. Juli
Drehbuch und Regie: René Clair
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Die fabelhafte Familie Ko in der Zauberkiste (7)
19.00 Urlaubers Hinterland: Spanien (1)
20.20 Wirtschaft im Dritten Reich (1)
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Mérette
Schweizer Fernsehfilm von Jean-Louis Roncoroni

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Das letzte Lied des Räubers Mannefriedrich
20.15 Sammelsurium
21.00 Der Berg des Schreckens
Amerikanischer Spielfilm (1949)
22.25 Aus dem Reisetagebuch des André Malraux (10)

BAYERN
20.30 Georg Lohmeier erzählt ...
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Der Spion (5)
22.30 Z. E. N.
22.35 So entstand Europas christliche Demokratie

Gegendarstellung

In Ihrem Bericht vom 31. 10. 1983: „BR: Wie sich eine verpatzte Drehreise zum Politikum entwickelte" stellen Sie verschiedene Tatsachenbehauptungen auf, die falsch sind.

So behaupten Sie u. a.: „Redakteur Dieter Kuhr ... überwarf sich vor Ort mit seinem Regisseur Helge Cramer derart, daß er die Reise kurzerhand abbrach ..."

Diese Behauptung ist unwahr.

Tatsache ist, daß ich nicht als Regisseur des Herrn Kuhr engagiert, sondern als Autor des Beitrages an den Dreharbeiten beteiligt war.

Unrichtig ist weiter die Behauptung, daß die Dreharbeiten aufgrund eines Zerwürfnisses mit mir von Herrn Kuhr abgebrochen wurden. Vielmehr ist der Abbruch darauf zurückzuführen, daß Herr Kuhr sich mit den ortsansässigen Mitarbeitern des Projekts (Fahrer, Dolmetscher, [illegible] ...bind[illegible] ...igen [illegible] des [illegible] Das [illegible] am[illegible] ...erset-zungen führte dazu, daß die übrigen Mitarbeiter ihre Mitarbeit einstellten.

Sie behaupten weiter: „Soweit sich aus den Äußerungen ... Cramers herauslesen läßt, hat sich Kuhr über einen deutschen Professor geärgert, der in dem westafrikanischen Staat als *Regierungsberater* aufgetreten war und etliche Änderungen des Drehbuches forderte."

Diese Behauptung ist falsch. Aus keiner meiner Äußerungen läßt sich herauslesen, daß Herr Kuhr sich über einen deutschen Professor deswegen ärgerte, weil dieser Änderungen des Drehbuches forderte. Vielmehr habe ich *in meinen Äußerungen* eindeutig festgestellt, daß der Ärger zwischen Herrn Kuhr und dem als orts- und sachkundigen Wissenschaftler von der Redaktion um Unterstützung gebetenen Professor darauf zurückzuführen war, daß dieser die Einhaltung fest vereinbarter Interviewtermine mit ivorischen Ministern forderte, die Herr Kuhr nicht zugestehen wollte.

Sie behaupten: „Noch weiter links als Kuhr plaziert, hat er in der Nürnberger Hausbesetzerszene eine dubiose Rolle gespielt." Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist, daß ich Opfer einer Hausbesetzung geworden bin. In der Hausbesetzerszene habe ich nie eine Rolle gespielt.

Sie behaupten weiter: „(er hat) in Nordrhein-Westfalen für politischen Wirbel gesorgt, als er mit einem Team in ein dortiges Gefängnis zog, um die Nürnberger Massenverhaftungen nachzustellen."

Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist, daß ich bei meinen Aufnahmen in der JVA Heinzberg in Nordrhein-Westfalen nicht die Nürnberger Massenverhaftungen „nachgestellt", sondern den alltäglichen Vorgang der Strafvollzugseinweisung eines Inhaftierten aufgenommen habe.

Sie behaupten schließlich weiter: „Nun profitiert er vom aufgestauten Ärger gegen Kuhr, der seinen Mitarbeiter fristlos feuern wollte."

Diese Behauptung ist falsch. Herr Kuhr wollte mich nicht fristlos feuern und wäre dazu auch nicht berechtigt gewesen. Herr Kuhr hat lediglich erklärt, daß er mich in der ihm unterstellten Abteilung nicht mehr beschäftigen wolle. Über meine Tätigkeit in anderen Abteilungen hat Herr Kuhr nicht zu bestimmen.

Helge Cramer

MOTORSPORT / Der Nürburgring soll die „beste und schönste Rennstrecke der Welt werden"

Die strenge Auflage: Kostendeckend arbeiten

der, Mainz

Nach sieben Jahren Planung und zweieinhalb Jahren Bauzeit wird am 12. Mai die neue, verkürzte Nürburgring-Rennstrecke eröffnet. Sie ist genau 4542 Meter lang und hat 14 Kurven (sechs links, acht rechts) und elf Geraden, auf denen Geschwindigkeiten bis zu 283 km/h möglich sein werden.

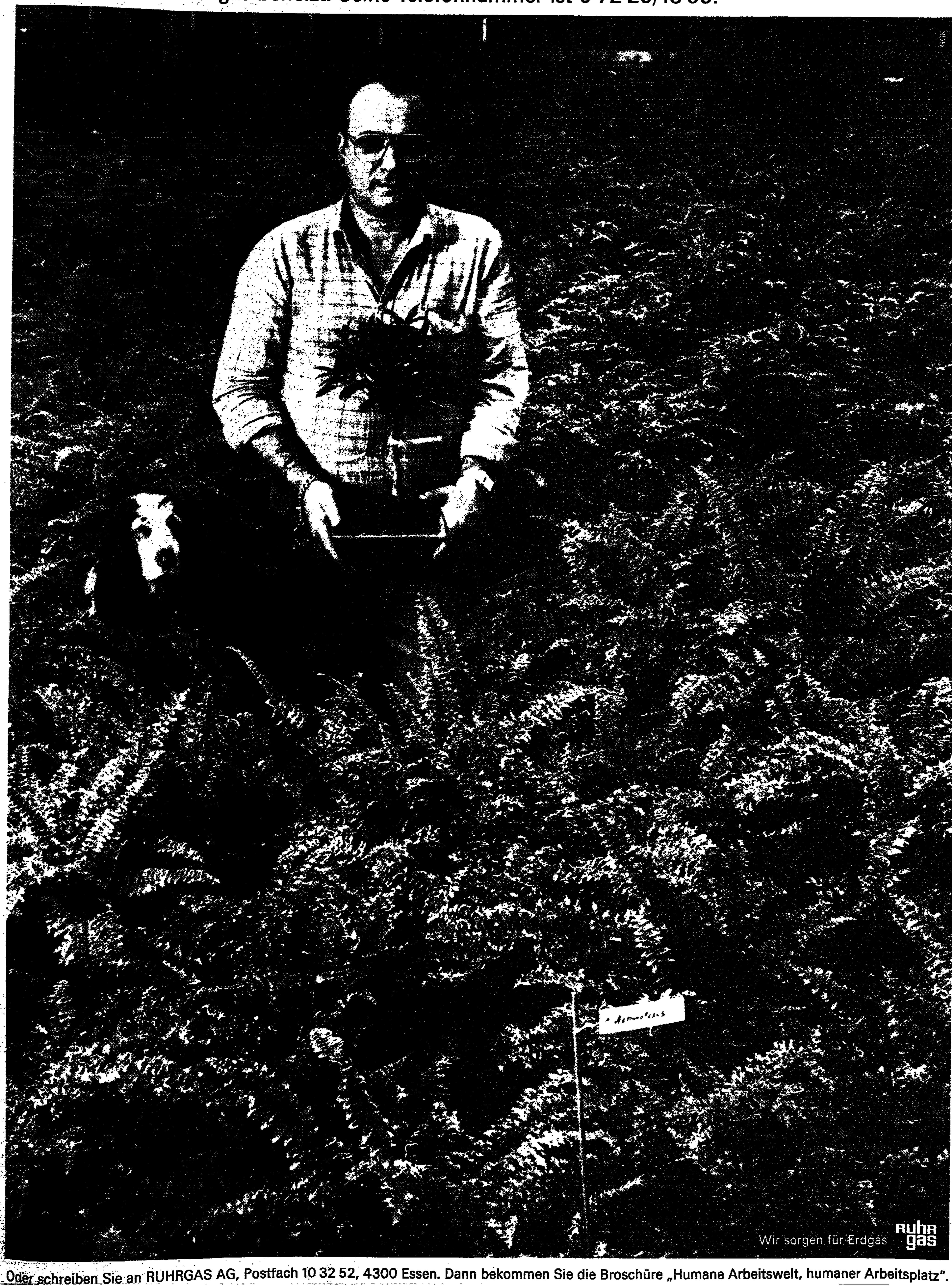
Die Baukosten von etwa 81 Millionen Mark werden etwa zu gleichen Teilen vom Bund und vom Land Rheinland-Pfalz getragen, das mit 90 Prozent Anteilen neben dem Landkreis Ahrweiler auch der Träger der neuen Nürburgring GmbH ist. Obwohl die neue Gesellschaft von der öffentlichen Hand getragen wird, hat sie die strenge Auflage, kostendeckend zu arbeiten. Zuschüsse aus Steuergeldern hat sie also nicht zu erwarten. „Man stelle sich die Reaktion etwa der Umweltschutzverbände vor", sagte in Mainz Staatssekretär Wolfgang Brix, der Aufsichtsratsvorsitzende der GmbH, „wenn der Staat auch noch Autorennen subventionieren würde." Die Investition sei gemacht worden, um dem strukturschwachen Eifelraum zu helfen.

Das Ziel, den Nürburgring wieder zu einer internationalen Attraktion zu machen, soll nicht nur dadurch erreicht werden, daß man die Sicherheitsforderungen der Formel-eins-Fahrer (die seinerzeit die Krise des alten Nürburgrings hervorgerufen hatten) erfüllt hat. Der Ring soll darüber hinaus „die beste und schönste Rennstrecke der Welt werden" (Brix). Sein Vorteil: Für Veranstaltungen kann sowohl die neue Rennstrecke als auch die alte große Nordschleife, in Einzelfällen sogar beide zusammen, genutzt werden.

Die erste Großveranstaltung nach der Einweihung wird der Große Preis von Deutschland für Motorräder (25. bis 27. Mai) sein. Höhepunkt dieses Jahres verspricht dann der Große Preis von Europa des AvD für die Formel-1-WM (5. bis 7. Oktober) zu werden. Die Gesellschaft rechnet pro Jahr mit etwa einem Dutzend internationalen Großveranstaltungen und mehreren Dutzend nationalen Wettbewerben. Dazu kommen aus der Leichtathletik der Nürburgringlauf, radsportliche Veranstaltungen, im Winter Schlittenhunde-Rennen und während der Woche etwa 30 Fahrerlehrgänge pro Jahr. Fest geplant ist ein Automobilmuseum, in Aussicht genommen die Einrichtung eines Bundesleistungszentrums Motorsport.

Brix wies Kritik am Verkauf von bisher neun Kurven der Rennstrecke an Firmen zurück. Die Kurven sollen künftig den Namen der Firmen führen. Dies sei ein Teil der Bemühungen, ohne Steuergelder und dennoch zuschauerfreundlich zu kalkulieren. Ein Beispiel: Beim Großen [illegible] de Mai kostet die Eintritt[illegible] Mark. Darin sind zwei Mar[illegible] bühr enthalten, die aus org[illegible] schen Gründen nicht mehr [illegible] kassiert werden soll.

Willi Ball, Gärtnermeister in Gaggenau, sagt heute allen Gärtnern, warum er seine Gewächshäuser seit 5 Jahren mit Erdgas beheizt. Seine Telefonnummer ist 0 72 25/13 05.



Oder schreiben Sie an RUHRGAS AG, Postfach 10 32 52, 4300 Essen. Dann bekommen Sie die Broschüre „Humane Arbeitswelt, humaner Arbeitsplatz".

Erste private Hochschule für Manager

AP, Koblenz

Die erste private „Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung" der Bundesrepublik Deutschland soll am 1. Oktober in Koblenz mit 60 Studenten ihren Lehrbetrieb aufnehmen. Nach den Vorstellungen des „Stifterverbandes Private Universität Koblenz" sollen die Absolventen des Studienganges den Bedarf der Wirtschaft nach „verantwortlichen Führungspersönlichkeiten" decken und „im positiven Sinne eine Elite darstellen".

Der Verband unterhält die „Managerschule" mit einem Stiftungskapital, das in der Endphase 25 Millionen Mark, ausschließlich aus Privatmitteln, betragen soll. Das Projekt wird zudem von der Industrie- und Handelskammer Koblenz finanziell gefördert. Der Antrag auf Genehmigung der Hochschule soll Anfang Mai dem Kultusministerium in Mainz vorliegen.

Ausbildungsplätze: Kauf ist verboten

dpa, Bonn

Der Kauf von betrieblichen Ausbildungsplätzen ist nach dem Berufsbildungsgesetz verboten. Darauf hat jetzt das Bundesbildungsministerium hingewiesen. Es reagierte damit auf das Vorgehen mancher Eltern, die über Zeitungsanzeigen Lehrstellen für ihre Kinder suchen und dafür bis zu einigen tausend Mark bieten.

Nach dem Berufsbildungsgesetz ist jede Verpflichtung zur Zahlung eines Lehrgeldes oder einer Entschädigung an den Ausbildungsbetrieb für die Ausbildung rechtsunwirksam und nichtig. Etwa bereits gezahlte Beträge könnten, notfalls mit gerichtlicher Hilfe, zurückgefordert werden.

Steuerreform: Entlastung schon im Jahr 1986

SPD fordert Schaffung von Arbeitsplätzen

GISELA REINERS, Bonn

Gut fünf Stunden tagte gestern das CDU-Präsidium im Bonner Kanzleramt, um über die von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vorgelegten Pläne für eine Steuerreform zu beraten. Anschließend beriet ein kleiner Kreis von Koalitionspolitikern noch mit Stoltenberg weiter. Heute werden der CDU-Fraktionsvorstand und die Fraktionen von CDU/CSU und FDP beraten, ehe sich morgen eine große Koalitionsrunde zur Erörterung der Vorhaben zusammenfindet. Es wird in Bonn davon ausgegangen, daß auf jeden Fall ein Programm zur steuerlichen Entlastung der Familien 1986, also noch vor Ende der Legislaturperiode, in Kraft treten wird.

Stoltenbergs Pläne für eine Reform sind nicht unumstritten, weder in seiner Fraktion noch in der FDP, von den Interessengruppen ganz zu schweigen. Die SPD-Opposition hat sich dafür ausgesprochen, die Reform der Lohn- und Einkommensteuertarife zugunsten eines Beschäftigungsprogramms drei Jahre aufzuschieben. Das wurde nach einer gemeinsamen Sitzung von SPD-Vorstand und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) am Montag erklärt. Zwar sei eine Reform „unverzichtbar, die gerade bei den Arbeitnehmereinkommen die Progressionskurve abflacht", doch sei es das „Gebot der Stunde", die zur Verfügung stehenden Mittel in ein Programm zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu stecken.

Als wichtigste Aufgabe der Steuerpolitik sieht es AfA, mehr Steuergerechtigkeit zu schaffen. Auch müßten Schritte überlegt werden, „wie man das Versprechen aller Parteien, Zeiten der Kindererziehung in der Rentenversicherung zu berücksichtigen, verwirklichen kann". In der SPD-Wochenzeitung „Vorwärts" bezeichnete der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel Stoltenbergs Vorschläge als „Etikettenschwindel". Sie verletzten kraß die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit. Ihre Verwirklichung würde bedeuten, „daß derjenige, der monatlich 10 000 Mark verdient, um 600 Mark entlastet würde, daß aber ein Familienvater mit einem Einkommen von 2500 Mark nur um 61,50 Mark besser wegkäme".

Die FDP reagierte schnell auf den AfA-Vorschlag. Der Abgeordnete Hans H. Gattermann warf der SPD vor, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik nichts dazugelernt zu haben. Sie ignoriere die in der Vergangenheit gewonnene Erkenntnis, daß „Ausgabenprogramme keine nachhaltige Verbesserung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage bringen können". – Auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) meldete sich vor den Beratungen noch einmal zu Wort. Er forderte „dringlich" die Beseitigung der überhöhten Steuerbelastung mittlerer Einkommen, wobei Tarifreform und verbesserter Familienlastenausgleich in einem Schritt verwirklicht werden müßten. Da durch eine Fortführung der konsequenten Sparpolitik die Steuereinnahmen ohnehin steigen würden, solle auf eine Erhöhung anderer Steuern zur Finanzierung der geplanten Reform verzichtet werden. – Auch die AfA lehnt eine Anhebung von Verbrauchs- oder Mehrwertsteuern ab.

Stoltenberg hatte vorgeschlagen, ein Entlastungspaket von rund 25 Milliarden Mark ab 1988 fast zur Hälfte durch eine Heraufsetzung von Tabak-, Branntwein- und Mineralölsteuer oder der Mehrwertsteuer um einen Punkt zu finanzieren. Ein 12-Milliarden-Paket ohne Kompensation könne schon 1986 in Kraft treten.

Abriegelung des Wendlandes nicht gelungen

dpa, Lüchow

Rund 4000 Kernenergiegegner aus dem gesamten Bundesgebiet haben am Wochenanfang an der vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg verbotenen Wendland-Blockade der Zufahrtsstraßen in das Gebiet Gorleben/Dragahn aus Protest gegen eine dort geplante Lagerung von Atommüll teilgenommen und den Verkehr für zwölf Stunden erheblich gestört. Insgesamt hatten die 1500 eingesetzten Beamten seit Beginn der Straßenblockaden am Montag morgen mehr als 700 Menschen in Gewahrsam genommen – rund 500 Atomkraftgegner bereits im Morgengrauen aus einem Zeltlager in Gülden –, sie in bis zu 30 Kilometer entfernte Orte gebracht und dort auf freien Fuß gesetzt. 25 Menschen wurden wegen Widerstandes und Nötigung vorläufig festgenommen, am Abend jedoch wieder freigelassen.

Der Blockadeausschuß der „Republik Freies Wendland" betonte am Abend, mit dem stundenlangen „Katz- und Mausspiel" sei die Absicht voll erfüllt worden, auf die Gefahren der Lagerung des Atommülls in Gorleben und der Wiederaufbereitungsanlage in Dragahn aufmerksam zu machen. Die Polizei erklärte hingegen, es sei nicht gelungen, das Wendland zwölf Stunden hermetisch abzuriegeln. Die Fraktion und der Landesverband der Grünen in Bremen bezeichneten die Gewahrsamsnahme von 500 Kernkraftgegnern als „Massenverhaftung".

Die Aktionsgemeinschaft Energiesicherung und Kerntechnik hat die Blockade verurteilt. Die Blockade stelle im höchsten Maße einen Eingriff in die persönlichen Freiheiten der Bürger dar und habe nichts mehr mit dem verbrieften Demonstrationsrecht zu tun, hieß es.

Seite 2: Baum ab – ja bitte!

Für den Präsidenten war der „freie Markt" eine Enttäuschung

ANDREW GLASS, Xian

Nach seinen Gesprächen mit führenden Politikern der Volksrepublik China am Ende vergangener Woche schlüpfte der amerikanische Präsident Ronald Reagan am Sonntag in die Rolle des Touristen. Begleitet von seiner Frau Nancy, flog er nach Xian, um die Wiege der chinesischen Kultur zu sehen und um einen Markt zu besuchen, auf dem die Händler ihre Waren, – befreit von den Zwängen kommunistischer Wirtschaft – verkaufen dürfen. Der archäologische Aspekt der Reise war ein großer Erfolg, aber der Vorstoß in den Kapitalismus chinesischer Provenienz ließ zu wünschen übrig.

Zuerst besichtigten die Reagans die etwa 7 000 lebensgroßen Statuen einer Armee, welche fünf Meter unter der Erdoberfläche begraben und vor rund zehn Jahren ans Tageslicht geholt worden waren. Geschaffen als Leibgarde für den Kaiser Qin Shi Huang, der das Land im dritten vorchristlichen Jahrhundert geeinigt hatte, wurden die Tonfiguren gemeinsam mit dem Kaiser begraben. Hatten die vorhergehenden Kaiser ihre Leibwachen mit in den Tod genommen, so bewahrte Qin Shi Huang seine Leibwache vor diesem Schicksal. Stattdessen ließ er die 10 000 Kunsthandwerker, die die Statuen geschaffen hatten, töten und begraben. Robert McFarlane, der Berater des Präsidenten in Fragen der nationalen Sicherheit und ein früherer Angehöriger der Marines, kommentierte das kaiserliche Gebaren so: „Dies (die Tonfiguren) stellte so etwas wie eine Verbesserung dar." Er begründete die Rettung der kaiserlichen Leibwache mit möglichen Rekrutierungsschwierigkeiten bei der früheren Praxis.

Kaufinteresse gering

Die wenigen Meter zu dem Markt unter freiem Himmel, der direkt vor dem Tor aufgebaut worden war, legte das Präsidenten-Ehepaar in einer kugelsicheren Limousine zurück. Beim Kauf hielten sich die Reagans trotz des Angebotes, das unter anderem beschädigte Tonfiguren, handgenähte Westen, Windglockenspiele und Marionetten umfaßte, vorerst noch zurück. Auch die Begleitung des amerikanischen Präsidenten zeigte zu Anfang wenig Interesse an den Waren. Erst als die Fernsehreporter des Journalisten-Pools eintrafen, die in einer chinesischen Boeing die rund 1 000 Kilometer von Peking nach Xian zurückgelegt hatten, begann der Einkauf.

Als einer der ersten erwarb James Baker, der Stabschef des Weißen Hauses, eine kleine rote Weste für seine siebenjährige Tochter zu einem Preis von umgerechnet 7,50 Dollar. Da Baker kein chinesisches Geld hatte, halfen ihm zwei Reporter aus. Sie bekamen prompt ihr Wechselgeld zurück, als Richard Darman, der Sachbearbeiter des Präsidenten für Innenpolitik, das letzte Fünf-Cent-Stück dazu gab, da Baker nur eine Fünf-Dollar-Banknote und zwei Ein-Dollar-Scheine bei sich hatte. Auch sogenannte „Kunden", die den Vorgang beobachtet hatten, eilten herbei. Aber chinesische Beamte beorderten sie auf ihre Positionen auf einer in der Nähe aufgebauten Bühne zurück.

Marktszenen gedreht

Außenminister George Shultz und Arthur Hummel, der US-Botschafter in China, schlenderten gemeinsamen mit ihren Ehefrauen über den Markt und kauften hier und da einige Kleinigkeiten. Ein Hauch von Marktatmosphäre kam auf, als der US-Botschafter einen Stand verließ, ohne die Ware bezahlt zu haben. Aufgeschreckt durch das „He" eines chinesischen Händlers, kehrte Hummel zurück und bezahlte. Ein Filmteam, das einen „Dokumentarfilm" für die Wahlkampagne der Republikaner drehte, der auf dem Konvent der Republikaner im August in Dallas gezeigt werden soll, nahm die „Marktszene" auf.

Das Präsidenten-Ehepaar besuchte alle Stände, zeigte aber erst Kaufinteresse, als sie den Stand des „Westenhändlers" erreichten, wo die Kameras aufgebaut waren. „Wie schätzen Sie den Kapitalismus in China ein?", wollte ein Reporter von Ronald Reagan wissen. Die trockene Antwort des Präsidenten: „Er floriert". „Glauben Sie, daß der Kapitalismus in China Zukunft hat?". Reagan bliebt die Antwort schuldig. Er zuckte nur mit den Schultern, als wolle er andeuten, daß er unter den gegebenen Umständen bereits zu weit gegangen sei.

„Warum kaufen Sie nichts?" wollte ein anderer Reporter wissen. Die Antwort Nancy Reagans: „Das werden wir tun." Und auf die Frage, was sie mit in die Vereinigten Staaten nehmen werde, erwiderte Nancy Reagan: „Etwas für den Weihnachsbaum." In den Besitz des amerikanischen Präsidenten-Ehepaares gingen schließlich einige handgefertigte Ornamente aus Seide über. Der Präsident bezahlte mit einer kleinen Rolle chinesischer Banknoten, die er aus der Hosentasche fischte. Das Wechselgeld lehnte er ab.

Auf die Frage, welchen Eindruck er von den Leibwächtern aus Ton habe, erklärte Reagan: „Es ist schwer, das alles auf einmal aufzunehmen. Ich werde daran noch sehr lange denken." Außerdem bemerkte der Präsident, daß die ebenfalls aus Ton gefertigten Pferde so realistisch ausgesehen hätten, daß man sie fast hätte satteln können. Als Reporter wissen wollten, wie sich die Pferde angefühlt hätten, antwortete Nancy Reagan: „Hart". Und ihr Ehemann fügte hinzu: „Sie fühlten sich solide an."

Hilfe im Cockpit

Während der 80minütigen Autofahrt zum 58 Kilometer entfernten Flughafen Xian gab sich die Bevölkerung, die am Straßenrand stand, reserviert. Chinesische Beamte hielten die Menschen von der Strecke zurück.

Später, an Bord der Airforce One, erklärte Larry Speakes, der Sprecher des Präsidenten, daß mit der Rundreise der Airforce One zwischen Peking und Xian zum erstenmal ein Flugzeug eines amerikanischen Präsidenten auf einer innerchinesischen Strecke fliegen durfte. Präsident Richard Nixon nahm 1972 ein chinesisches Flugzeug nach Hangzhou und Shanghai. Präsident Gerald Ford hielt sich 1975 vier Tage nur in der Hauptstadt auf.

Speakes erklärte weiter, daß ein chinesischer Navigator und Funker im Cockpit ausgeholfen hätten. Im übrigen flog der Präsident mit einer Ersatzmaschine der Air Force zurück, weil die Amerikaner davon ausgegangen waren, daß eine ausreichende Wartung der Airforce One auf dem chinesischen Militärflughafen in der kurzen Zeit nicht hätte erfolgen können. Und zu dem Marktbesuch enthüllte Larry Speakes, das Weiße Haus habe gehofft, daß der Präsident einen wirklich freien Markt in der Gegend hätte besuchen können, dies von den Chinesen aber abgelehnt worden sei.

Leerung der Briefkästen nur noch mittags

dpa, Bonn

Die Post will die Leerung der Briefkästen auch am Vormittag weitgehend einstellen, nachdem der Wegfall der Nachtleerung bereits praktiziert wird. Ein Sprecher des Bundespostministeriums betonte, daß damit keinerlei Auswirkungen auf die „Laufzeit" der Briefsendungen verbunden sei. 90 Prozent aller Briefe träfen weiterhin einen Tag nach ihrer Einlieferung beim Empfänger ein.

Die Sortierung erfolge generell erst am Mittag, der Transport nachmittags und abends. Vormittagsleerungen sollten nur dort beibehalten werden, wo dies aus Betriebsgründen notwendig sei. Nach Angaben des Sprechers werden zwischen 9 und 12 Uhr bisher ohnehin nur an wenigen Orten der Bundesrepublik Deutschland Briefkästen geleert, und zwar in erster Linie, um Überfüllung zu vermeiden. Der Sprecher betonte, daß die Einstellung der Nachtleerung der Post jährlich 20 Millionen Mark Einsparungen brächte. An Bahnhöfen und Postämtern werde es jedoch auch weiterhin Nachtleerung geben.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Paterna sagte zu den Mitteilungen des Postministeriums, die Dienstleistungen der Post würden durch die neuen Maßnahmen verschlechtert und die Laufzeit der Sendungen verlängert. Er will die Maßnahmen im Postausschuß des Bundestages und im Postverwaltungsrat zur Sprache bringen.

Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU) hat in einem Gespräch mit dem „Kölner Stadtanzeiger" angekündigt, die Post werde ihr Monopol für den Hauptanschluß beim Telefon aufgeben, sobald das geplante neue Übertragungsnetz für alle Fernmeldedienste ISDN (Integrated Services Digital Network) eingeführt sei. Dieser für Telefon, Computer, Bildkopierer und Fernschreiber gleichzeitig benutzbare Anschluß soll von 1987 an schrittweise in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden.

Die Postkunden könnten künftig ihre Telefonapparate auch bei privaten Unternehmen mieten oder kaufen. Der Anschluß werde jedoch nach wie vor von der Post bereitgestellt. Sie behalte das Übertragungsnetz. Das Telefon werde daran nicht mehr fest angeschlossen sein.

Bekommt Genscher wegen Brodeßer „Denkzettel"?

Designierter Generalsekretär in der FDP umstritten

STEFAN HEYDECK, Bonn

Einen Monat vor dem FDP-Parteitag gibt es innerhalb der Freien Demokraten zunehmend Unmut über die Regelung der Nachfolge der nicht mehr für das Amt des Generalsekretärs kandidierenden Irmgard Adam-Schwaetzer. Für diesen Posten will Hans-Dietrich Genscher, der nach der Satzung als Parteichef das alleinige Vorschlagsrecht hat, Friedrich-Karl Brodeßer nominieren. Doch für die 400 Delegierten, die in Münster turnusgemäß eine neue FDP-Spitze wählen müssen, ist Brodeßer weitgehend ein Unbekannter. Bis heute hat es Genscher nämlich versäumt, seinen Kandidaten zumindest parteiintern bekanntzumachen.

Aber auch der ehemalige Staatssekretär im Düsseldorfer Innenministerium hat selbst praktisch noch keinen Kontakt zu den FDP-Gliederungen gesucht. Dabei hatte Genscher bereits vor einem Vierteljahr, am 29. Januar auf einer Vorstandsklausur in Heilbronn, die Nominierung des 52jährigen offiziell angekündigt. Ironisch war bereits gefragt worden: Ist Brodeßer wie der legendäre Ministerialdirektor a.D. Edmund Friedemann Dräcker vom Auswärtigen Amt nur ein Phantom?

Vordenker gefragt

Vor diesem Hintergrund wird bei den Liberalen nicht ausgeschlossen, daß Genscher auf dem Parteitag einen „Denkzettel" erhält. Seine Wiederwahl mit einem deutlich besseren Ergebnis als auf dem Berliner „Kampfparteitag" im November 1982 nach dem Bonner Koalitionswechsel gilt zwar quer durch die Lager als sicher. So wird erwartet, daß Genscher problemlos die 70-Prozent-Marke erreicht. Vor zwei Jahren hatte er mit 222 Stimmen gerade etwas mehr als 50 Prozent erhalten. Aber aus gegenwärtiger Sicht kann Genscher Ärger bekommen, wenn er Brodeßer vorschlägt.

Insider halten es für möglich, daß der Kandidat des Parteichefs ein ähnlich schlechtes Ergebnis wie der nach der „Wende" zur SPD übergewechselte frühere Generalsekretär Günter Verheugen erhält. Der hatte 1978, nachdem Bundewirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff bei den Wahlen zum Präsidium am linken Flügel gescheitert war, nur nach einem Kraftakt („Mit der Faust in der Tasche") des rechten Lagers mit knapper Not die erforderliche Mehrheit erhalten.

Bekannt ist und als unbestritten gilt, daß Brodeßer ein „hervorragender Verwaltungsfachmann" (so zum Beispiel der FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch) ist. Aber, so heißt es skeptisch, die FDP brauche neben dem bisherigen Bundesgeschäftsführer Rolf Berndt nicht einen zweiten für die Parteiorganisation zuständigen Fachmann. Benötigt werde vielmehr ein politischer und programmatischer Vordenker.

Kritik der Julis

Hier hatte es in der Vergangenheit bereits Vorbehalte gegen Brodeßers Vorgängerin Irmgard Adam-Schwaetzer gegeben, die sich wegen des desolaten Zustands der FDP nach der Wende in erster Linie um eine Stabilisierung der Partei kümmern mußte. Bemängelt wird aber auch, daß der Rechtsanwalt aus Siegburg selbst in seinem Kreisverband Köln-Bonn praktisch so gut wie nicht in Erscheinung getreten ist.

Angesichts dieser Situation haben insbesondere die Jungen Liberalen (Julis) als FDP-Nachwuchsorganisation bereits mehrfach deutliche Kritik geübt. Sie kündigten schon öffentlich ihren Widerstand gegen einen „Ober-Bundesgeschäftsführer ohne politische Kompetenzen" an und wandten sich gegen eine „programmatische Versorgungsmentalität". Es dürfe nicht nur die Aufgabe des FDP-Chefs sein, Impulse für die innerparteiliche Diskussion zu geben.

Mehr noch: Die Julis haben Genschers Kandidaten bereits wiederholt schriftlich und telefonisch um eine erste Aussprache und ein Kennenlernen gebeten. Brodeßer hatte zwar seine „prinzipielle" Bereitschaft bekundet, ein Gespräch aber von der Zustimmung des FDP-Chefs abhängig gemacht. Auf einen Brief vom 16. April, in dem der Juli-Vorsitzende Guido Westerwelle Genscher deshalb darauf aufmerksam machte, daß „noch Ihr Einverständnis nötig" sei, hat dieser bisher nicht reagiert. So hieß es bei den Julis, die immerhin mehr als zehn Prozent der Delegierten in Münster stellen, bereits verärgert: „Wenn wir Brodeßer vor der Wahl nicht kennenlernen, wird er nicht gewählt."

Image contra Preis

Wb. – In mehreren Bereichen krankt der Facheinzelhandel daran, daß er sich mit seinen spezifischen Leistungen (wie Beratung und Kundendienst) gegenüber anderen Handelsformen mit Billig-Anstrich – vor allem Verbraucher- und Fachmärkten – nicht genügend profilieren kann. Der Tatbestand ist nicht neu, wohl aber die Bereitschaft von Fachhändlern, auf breiter Ebene selbst etwas dagegen zu tun.

Für die Unterhaltungselektronik und Haustechnik, dem von der Discount-Konkurrenz wohl am stärksten strapazierten Teil des Handels, hat sich jetzt eine „Arbeits-Gemeinschaft Fachvertrieb" formiert, die dem Problem mit vereinten Kräften zuleibe rükken will. Sie stützt sich bislang auf die Mitglieder von sechs der sieben Einkaufs-Kooperationen der Branche, würde aber als fördernde (und damit für einen Teil der Spesen zuständige) Mitglieder auch den einen oder anderen Hersteller begrüßen.

Noch sind die Ziele der Arbeitsgemeinschaft freilich etwas verschwommen. Um Sachinformationen für den Verbraucher geht es, darum, in der Meinungsbildung ein Gegengewicht zu den „nur preisorientierten" Verbrauchervereinigungen zu bilden und auch darum, die eigenen Interessen etwas stärker als in der von Großformen des Handels dominierten Fachvereinigung des Einzelhandelsverbands vertreten zu wissen. So weit, so gut. Noch ist die Arbeitsgemeinschaft in der Orientierungsphase. Doch Mitglieder, die – wenn auch mit 90 Mark pro Kopf und Jahr nur moderat – zur Kasse gebeten werden, werden bald auch Konzepte sehen wollen, handfeste Projekte, die einen Erfolg im Kampf ums eigene Image versprechen. Bis es so weit ist, wird der eingetragene Verein noch eine Menge Arbeit zu leisten haben.

Nigeria

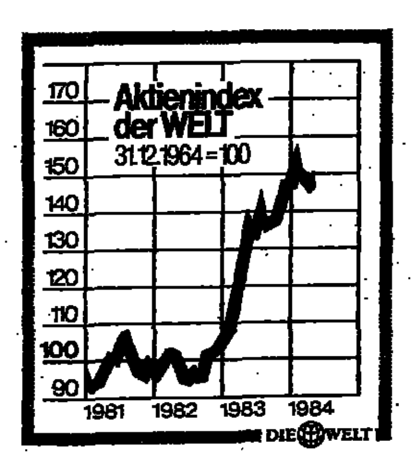
fu (London) – Die von Nigeria unerwartet eingeleitete Währungsreform mag – vor allem mit der damit einhergegangenen Schließung der Landesgrenzen – spektakuläre Züge tragen. Doch ihre Auswirkungen auf das internationale Geschäft sind minimal. Störungen der ausländischen Geschäftsbeziehungen können, nicht nur wegen der äußerst schwierigen und jetzt grundsätzlich unter Dach und Fach gebrachten Verhandlungen über eine Refinanzierung der hohen Handelsschulden Nigerias in Höhe von bis zu 16 Milliarden Mark, sondern auch wegen der prekären Wirtschaftslage des Landes, alles andere als im Interesse der Regierung in Lagos sein. Finanzexperten in London verweisen denn auch darauf, daß das nigerianische Unterfangen bis ins Detail der Währungsreform Ghanas von vor drei Jahren gleicht. Ob die spektakuläre Operation allerdings wirklich notwendig war, bleibt zu bezweifeln.

Gelähmte Börse

Von CLAUS DERTINGER

Sell in May and go away." So lautet eine amerikanische „Börsenregel", die auch hierzulande ihre Anhänger hat. Denn der Mai, in dem die meisten Hauptversammlungen über die Bühne gehen und das Gros der Dividenden an die Aktionäre ausgeschüttet wird, ist erfahrungsgemäß der letzte Monat vor der Sommerpause, in dem die Börse noch Anregungen bekommt: einmal von neuesten Berichten über die Geschäftsentwicklung, zum anderen von der Wiederanlage eines Teils der Dividenden. In den letzten Jahren erwies sich die amerikanische Börsenregel fast immer als richtig. Im Mai begann die Aktienbörse mit sinkenden Kursen ins sogenannte Sommerloch zu rutschen.

Aber auf derartige „Regeln" ist trotz manch guter Erfahrungen nicht immer Verlaß. Man sollte ihnen jedenfalls nicht blind vertrauen. So könnte 1984 die berühmte Ausnahme von der Regel werden. Nämlich dann, wenn sich die den Aktienmarkt störenden Streikwolken verziehen und die seit einiger Zeit schon von der Streikgefahr gelähmte Unternehmungslust der Anleger wieder auflebt.



Im Augenblick haben die meisten Börsenakteure eine vorsichtige Warteposition bezogen. Kaum jemand wagt größere neue Engagements, bevor nicht Klarheit an der Tariffront herrscht. Andererseits haben die meisten „Angsthasen" nach dem Eindruck der Experten bereits Kasse gemacht, so daß auch im Falle eines Streiks in der Metallindustrie kein besonders starker Angebotsdruck befürchtet werden muß.

Damit wäre ein idealer Nährboden für Kurssteigerungen geschaffen, wenn mit einer Entwarnung an der Tariffront ein Signal zum Einsteigen gegeben wird. Nach dem, was man von Anlageberatern und Portfoliomanagern hört, muß es zur Zeit einiges an aufgestauter Nachfrage geben, die sich, wie die Gurus meinen, in Käufe umsetzten wird, sobald der Tarifkonflikt in der Metallindustrie befriedigend gelöst ist.

So berechtigt diese Zuversicht auch sein mag: Es bleibt zu fragen, ob der Schub stark genug sein wird, die Aktienkurse nachhaltig nach oben zu tragen oder ob er nur für ein Strohfeuer ausreicht. Denn die deutsche Börse spürt ja auch noch einen anderen Bremsklotz: die von den USA ausgehenden Zinssteigerungsängste. Wirklich frei durchatmen wird die deutsche Börse – und auch die amerikanische – vermutlich erst, wenn die Zinsen in den USA nicht weiter steigen oder sogar sinken. Aber wer wagt schon eine solche Prognose, die ja auch nicht vielfundierter wäre, als das so beliebteLesen im Kaffeesatz?

Gerade in den beiden letzten Wochen boten die US-Zinsen wieder genügend Anlaß zur Enttäuschung. Allerdings gewannen manche Marktbeobachter den Eindruck, als sei der Zins auf seinem jüngsten Höhenflug „oben angestoßen". Und als Bestätigung dafür sahen sie das dann folgende leichte Zurückschwingen des Zinspendels an. Eine wirkliche Entlastung von der Zinsbürde können die Finanzmärkte wohl erst dann erwarten, wenn die beabsichtigte Reduzierung des US-Budgetdefizits politisch durchgezogen wird, eine Hoffnung, die manchen Börsenprofi auch in der Bundesrepublik beflügelt.

Dem Einwand, die Zinsperspektiven für die Börse seien doch noch recht unsicher, setzen die Optimisten auf dem Parkett die jüngste Erholung der Wall Street entgegen, wo bis vor kurzem nur lautes Stöhnen über den Druck der hohen Zinsen zu hören war. Doch der Markt schien „überverkauft" gewesen zu sein und damit reif für eine Erholung. Ein Signal auch für die deutsche Börse? Optimisten hoffen darauf.

SCHALLPLATTENINDUSTRIE / Die Zeit reichlich fließender Gewinne ist vorbei

Der Markt ist unter dem Druck der Kosten völlig aus dem Takt geraten

J. BRECH, Hamburg

Der deutsche Markt für Schallplatten und Musicassetten, zweitgrößter der Welt nach den USA, zeigt seit etwa zwei Jahren deutliche Schwächen. Die Mitgliedsfirmen im Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft, die fast 90 Prozent des gesamten Inlandsmarktes abdecken, büßten 1983 mit einem Umsatz von 2,05 Mrd. DM rund fünf Prozent ein.

Die Stückzahl der im Handel verkauften Tonträger ging um zwei Prozent auf 162 Millionen zurück. Absatzflaute und steigende Kosten haben zudem die Erträge unter Druck gesetzt. Die Zeiten, da die Musikbranche reichlich fließende Gewinne mit vollen Händen wieder ausgab, sind vorbei.

Die trotz zahlreicher attraktiver Hits im vergangenen Jahr unerfreuliche Absatzentwicklung führt der Bundesverband auf mehrer Gründe zurück. Wie es in dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht heißt, könne sich der Musikliebhaber einmal durch privates Kopieren fast kostenlos mit den Produktionen der Programmanbieter selbt versorgen. Zum anderen hätten die privaten Haushalte auf die anhaltenden wirtschaftlichen Probleme mit Kaufzurückhaltung in traditionellen Freizeitbereichen reagiert, zu denen auch Tonträger gehörten.

Neben diesen unbefriedigenden Rahmenbedingungen ortet der Verband noch andere Minuspunkte. So sei es weder Industrie noch Handel gelungen, außer Jugendlichen auch ältere Käuferschichten zu aktivieren. Programmanbieter und Handel hätten die gemeinsame Aufgabe, das Angebot und dessen Präsentation für die ältere Käuferschicht attraktiver zu machen.

Im engen Zusammenhang damit beklagt der Verband die immer stärkere Absatzkonzentration auf relativ wenige populäre Top-Hits, während das breite Repertoire-Angebot weiter zurückfällt. Die erhöhte Lieferbereitschaft der Industrie, die dem Handel das Lager- und Dispositionsrisiko weitgehend abgenommen habe, führe dazu, so schreibt der Verband, daß der Einzelhandel lediglich den aktuellen Bedarf ordere und die breite Repertoirepflege vernachlässige. Vielfach fänden Kunden in den Geschäften kein breitgegliedertes Angebot mehr.

Ein attraktives Angebot fehlt nach Meinung des Verbands vor allem in städtischen Randgebieten und in ländlich strukturierten Gegenden. Solche „weißen Flecken" bedeuteten Verlust flächendeckender Distribution und erforderten vielfach zu weite Wege, um eine Kaufentscheidung zu realisieren.

Die Absatzeinbußen der Musikbranche sind 1983 in erster Linie bei Langspielplatten eingetreten. Der Verkauf von LPs in der Niedrigpreisklasse ging um 15 Prozent und in der Normalpreisklasse um zwölf Prozent zurück. Insgesamt wurden mit 69 Millionen Stück 13 Prozent weniger LPs abgesetzt. Bei Musicassetten blieb der Absatz mit 42 Millionen Stück fast unverändert.

Lichtblick für Handel und Industrie ist die Renaissance der Single. Deren Stückabsatz erhöhte sich um 13 Prozent auf 52 Millionen Stück. Überraschend schnell kommt zudem das jüngste Produkt der Branche, die Compact Disc, am Markt voran. Mit zwölf Zentimeter Durchmesser und optischer Abtastung durch Laser soll dieser neue Tonträger neben Schallplatten und Cassetten die dritte Säule des Marktes werden. Im März 1983 zum ersten Mal angeboten, steuert die Compact Disc bereits gut zwei Prozent zum Gesamtumsatz bei. Die Industrie will das zur Zeit vorgehaltene Gesamtangebot von rund 500 Compact Discs zügig ausbauen.

Mit anziehender Konjunktur und straffer interner Rationalisierung hofft die Branche in diesem Jahr wieder auf Erfolgspfad zu gelangen. Unterstützung erwartet sie auch aus Bonn. Die beabsichtige Novellierung der Urheberrechts müsse, so der Verband, zu einer angemessenen Entgeltregelung für private Kopien führen. Von Leercassetten würden inzwischen mehr als 100 Millionen Stück pro Jahr verkauft, deren Speicherkapazität ausreiche, um den gesamten Jahresabsatz an Schallplatten und Musiccassetten mitzuschneiden.

DEUTSCHE LEISTUNGSSCHAU

Tokio übertrifft bisher alle Erwartungen der Aussteller

CHRISTEL PILZ, Tokio

Als einen Erfolg, der alle Erwartungen übertrifft, bezeichnen Aussteller wie Messefachleute die deutsche Leistungsschau in Tokio. Allein in den ersten vier Tagen wurden 138 000 Besucher registriert, davon 98 000 Fachbesucher.

Einige Unternehmen melden bereits Vertragsabschlüsse sowie Verhandlungen über verschiedene Formen künftiger Zusammenarbeit. Viele Ständewerden von Fachinteressenten geradezu überlaufen. Zahlreiche Firmensprecher lobten die Messe als eine ideale Gelegenheit, vorhandene Geschäftsverbindungen zu pflegen, neue Kontakte anzubahnen, und den Zukunftsmarkt vorzubereiten. Vielfach werden den Japanern neuste Technologien vorgeführt. Nur mit dem Neusten und dem Besten könne man mit den Japanern ins Geschäft kommen.

Ähnlich äußerte sich auch Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff. Für Japan, so Lambsdorff, sei nur das beste Angebot gerade gut genug. Allerdings haben nicht alle Aussteller solchen Mut zur Demonstration ihrer neusten Entwicklungen gezeigt. Die japanischen Besucher, so meinen sie, wollten letztlich nur Informationen und Material, um Entwicklungen zu kopieren, die für sie interessant seien.

Eine solche Einstellung halten jene Aussteller, die mit ihren neusten Technologien nach Japan kamen, für kurzsichtig. Die deutsche Wirtschaft solle sich demonstrativ der Konkurrenz stellen, sie solle zeigen, was sie habe und was sie könne, sie solle ihr Image aufpolieren, technologisch führend zu sein, das der Öffentlichkeit in Japan wie den anderen Ländern in Ost- und Südostasien ins Bewußtsein rücken und klarmachen, daß die deutsche Wirtschaft keineswegs den Anschluß an morgen verloren hat, ja in vielen Bereichen vor Japan führend sei.

Den Bemühungen deutscher Firmen kommt entgegen, daß Japan gerade in diesen Tagen ein neues Paket von Maßnahmen zur Liberalisierung seiner Einfuhren erlassen hat,die von Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff allerdings schon als ungenügend kririsiert worden sind Während einer Pressekonferenz, die er vor seiner Rückreise nach Bonn gab, sagte der Minister in Tokio, die Zugeständnisse seien nicht ausreichend.

Die deutsche Leistungsschau, die am 6. Mai enden wird und insgesamt 150 Millionen Mark kostete, ist zugleich ein hoffnungsvoller Ansatz zur Kooperation der Deutschen untereinander, so der Privatwirtschaft, der Banken, der Bundesregierung und der Bundesländer. Neben fünfhundert Firmen der Privatwirtschaft sind als Aussteller auch die Bundespost, das Bundesministerium für Forschung und Technologie sowie mehrere Bundesländer auf dieser Messe vertreten, die unter dem Motto „Deutschland – gestern, heute und morgen" steht.

AUF EIN WORT

» Ich sehe, daß alle Industrienationen zur Behebung ihrer Beschäftigungsnöte zum Angriff geblasen haben, daß aber die Finanzsorgen der Kunden nur hinausgeschoben, nicht jedoch gelöst sind. Wir verspüren darum eine gespannte Ruhe. Die derzeitige Atempause im Wirtschaftslauf sollten wir nutzen, in den Industriezweigen druch Arbeitsteilung den Boden für sinnvollere Fertigungsgrößen zu bereiten. «

Dr. Peter Weinlig, Vorstandsvorsitzender der Phoenix AG, Hamburg.

„Gemeinnützige unverzichtbar

AP, Köln

Für den Wohnungsmarkt ist die gemeinützige Wohnungswirtschaft unverzichtbar, weil sich sonst schon bestehende Versorgungslücken in Zukunft noch ausweiten würden. Zu diesem Ergebnis kam eine Untersuchung am Seminar für Finanzwirtschaft der Kölner Universität. Unter den herrschenden Umständen könne weder eine marktwirtschaftliche Ausgestaltung noch eine staatliche Lenkung ein flächendeckendes und qualitativ angemessenes Wohnungsangebot sicherstellen.

BESCHÄFTIGUNGSGESETZ

Auch die Arbeitgeber sagen Nein zu den Plänen Blüms

GISELA REINERS, Bonn

Nach Gewerkschaften und SPD-Opposition haben nun die Arbeitgeber dem Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) zur Förderung der Beschäftigung eine Absage erteilt. Das Gesetz würde Arbeitsplätze eher vernichten als neue schaffen, heißt es in einer Stellungnahme der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

Der Gesetzentwurf sieht unter anderem die Ausdehnung der Zulässigkeit von Zeitarbeitsverträgen auf ein Jahr vor. Weiter sollen Überstunden vermehrt in Freizeit abgegolten, Teilzeitarbeit erleichtert und eine Teil-Krankschreibung ermöglicht werden. SPD und Gewerkschaften hatten den Entwurf als arbeitnehmerfeindlich kritisiert. Damit würden Sozialleistungen abgebaut und der Versicherungsschutz vor allem für Teilzeitkräfte ausgehöhlt.

Nach Ansicht der Arbeitgeber Führe Blüms Vorhaben nicht zu der „dringend benötigten größeren Flexibilität in der Personalwirtschaft". Sie fordern eine „ersatzlose Streichung" des Plans zur Abgeltung von Überstunden durch Freizeit. Denn sonst könnten Arbeitnehmer praktisch nicht mwher als 42 Stunden pro Woche arbeiten. Bestimmte Produktions- und Dienstleistungen durch qualifizierte Arbeitnehmer könnten nicht mehr erbracht werden. Das führe zu Arbeitsplatzverlusten.

Statt einer zu befürchtenden Ausweitung des Arbeitnehmerschutzes bei Teilzeitarbeit wünschen die Arbeitgeber ein Zurückschneidung des „ständig ausgeweiteten Kündigungsschutzes" und eine Eingrenzung der Risiken teurer Sozialpläne.

GEBRAUCHTWAGENMARKT

Anhaltende Konjunktur für junge Autos der Mittelklasse

HARALD POSNY, Düsseldorf

Während sich die Pkw-Neuzulassungen im März dieses Jahres mit einem Minus von 7,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat und mit einem Plus von 4,8 Prozent im 1. Quartal etwas eintrübten, läuft das Gebrauchtwagengeschäft anhaltend gut. Nicht selten spricht der Handel von einer regelrechten Gebrauchtwagen-Hausse. Nach dem Rekordjahr 1983 mit Umschreibungen von über 5,5 Mill. Pkw und Kombi (plus 7,2 Prozent), die dem Gebrauchtwagenhandel das mit Abstand beste Jahr mit einem Umsatz von 20,3 Mrd. DM (plus 9,3 Prozent) brachten, wurde im Februar dieses Jahres die bisher höchste Zahl an Besitzumschreibungen notiert: 458 989 Pkw und Kombi (plus 19,8 Prozent).

Die Schwacke-Marktbeobachtung stellte fest, daß die Lagerbestände beim Handel zu Beginn des Frühjahrsgeschäfts nie zuvor so gering waren wie in diesem Jahr. In der Branche wird der Lagerbestand auf kaum 700 000 Einheiten geschätzt. Nach Angaben von Schwacke mangelt es vor allem an Fahrzeugen jüngerer Baujahre (ab 1981), sowie in der Preisklasse von 5000 bis 8000 DM.

Besonders gesucht werden vor allem „Einsteigerautos" für Führerschein-Neulinge, Kompaktfahrzeuge bis zu 1,5 Liter Hubraum und Zwei- bis Vierjährige, gut erhaltene Kombifahrzeuge. Mit Ausnahme von Importmodellen sind die Preise für Gebrauchtwagen relativ stabil. Höhere Preise können jedoch für jüngere gepflegte Mittelklasseautos erzielt werden. Der durchschnittliche Wertverlust liegt derzeit bei weniger als einem Prozent pro Monat, der niedrigsten Minderungsrate seit sechs Jahren. Lediglich bei Auslaufmodellen geben die Preise etwas nach.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Illegalität eindämmen

Bonn (Rei.) – Der Bundesverband Zeitarbeit (BZA) hat schnellstmöglich die Aufhebung des Verbots zur Arbeitnehmerüberlassung im Baugewerbe gefordert. So ließe sich – ergänzt durch einen Bauarbeiterpass, wie ihn das Arbeitsministerium plant – die Illegalität eindämmen. Bereits vor Einführung des Verbots 1981 habe der BZA gewarnt, das Verbot werde die illegale Beschäftigung von Arbeitskräften auf Baustellen erhöhen. Der wechselnde Arbeitskräftebedarf in diesem Gewerbe werde zur Zeit vermehrt durch vornehmlich ausländische Illegale gedeckt, denen nicht selten Sozialleistungen und sogar Löhne unterschlagen würden. Das alles wäre nach Ansicht des BZA vermeidbar gewesen.

Neuer Kunde?

Frankfurt (adh) – Bemerkenswerte Ansätze dafür, daß die Möglichkeiten für den Handelsaustausch mit der „DDR" noch längst nicht ausgeschöpft sind, sieht Rolf Hollmann, für Industrie und Außenhandel zuständiges Vorstandsmitglied der coop AG, Frankfurt. Diese Möglichkeiten seien Schritt für Schritt zu prüfen, sagte Hollmann im Anschluß an eine Präsentation des coop-Markenprogramms im Internationalen Handelszentrum in Ost-Berlin.

Japan festigt Position

Düsseldorf (Py.) Die japanische Wirtschaft hat ihren Stützpunkt Düsseldorf weiter ausgebaut. Wie die Industrie- und Handelskammer Düsseldorf mitteilt, wurden 1983 im Kammerbereich 18 Firmen mit einem kapital von elf Mill. Mark ins Handelsregister eingetragen. Daneben wurden nocht weitere 13 Repräsentanzen eingerichtet. Damit war Japan der einzige überseeische Investor von Rang. Vor allem wurde das Vertriebsnetz weiter ausgedehnt, zum Teil handelte es sich um Ausgliederungen von Vertriebs-Abteilungen großer Handelshäuser. Die Hoffnung, japanische produktionsstätten nach Düsseldorf zu ziehen, hat sich bisher kaum erfüllt.

Stahlplan durchhalten

Essen (dpa/VWD) – Die Auseinandersetzungen in der lothringischen Stahlindustrie sind auch für die Zukunft der deutschen Stahlindustrie entscheidend, erklärte der CDU-Europaabgeordnete, Otmar Franz, Mitglied der Gesamtleitung von KLöckner und Co KG in Essen. Man müsse hoffen, daß der französische Staatspräsident von seinem Stahlplan nicht abweiche, der mit zur Überwindung der Stahlkrise in Europa gehöre. Ein Kapazitätsabbau sei nicht nur für die französische Stahlindustrie schmerzlich, sondern für alle Stahlländer in Europa. Ohne eine Beseitigung der Überkapazitäten in allen Gemeinschaftsländern sei eine Gesundung des gemeinsamen Stahlmarktes nicht zu erreichen. Franz hielt es für notwendig, daß von 1986 an die „Mechanismen des Marktes" auch für die Stahlindustrie wieder zur Geltung kämen. Es gebe gute Chancen, das Subventionsunwesen zu beseitigen.

Lebenshaltung teurer

Wiesbaden (Reuter) Die Lebenshaltung in der Bundesrepublik Deutschland war im April um 3,2 Prozent teurer als im gleichen Monat des Vorjahres. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, stieg - nach bisher vorliegenden Ergebnissen aus vier Bundesländern - der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im April gegenüber dem Vormonat um 0,2 Prozent. Daraus errechnet sich die Jahresteuerungsrate von 3,2 Prozent, die das Wiesbadener Amt nach endgültigen Ergebnissen auch für März dieses Jahres ermittelt hatte. Im Februar hatte die Jahresteuerungsrate 3,1 Prozent betragen.

Kaufhof erhöht Dividende

Düsseldorf (J.G.) Eine weitere Dividendenaufbesserung um 1 (0,50) DM auf nunmehr 7,50 DM schlägt die Kaufhof AG, Köln, ihrer Hauptversammlung am 5. Juli für 1983 vor. Die Führungsgesellschaft den zeitgrößten deutschen Warenhauskonzerns, dessen Umsatz 1983 um 1,3 Prozent auf 8,57 Mrd. DM stieg, begründet er mit „deutlich verbesserter" Ertragskraft aus der konsequenten Realisierung der in den letzten jahren angelaufenen Strukturprogramme. Der AG-Jahresüberschuß von 49,5 (48,9) Mill. DM, der 1982 noch 6,1 Mill. DM in die Rücklagen ging, wird diesmal komplett ausgeschüttet. Der Konzern-Jahresüberschuß besserte sich auf 68,9 (53,6) Mill. DM. Einschließlich Steuerguthaben ist das DVFA-Ergebnis je Aktie im Konzern auf 20,69 (16,63) DM gestiegen.

KREDITWESEN

Aufsichts-Präsidentin Baehre im Ruhestand

dpa/VWD, Berlin

Nur mit einer internen Feierstunde vollzieht sich der Präsidentenwechsel im Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Berlin. Frau Inge Lore Baehre, seit 33 Jahren im Dienste der Bankenaufsicht und seit 1. Oktober 1975 Präsidentin des Bundesaufsichtsamtes, trat am Montag in den Ruhestand. Nachfolger ist Wolfgang Kuntze, bisher Leiter der Grundsatzabteilung I des Bundesaufsichtsamtes.

Als Frau Baehre ihr Amt antrat, waren der erste Ölpreisschock und die Krise um die Pleite der Kölner Herstattbank zwar überwunden, im Gesetzgebungsverfahren befand sich aber gerade die letzte Novelle zum Kreditwesengesetz (KWG), die dann am 1. Juli 1976 in Kraft trat. Die Risiken der Kreditinstitue wurden eingeschränkt, die bankaufsichtsrechtlichen Kontrollen verbessert und flankierende Maßnahmen zur freiwilligen Einlagensicherung eingeführt. Dabei wurde dem Bundeaufsichtsamt die Möglichkeit zur Verhängung eines Moratoriums für notleidende Kreditinstitute eingeräumt.

Das deutsche Bankwesen blieb aber auch in der Folge nicht von Pleiten verschont. Eine Reihe von Privatbanken mußte schließen. Frau Baehre hat deshalb die Novellierung des KWG betrieben, die sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindet. Aber auch außerhalb des gesetzlichen Rahmens hat Frau Baehre die Kreditwirtschaft zu verantwortungsbewußtem Handeln angehalten und in Briefen beispielsweise zum Zinsänderungsrisiko oder zum Länderrisiko die Vorstellungen des Aufsichtsamtes dargelegt.

MUSIKINSTRUMENTE / Das „Made in Germany" hat weltweit einen guten Klang

Seit Jahren auch in Asien erfolgreich

INGE ADHAM, Frankfurt

Als vor Jahren eine wahre Springflut billiger Importe aus Fernost den bundesdeutschen Markt überflutete, war bei der Gilde der rund 100 deutschen Musikinstrumentenbauer die Sorge groß. Mittlerweile klingen freilich aus der Branche wieder optimistischere Töne. Ihre Antwort auf die Billigflut – die Spezialisierung auf hochwertige Instrumente nämlich – hat sich offenbar als richtig erwiesen.

Weltweit, so der Bundesverband der Deutschen Musikinstrumenten-Hersteller, hat „Made in Germany" bei den Musikern – ob Profi oder Laie – einen guten Klang. Das gilt auch für Japan, wo sich die Bundesrepublik auf der deutschen Leistungsschau in Tokio den Japanern nicht nur mit Beethoven, sondern auch mit deutschen Instrumenten „musikalisch" präsentiert.

Ein deutsches Musikinstrument – vor allem ein Flügel – ist in Japan ein Statussymbol, kommentieren die Hersteller ihre „guten bis sehr guten Absatzbedingungen" in Nippon. Zum Ausbau der immerhin schon gut hundert Jahre alten Handelsbeziehungen der Klein- und Kleinstunternehmen mit Japan hat aber auch der Mut zur Präsenz beigetragen: Seit 1981 gibt es eine jährliche deutsche Musikmesse in Japan; seit dieser Zeit stiegen die deutschen Instrumentenexporte nach Japan um gut ein Drittel auf 17 Millionen Mark, aus Einzellieferungen wurde ein stetes Geschäft, das für die Branche mit gut 650 Mill. DM Produktionsvolumen (1983), von dem gut die Hälfte in den Export geht, zunehmend Bedeutung gewinnt.

Auch bei den elektronischen Musikinstrumenten mischen die deutschen Hersteller wieder mit, seit es dem größten deutschen Produzenten, der Firma Hohner, gelungen ist, mit modernster Technologie die Japaner, so heißt es in der Branche, sogar zu überflügeln. Für Hohner, die sich jetzt ebenfalls in Tokio den Japanern präsentieren, brachte dies dicke zweistellige Zuwachsraten im Export. Auch bei Selbstbausätzen für elektronische Heimorgeln und Rhythmusgeräten sowie Verstärkern können die deutschen Anbieter international wieder mithalten, schätzt der Verband die Entwicklung nach der letzten Musikmesse in Frankfurt ein.

Wie gut die deutschen Produzenten ihre Absatzchancen im kaufkräftigen pazifischen Raum beurteilen, zeigen die neuesten Messepläne: Nach der traditionellen Messe in den USA wollen die Instrumentenbauer im November in Singapur zeigen, wie sich die handwerkliche und manuelle deutsche Fertigung von der Massenware unterscheidet.

UNGARN

Weniger Wirtschaftslenkung

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Einen weiteren Schritt in Richtung Marktwirtschaft setzte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Ungarn während seiner letzten Sitzung vor wenigen Tagen mit dem Beschluß, ab 1985 weitere Wirtschaftsreformen durchzuführen. Damit hat sich neuerlich jene Gruppe innerhalb der Parteiführung durchgesetzt, die eine Fortsetzung der zunächst schon 1966 beschlossenen Abkehr von der strengen Planwirtschaft propagierte. Eine erste entsprechende Reform ab 1968 hatte aber vorerst 1972 ein Ende gefunden, erst 1979 war dann die strenge Wirtschaftslenkung wieder gelockert worden.

Wenngleich die Details erst ausgearbeitet werden müssen, so stehen doch jetzt schon die Grundzüge des neuen Reformpakets fest. Demnach sollen die Konsumentenpreise allmählich durch den Abbau von staatlichen Subventionen entzerrt werden. Eine Korrektur der Lohnregulierung soll verhindern, daß nicht jene Unternehmen mit hohen Gewinnsteuern bestraft werden, die infolge höherer Effizienz ihre Löhne überdurchschnittlich erhöhen könnten. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Unternehmen bei weitem kostenorientierter arbeiten als bisher. Dazu gehört auch, daß zwar die Gewinnsteuern gesenkt, dafür aber die Sozialversicherungsbeiträge angehoben werden, um einen sparsamen Arbeitskräfteeinsatz zu erreichen.

In den Unternehmen schließlich soll mit einer neuen Unternehmensverfassung die Macht der von den zuständigen Ministerien eingesetzten Direktoren durch Mitsprache von Aufsichtsräten beschnitten werden. Für kleinere Unternehmen mit weniger als 300 Beschäftigten ist an die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung gedacht. Generell gilt künftig die Dezentralisierung und damit auch die Zerschlagung der vorherrschenden großen Unternehmenseinheiten als wirtschaftspolitische Zielsetzung.

Vorangegangen war in den letzten Jahren bereits eine Duldung der Privatinitiative, die zum Teil sogar gesetzlich abgesichert wurde. So arbeiten beispielsweise rund 8000 Arbeitsgemeinschaften in den Staatsbetrieben nach dem offiziellen Betriebsschluß auf eigene Rechnung weiter. Neben den bestehenden privaten Einzelhandelsgeschäften ist es seit 1981 auch möglich, staatliche Geschäfte und auch Gaststätten zu pachten, und schließlich erbringen die im Nebenerwerb betriebenen privaten Hofwirtschaften der Mitglieder von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bereits rund ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Produktion. Dies vor allem in der arbeitsintensiven Schweine- und Kleintierzucht sowie im Gartenbau.

Einen bemerkenswerten Akzent setzte die Regierung in Budapest im Vorjahr auch mit der Zulassung von Anleihen, die zum Teil sogar von privaten Anlegern gezeichnet werden dürfen. Damit wird Kaufkraft abgeschöpft, ohne privates Vermögen zu entziehen. Den Hintergrund für die Liberalisierung im ungarischen Wirtschaftsleben bilden die seit Jahren anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

FÜHRUNGSKRÄFTE / Vermögensbildung ist wichtiger Punkt auf der VDF-Jahrestagung

Wieder Gesetz über Sprecherausschüsse gefordert

HANS BAUMANN, Essen

Gleich vier heiße Eisen will der Verband der Führungskräfte in Bergbau und Energiewirtschaft (VDF) auf seiner Jahrestagung, die morgen in Dortmund beginnt, anpacken:

- Die Frage der Sicherheitsverantwortung für leitende Angestellte.
- Vermögensbildung über Beteiligungserwerb.
- Satzungsänderung zugunsten des Beitritts von Jungingenieuren, die noch nicht außer Tarif bezahlt werden.
- Klärung der Frage, ob bei Einführung der 35-Stunden-Woche die Leitenden überbelastet oder unterbezahlt sind.

Selbstverständlich wird im Mittelpunkt der Tagung die fast zum Trauma gewordene Forderung nach gesetzlicher Verankerung der Sprecherausschüsse in den montanmitbestimmten Unternehmen stehen. Der Verband ist zuversichtlich, daß noch in diesem Jahr ein entsprechender Gesetzestext auf dem Tisch liegen wird.

Als „positiv" werden die Gespräche bezeichnet, die mit der CDU und mit der FDP geführt werden. Aber auch mit der SPD wird über den Anspruch der Führungskräfte auf Mitbestimmung außerhalb der Betriebsräte gesprochen, wenn auch nur „informativ".

Die Anerkennung der Sprecherausschüsse durch den Gesetzgeber würde die Diskriminierung der Führungskräfte in den Montanbetrieben beenden. In den übrigen sechs Verbänden der Leitenden, die in der Union der Leitenden Angestellten (ULA) – 40 000 Mitglieder – zusammengeschlossen sind, wählen sie bereits aus ihren Reihen Vertreter in den Aufsichtsrat.

Wie dornig der Weg zur gesetzlichen Anerkennung der Sprecherausschüsse ist, zeigt der Rattenschwanz von rund 400 Verfahren bis hinauf zum Bundesarbeitsgericht. In diesen Verfahren soll geklärt werden, wer „Leitender" ist, wer also wählen und gewählt werden darf. Klassisches Beispiel: Die umstrittene Frage, ob der Fahrsteiger im Bergbau trotz seiner Stellung als außertariflich Bezahlter Führungskraft ist, oder nicht.

Umstritten ist auch, ob der Obersteiger und der Betriebsführer in die Klasse der Leitenden gehören. Umstritten ist selbst das Standing der Vorstandsmitglieder der Ruhrkohle AG. Auch hier wollen die Betriebsräte die Arbeitsgerichte klären lassen, ob jene Leitenden den hohen Ansprüchen des Gesetzgebers an Führungskräfte gerecht werden. Die VDF gibt sich keinen Illusionen hin. Ehe nicht diese Abgrenzungsproblematik geklärt ist, wird es keine gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse in den Montanbetrieben geben.

Spätestens die Kohlerunde '83 hat den Verband der Führungskräfte aus seinem Dornröschendasein ins politische Licht gerückt. Hier wurde plötzlich entdeckt, daß dieser Verband alle relevanten Energiearten abdeckte – mit hohem Sachverstand. Das Gas ebenso wie die Kohle und die Elektrizität. Geradezu klassisches Arbeitsfeld ist ein Haus wie das RWE, wo unter einem Dach Probleme der Kernenergie, der Braunkohle und der Steinkohle zu Hause sind.

Die hohe Sicherheitsverantwortung der Führungskräfte dokumentierte sich in der gesamten Prozeßverantwortung etwa im Streit um das Kernkraftwerk Grundremmingen, bei Bergbau- oder Gaskatastrophen. Aber auch die Probleme des Umweltschutzes fordern die Leitenden. Sie erwarten von der Bundesregierung, daß sie bei der Formulierung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung Augenmaß bewahrt und die sicherheitstechnischen Aspekte nicht vernachlässigt.

Dennoch schafften es die Leitenden bisher nicht, weite Felder im allgemeinen politischen Raum zu besetzen, was nicht zuletzt darauf zurückgeführt wird, daß gerade die Techniker unter den Leitenden nur wenig Sinn entwickeln für gesellschaftspolitische, energiepolitische Aufgaben und auch für allgemeine Öffentlichkeitsarbeit. Auch hier soll am 3. Mai in Dortmund die Wende eingeleitet werden.

SOZIALPLÄNE

Bonn: keine schnelle Regelung

HEINZ STÜWE, Bonn

Nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes zu dem Sozialplan-Ansprüchen im Konkurs wird in Bonn nicht mit einer schnellen gesetzlichen Regelung dieser Frage gerechnet. Entsprechende Initiativen der SPD stoßen bei der Regierungskoalition auf Ablehnung. Die Jüngste dieser Art – ein Antrag des Landes Hamburg im Bundesrat – wird in dieser Woche im Rechts-, Arbeits- und Sozialausschuß der Länderkammer behandelt. Sie zielt darauf ab den Arbeitnehmeransprüchen aus Sozialplänen im Konkursfall gesetzlich Vorrang einzuräumen, so daß sie noch vor den Forderungen der öffentlichen Hand befriedigt werden müßten. Einen Gesetzentwurf mit dieser Zielrichtung hatte die SPD-Bundestagsfraktion bereits vor einem Jahr vorgelegt. Damit soll die in früheren Entscheidungen vom Bundesarbeitsgericht befürwortete sogenannte Rangstelle Null vom Sozialplan ab Ansprüchen gesetzlich abgesichert werden. Einen nur auf die Rechtssprechung gestützten Vorrang hatte das Bundesverfassungsgericht am 10. Oktober 1983 für verfassungswidrig erklärt.

Die Koalitionsfraktionen wollen – so sieht es der bisherige Zeitplan vor – zunächst einmal die Empfehlungen der unabhängigen Sachverständigenkommission zur Reform des Insolvenzrechts, die im Juli ihren Bericht vorlegen wird, abwarten und sich danach über ein gemeinsames Vorgehen verständigen. Obwohl die aktuelle Rechtslage überwiegend als unbefriedigend empfunden wird, gehen auch in den Regierungsfraktionen die Meinungen darüber auseinander ob vor der Gesamtreform eine Übergangsregelung für Sozialpläne notwendig ist. Einig ist sich das Regierungslager in der Ablehnung der SPD-Initiative. Die CDU hält eine vorgezogene Vorrangregelung allenfalls dann für denkbar, wenn die Sozialplanansprüche der Höhe nach begrenzt werden. Ein solches Modell wird die Sachverständigenkommission vorschlagen. Danach soll das Sozialplanvolumen der Summe von 1,5 Bruttomonatsverdiensten der ausscheidenden Arbeitnehmer entsprechen. Der so errechnete Betrag soll andererseits einen bestimmten Prozentsatz der freien Masse – gedacht ist an 25 Prozent – nicht übersteigen.

FRANKREICH / Von Dollar-Hausse profitiert

Mehr Auslands-Touristen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Reiseverkehrsbilanz erbrachte 1983 nach den jetzt vorliegenden offiziellen Regierungsangaben einen Devisenüberschuß von 21,5 Mrd. Franc (ca. 7 Mrd. DM) gegenüber erst 12,1 Mrd. Franc 1982. Diese spektakuläre Verbesserung war vor allem auf den verstärkten Besuch ausländischer Touristen zurückzuführen. Deren Devisenausgaben stiegen um 8,3 Mrd. Franc oder um 18 Prozent.

Frankreich profitierte damit noch stärker als andere europäische Ferienländer von der Dollar-Hausse und damit von amerikanischen Gästen. Wegen der zusätzlichen Franc-Abwertung vom März 1983 wurde es preislich aber auch für Touristen aus der EG, insbesondere der Bundesrepublik, interessanter.

Nicht zuletzt aber, so erklärte der Staatssekretär für Tourismus, Roland Carraz, habe sich die sehr aktivierte Auslandswerbung der Regierungsstellen ausgezahlt. Sie soll deshalb in diesem Jahr weiter verstärkt werden, um das Vorjahresergebnis der Tourismusbilanz – das beste seit zehn Jahren – zu „konsolidieren". Das wird allerdings deshalb nicht ganz einfach sein, weil in diesem Jahr wieder mehr Franzosen ins Ausland reisen dürften, nachdem die Verschärfung der Devisenkontingentierung inzwischen aufgehoben wurde.

Infolge der im März 1983 verfügten Begrenzung der Kontingente auf grundsätzlich nur 2000 Franc pro Person und Jahr waren etwa ein Prozent weniger Franzosen als 1982 ins Ausland gereist. Ihre Devisenausgaben verminderten sich um rund 1 Mrd. Franc auf 32,8 Mrd. Franc.

Der starke Ausländerbesuch hatte wesentlich dazu beigetragen, das Defizit der französischen Leistungsbilanz zu vermindern. Gegen Ende letzten Jahres wurde diese Bilanz zum erstenmal seit langer Zeit sogar aktiv. Im 1. Quartal dieses Jahres geriet sie allerdings wieder in die roten Zahlen, was vor allem der verschlechterten Handelsbilanz zuzuschreiben war.

GROSSBRITANNIEN / Immer mehr freie Mitarbeiter

Für Firmen von Vorteil

WILHELM FURLER, London

Firmen, die Heimarbeiter und freie Mitarbeiter einsetzen, schneiden ertragsmäßig im Schnitt deutlich besser ab als jene, die von der Möglichkeit nicht Gebrauch mchen. Im übrigen setzt sich diese Art des Arbeitskräfte-Einsatzes in Großbritannien immer stärker durch. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die vom britischen Arbeitsministerium angefertigt wurde.

Darin heißt es weiter, daß die durch diese Art von Arbeit erzielte Flexibilität selbst ein bedeutender Faktor für die Expansion eines Unternehmens sein kann, oder auch ganz einfach dessen Chancen verbessert, eine Rezessionsphase zu überstehen. Während Heimarbeit noch immer in erheblichem Umfang in der schrumpfenden britischen Textilindustrie anzutreffen sei, greife sie sowie der Einsatz freier Mitarbeiter immer rascher auch auf expandierende Wirtschaftsbereiche über. Das gelte ganz besonders für die Informations-Technologie, aber auch für die Büroarbeit allgemein und sogar für Posten im Management-Bereich.

Den Statistiken des Arbeitsministeriums zufolge arbeiten gegenwärtig knapp 1,7 Millionen Briten als Heimarbeiter oder freie Mitarbeiter. Das sind rund sieben Prozent aller britischen Arbeitskräfte. Ende der sechziger Jahre lag diese Zahl noch bei geschätzten 1,1 Millionen. Zunächst war man davon ausgegangen, daß sich die rund eine Million deutlich verringern würde, da die Bereiche, auf die diese Arbeitsform konzentriert war, schrumpften.

In der Studie wird allerdings auch eingeräumt, daß Bezüge und Sozialleistungen für außenstehende Arbeitskräfte grundsätzlich und zum Teil erheblich unter denen für fest Angestellte liegen. Im übrigen sei nur ein geringer Teil von ihnen gewerkschaftlich organisiert. Gegenüber kurzfristigen Schwankungen im Arbeitskräfte-Bedarf seien sie besonders anfällig, da sie generell als „zweite Arbeitskräfte" angesehen würden.

UMWELTTECHNIK / Anlagenbauer sind gefordert

Lukrative Luftreinhaltung

HEINZ STÜWE, Bonn

Den in der Umwelttechnik engagierten deutschen Anlagenbaufirmen winken gute Geschäfte. Dies gilt vor allem für den gesamten Bereich der Luftreinhaltung. Die Einigung der Umweltministerkonferenz, nun auch für die Stickoxide in den Abgasen von Kohlekraftwerken einen verbindlichen Grenzwert von 200 Milligramm pro Kubikmeter Rauchgas für Kraftwerke über 300 Megawatt vorzuschreiben, versetzte vor allem die Elektrizitätswerke in Aufregung. Sie fühlen sich in der Endphase ihrer Planung für die Kraftwerksentschwefelung gestört. Denn am 30. Juni läuft die Erklärungsfrist im Rahmen der Großfeuerungsanlagenverordnung ab. Für die Industrie geht es nun darum, schnellstens marktfähige Entstickungsanlgen anbieten zu können.

Nach vorsichtigen Branchenschätzungen wird für Maßnahmen der Luftreinhaltung in Zukunft mindestens zwei Mrd. DM aufgewendet werden. K. Arras, in der Geschäftsführung der Frankfurter Ingenieurfirma Lurgi GmbH für den Emissionsschutz zuständig, sieht hier „auf jeden Fall einen wachsenden Markt". Der große Nachrüstungsbedarf bei der Entschwefelung, den die Stromversorger mit 12 bis 15 Mrd. DM bis 1988 angeben, habe sich bisher allerdings kaum in Aufträgen niedergeschlagen. Engineeringfirmen und Anlagenbauer haben derzeit alle Hände voll zu tun, um die eingehenden Anfragen zu bearbeiten. Die eigentlichen Bestellungen werden dann im nächsten Jahr erhofft.

„Wir rechnen mit beträchtlichen Aufträgen," meint Wolfgang Spieker, Vorstandsmitglied der Walther & Cie AG, Köln. Möglichen Kapazitätsengpässen will die Krupp-Tochter, die im letzten Jahr 130 Mill. DM umsetzte, von vornherien vorbeugen: Anlagenbauer in anderen Konzernfirmen warten nur darauf, einspringen zu können.

Mit einer Anlage, die Rauchgase zugleich entschwefelt und entstickt, will Walther, Neuling auf dem Markt, die Großen wie Steimnüler und Babcock das Fürchten lehren. Als wesentlichen Vorteil stellen die Walther-Experten heraus, daß ihr Verfahren abwasserfrei arbeitet und als Sekundärprodukt statt Gips der Stickstoffdünger Ammoniumsulfat anfällt. Überdies: Es handelt sich um eine Eigenentwicklung, während die meisten Entschwefelungsanlagen auf japanischen oder amerikanischen Lizenzen basieren.

In umgekehrter Richtung fließt das Know-how im Bereich der Entstaubung: „Die deutsche Elektrofilter-Technik liegt eindeutig vor der in Japan und den USA," gibt sich Arras sehr selbstbewußt. Chancen eröffnen sich seiner Ansicht nach vor allem im Ausland.

BRITISH LEYLAND / Erster Betriebsgewinn seit 1978

Pkw-Sektor erfolgreich

WILHELM FURLER, London

Der staatliche Automobilhersteller British Leyland hat im vergangenen Jahr zum ersten Mal seit 1978 wieder einen Betriebsgewinn erzielen können. Er erreichte zwar nur bescheidene 4,1 Mill. Pfund (15,6 Mill. DM). Doch gegenüber dem Betriebsverlust vom Vorjahr in Höhe von 125,8 Mill. Pfund (478 Mill. DM) bedeutete das Ergebnis für 1983 eine deutliche Wende zum Beseren. Der Verlust vor Steuern konnte von 222,7 Mill. Pfund 1982 auf 67,1 Mill. Pfund (255 Mill. DM) reduziert werden. 1980 hatte er noch bei knapp 400 Mill. Pfund gelegen.

Das relativ gute Abschneiden geht in erster Linie auf den Personenwagen-Bereich und da insbesondere auf die gestraffte Modellpolitik (Mini-Metro, Maestro) sowie eine erheblich verbesserte Produktivität zurück. Entsprechend konnte der 1982er Betriebsverlust in der Pkw-Herstellung in Höhe von 78 Mill. Pfund in einen Betriebsgewinn von 73 Mill. Pfund verwandelt werden.

Für die privatisierungsreife Nobel-Tochter Jaguar ergibt sich ein Betriebsgewinn in Höhe von 55 Mill. Pfund, 40 Mill. Pfund mehr als im Jahr zuvor. Für Austin Rover, die Grosserien-Autogruppe von British Leyland, verblieb nur ein bescheidener Betriebsgewinn von zwei Mill. Pfund. Unipart, die Ersatzteile Gruppe, erhöhte ihren Betriebsgewinn von 14 auf 17 Mill. Pfund.

KREDITGEWERBE / Großbanken und Sparkassen-Organisationen haben im letzten Jahr Marktanteile verloren

Gewinner waren die Genossenschafts-Institute

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Großbanken und die Gruppe der Sparkassen und Girozentralen haben 1983 Marktanteile verloren, die übrigen privaten Geschäftsbanken haben ihre Position im wesentlichen behauptet, und die genossenschaftliche Bankengruppe sowie die Realkreditinstitute gewannen weiter Marktanteile hinzu. Das sind die wesentlichen Entwicklungslinien im deutschen Kreditgewerbe im letzten Jahr, das für viele Institute das expansionsschwächste nach der Währungsreform war.

Das Geschäftsvolumen aller Kreditinstitute in der Bundesrepublik (ohne Auslandsfilialen) wuchs 1983, wie aus Statistiken der Bundesbank hervorgeht, lediglich um 6,3 Prozent auf 2881 Mrd. DM nach einer Zunahme um 6,4 Prozent im Vorjahr. Die Kredite an Nichtbanken, die wichtigste Bilanzposition, erhöhten sich um 6,5 Prozent auf 1905 Mrd. DM ebenfalls nur relativ wenig. Darin spiegelt die für die erste Phase eines konjunkturellen Aufschwungs typische bessere Finanzierungssituation der Wirtschaft: Höhere Umsatzerlöse und Gewinne verringerten die Abhängigkeit der Unternehmen vom Bankkredit bei der Finanzierung von Investitionen, die überdies erst im Laufe des Jahres anzulaufen begannen.

Das haben vor allem die Großbanken gespürt, zu deren Kundschaft traditionell die großen, am wenigsten auf Bankkredite angewiesenen Unternehmen gehören. Ihr Anteil an den vom gesamten Kreditgewerbe an Nichtbanken gegebenen Kredite, der schon 1982 von 8,8 auf 8,4 Prozent gesunken war, ging 1983 weiter auf 8,3 Prozent zurück. Am Geschäftsvolumen aller Institute waren sie nur noch mit 8,2 Prozent beteiligt nach 8,6 Prozent im Jahr zuvor.

Die übrigen Institute des privaten Kreditgewerbes, also die Regional- und sonstigen Kreditbanken, die Zweigstellen ausländischer Banken und die Privatbankiers haben ihre Marktposition insgesamt behauptet. Einschließlich der Großbanken hielt die in der Bundesbankstatistik als Kreditbanken bezeichnete private Bankengruppe einen Anteil von 21,8 (22,2) Prozent am Geschäftsvolumen und von 21,1 (20,9) Prozent an den Nichtbankenkrediten des gesamten Gewerbes.

Der gleiche abwärts gerichtete Trend wie beim Geschäftsvolumen ist in dieser privatwirtschaftlichen Bankengruppe auch im Einlagengeschäft mit der Nichtbankenkundschaft zu erkennen. Hier sank der Marktanteil von gut 21,4 auf knapp 20,9 Prozent, besonders geprägt durch den mit dem Aktivgeschäft einhergehenden Rückgang des Marktanteils der Großbanken von reichlich 10,6 auf gerade noch zehn Prozent.

Die Gruppe der Sparkassen und Landesbanken hat zwar auch 1983 ihre Position als traditionell stärkste Gruppierung der deutschen Kreditwirtschaft behauptet; aber auch sie mußte einen leichten Terrainverlust hinnehmen. Ihr Anteil am Geschäftsvolumen aller Kreditinstitute ging von gut 38,2 auf knapp 37,9 Prozent zurück, und bei den Krediten ermäßigte sich der Marktanteil von fast 39 auf 38,5 Prozent, was auf die schwächere Kreditexpansion der Landesbanken zurückzuführen ist, während die Sparkassen allein im Kreditgeschäft (22,7 Prozent) noch etwas Boden gewannen. Im Einlagengeschäft hat die öffentlich-rechtliche Gruppe ihre Führungsposition weiter von 42,1 auf 44,1 Prozent ausgebaut; der Sparkassenanteil allein wuchs von fast 36,5 auf 38,3 Prozent.

Gewinner im Wettbewerb war die schon seit Jahren überdurchschnittlich expansive genossenschaftliche Bankengruppe, die mittlerweile fast 16 (Vorjahr 15,6) Prozent beim Geschäftsvolumen und 13,3 (13,2) Prozent bei den Krediten erreicht. Die Impulse kamen hauptsächlich von den Volks- und Raiffeisenbanken, die ihren Marktanteil am Geschäftsvolumen von weniger als 11,4 auf reichliche 11,5 Prozent hochschraubten und bei den Nichtbankenkrediten von 11,4 auf 11,6 Prozent. Ein überdurchschnittliches Gewicht hat die genossenschaftliches „Basis" vor allem im Einlagengeschäft mit 18,7 Prozent Marktanteil.

Der lebhafte Wohnungsbau hat die Marktstellung der Realkreditinstitute weiter gefestigt. Sie vereinten Ende letzten Jahres 14,7 (14,5) Prozent des Geschäftsvolumens und 19,1 (18,9) Prozent aller Nichtbankenkredite auf sich.

DEUTSCHE FACTORING BANK / Umsatzplus

Position weiter ausgebaut

W. WESSENDORF, Bremen

„Die Aufwärtsentwicklung unseres Unternehmens hat sich in diesem Jahr fortgesetzt", betonen die beiden Geschäftsführer der Deutsche Factoring Bank (DFB) in Bremen, Hermann Ehrenberger und Friedrich Wilhelm Höche. Der Gesamtumsatz im ersten Quartal sei um 32 Prozent auf 273 Millionen DM gestiegen. Damit könne 1984 die Milliardengrenze erstmals erreicht werden. Höche: „Wir werden unsere Position als eine der führenden Factoring-Gesellschaften der Bundesrepublik weiter festigen."

Das vergangene Jahr habe im Zeichen kräftiger wirtschaftlicher Erholung gestanden, hieß es zum Geschäftsbericht 1983. So verdoppelte sich das ordentliche Betriebsergebnis auf 2,4 Mill. DM; der Gesamtumsatz kletterte um 11 Prozent auf 932 Mill. DM. Höche: „Das deutlich verbesserte Betriebsergebnis versetzte uns in die Lage, die noch bestehenden Altlasten bis auf einen Spitzenbetrag von rund 600 000 DM zu tilgen."

Trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation im vergangenen Jahr hätten sich die Forderungsausfälle in Grenzen gehalten. Das habe zum einen an der breiten Streuung der Risiken, zum anderen an deren Überwachung gelegen. Neben den üblichen Kreditinformationen beziehe die DFB aus dem Zahlungsverhalten der Debitoren wichtige Bonitätshinweise, die beispielsweise den Kreditversicherern nicht zur Verfügung stünden.

Über 90 Prozent des Debitorenlimits liegen unter 20 000 DM; die Gesamtsumme aller gezeichneten Debitorenlimits beträgt rund 800 Millionen DM. Die DFB hat jetzt rund 120 000 Debitorenkonten in ihrem Bestand. Im Berichtsjahr wurden 62 000 Auskünfte eingeholt, geprüft und daraufhin 51 000 Debitorenlimits gezeichnet. Nach Angaben von Ehrenberger bedienen sich speziell die Möbel- und Textilbranche, die Nahrungsmittelindustrie und der Metallhandel sich des Factoring.

ALLGEMEINE KREDIT / Schadenquote gesunken

Insolvenzgefahr weiter hoch

HARALD POSNY, Düsseldorf

„Die hohe Insolvenzanfälligkeit der deutschen Wirtschaft wird auch angesichts des sich festigenden konjunkturellen Erholungsprozesses fortbestehen." Das stellt die Allgemeine Kreditversicherung (AK) AG, Mainz, in ihrem Geschäftsbericht 1983 fest. Für die Gesellschaft, die als „Allsparten-Kreditversicherer" zu den bedeutendsten Europas zählt, ist es nicht üerraschend, daß das Interesse weiter Teile der Wirtschaft an der Kreditversicherung in den ersten Monaten des laufenden Jahres anhielt.

Neben dem wachsenden Interesse an der Versicherung des Delkredere-Risikos hat sich die bereits im Jahr zuvor eingeleitete Anhebung des Prämienniveaus in Altbestand und Neugeschäft auf das Beitragsvolumen 1983 ausgewirkt. Es erhöhte sich um 22,3 Prozent auf 124,3 Mill. DM. Obwohl die Schadenmeldungen um 11,2 Prozent zunahmen und 1983 dreimal so hoch waren wie 1979, trat eine Entlastung der Gesamtschadenquote von 108,1 auf 58,6 Prozent der verdienten Beiträge ein.

Die inländische Warenkreditversicherung bestritt mit 67 Mill. DM (plus 25,4 Prozent) etwa zwei Drittel des Prämienvolumens . Hier hat sich die Schadenquote gegenüber dem Vorjahr haLbiert. Nach der gesunkenen Schaden- und Kostenquote ist das technische Ergebnis nach Zuführung (Entnahme) von 1,5 (3,9) Mill.DM zur (aus) Schwankungsrückstellung mit 1,4 Mill. DM wieder positiv (1982: 2,2 Mill. DM Verlust). Nach 1,8 Mill. DM Überschuß aus dem allgemeinen Geschäft verblieb ein Jahresüberschuß von 1,3 (0,6) Mill. DM, von denen 350 000 der Großschädenrücklage zugeführt werden. Die Aktionäre, acht deutsche und sechs ausländische Versicherer, erhalten eine auf 12 (8) Prozent erhöhte Dividende. Das Grundkapital wurde auf 20 (15) Mill. DM aufgestockt.

DRESDNER BANK

Gegenanträge angekündigt

dpa/VWD, Frankfurt

Die Gesellschaft für Wertpapierinteressen (GfW), Frankfurt, hat zur Hauptversammlung der Dresdner Bank AG am 25. Mai in Stuttgart Gegenanträge angekündigt. Sie will die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat verweigern, weil der Bilanzabschluß die Sorgfaltsbeachtung ordentlicher, gewissenhafter Bankkaufleute vermissen lasse. Unter anderem beanstandet die GfW, die die Interessen von Kleinaktionären vertritt, vorgenommene Wertberichtigungen und den Erwerb der Mehrheitsbeteiligung an der AG Dresdner Bank (Altbank) sowie die Löschung der Altbank, die am 28. April auf Antrag der GfW vom Landgericht Frankfurt aufgehoben wurde.

Der Vorstand der Dresdner Bank hält die Gegenanträge für unbegründet. Es sei unrealistisch, jeden Wertberichtigungsbedarf ausschließen zu wollen. Die Erhöhung des Anteilsbesitzes an der Altbank habe wesentlich dem Ziel gedient, unabhängig vom Löschungsverfahren allen Spekulationen über einen Mehrheitserwerb Dritter die Grundlage zu entziehen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Neuenahr-Ahrweiler: Pet. Jos. Hub. Brogsitter, Weingut u. Weingroßkellerei, Inh. Paul Brogsitter; **Bad Schwalbach:** Nachl. d. Peter Wrobel, Schlangenbad-Georgenborn; **Braunschweig:** Oskar Holub; Gabriele Holub; **Donauwörth:** Nachl. d. Josef Kapfer, Kraftfahrzeugmechanikermeister, Neuburg/Donau; **Düsseldorf:** Kulturpolitisches Bildungswerk d. Vereins f. d. Deutschtum i. Ausland e.V. (VDA) im Lande Nordrhein-Westfalen; Wanda Rahde, Inh. d. Fa. Hans Rahde; May-Dörrenberg GmbH & Co. KG; **Duisburg:** „Hepa" Wege-, Tief- u. Kabelbau GmbH, Mülheim/Ruhr; **Essen:** Manfred Stein, Malermeister; **Esslingen:** H. Schmid, GmbH, Baltmannsweiler; **Frankfurt/Main:** dep Verwaltungs-GmbH & Co. KG, Brennstoffhandel; Nachl. d. Wanda Liponski geb. Wessolowska; Georg Huppert Tief- u. Straßenbau GmbH & Co. KG; **Kehl:** Klaus Sommer; **Lüdenscheid:** Carl-August Schmale GmbH, Kierspe; **Mainz:** Kröll – Zahntechnik GmbH, Mainz-Gonsenheim; **Mönchengladbach:** Strobdieck Sanitärinstallationen GmbH, Erkelenz; **Nürnberg:** Fa. Hastürk Lebensmittelvertriebs-GmbH; **Schleswig:** Gerda Lilienthal, Kauffrau, Inh. d. Fa. Johannes Lilienthal Bedachung u. Sanitärtechnik; **Tettnang:** Erika Schmidt geb. Straub, Kauffrau, Friedrichshafen.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

	30. 4.	27. 4.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82	82
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	100,5	100,5
F 7½ Bakola Pf 104	100,75G	100,75G
9 dgl. Pf 106	103,85G	103,85G
10 dgl. Pf 108	108,25G	108,25G
7 dgl. KS 132	95,75G	95,75G
8 dgl. KS 155	99,35G	99,35G
9 dgl. KS 169	102,9G	102,9G

Bundesbahn

		30. 4.	27. 4.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,65G	100,65
8¾ dgl. 76	9/84	100,75G	100,8
6 dgl. 78 III	11/84	100	99,95

Festverzinsliche unter Druck

Der steigende Dollar und Prognosen, wonach der Zins in den USA bis zum Jahresschluß noch deutlich steigen wird, haben die Schwächeerscheinungen am deutschen Rentenmarkt deutlicher als bisher zutage treten lassen. Das war besonders dem Pfandbriefmarkt anzumerken. Fünfjährige Papiere werden unter Banken wieder mit Renditen um 8 Prozent gehandelt. Öffentliche Anleihen gaben bis zu 0,30 Prozentpunkte nach. Ähnliche Abschläge wurden auch bei den DM-Auslandsanleihen registriert, für die zur Zeit nur ein begrenztes Interesse vorhanden ist.

	30. 4.	27. 4.
M 5½ Bayer.Haba Pf 14	92,5bG	92,75G
6 dgl. Pf 20	92G	92G
6¼ dgl. Pf 2	95,75bG	96G
7 dgl. Pf 3	95,5bG	95,75bG
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	98G	98bG
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayr. Hypo Pf 33	125G	125G
5½ dgl. Pf 11	131G	131G

	30. 4.	27. 4.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
6 dgl. 14	90,7G	90,7G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf B	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,85G	94,85G
8 dgl. Pf 73	101,55G	101,55G
4 dgl. KO 5	102G	102G

	30. 4.	27. 4.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	100,4bG	100,4bG
D 8 WestLB Pf 350	101,4G	101,4G
6¾ dgl. Pf 403	97,75G	97,75G
9¼ dgl. Pf 1007	106,2G	106,2G
8 dgl. Pf 1015	89,45G	89,45G
7 dgl. KO 556	100,45G	100,45G

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Während Kaffee uneinheitlich bewertet wurde, ging Kakao durchweg fester aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	1. 5.	30. 4.
Mai	353,00	350,50
Juli	339,75	342,00
Sept.	341,25	342,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	1. 5.	30. 4.
St. Lawrence 1 CW	244,19	244,19
Amber Durum	228,95	238,95

Gerste Winnipeg (can. $/t)	1. 5.	30. 4.
Mai	132,40	133,00
Juli	131,40	131,50
Okt.	125,70	125,70

[illegible]

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	1. 5.	30. 4.
Terminkontr. Mai	152,43	152,10
Juli	146,90	147,15
Sept.	144,50	144,80

Kakao New York ($/t)	1. 5.	30. 4.
Terminkontr. Mai	2585	2535
Juli	2598	2544
Sept.	2575	2530
Umsatz	3021	2180

Zucker New York (c/lb)	1. 5.	30. 4.
Kontrakt Nr. 11 Juli	6,32	6,00
Sept.	6,78	6,47
Okt.	7,04	6,90

Zucker London ($/t), Nr. 6	1. 5.	30. 4.
Aug.	172,80–173,00	172,20–172,40
Okt.	184,60–185,00	184,20–184,40
Dez.	191,20–191,60	190,60–190,80
Umsatz	1619	2538

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	1. 5.	30. 4.
schw. Sarawak spez.	geschl.	355,00
weißer Sarawak	geschl.	650,00
weißer Muntok	geschl.	657,00

	1. 5.	30. 4.
yellow max. 10% fr. F.	17,00	17,00
Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	54,47	54,35
Juli	57,50	57,45
Aug.	57,70	57,80
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	65,55	65,75
Juli	66,85	66,20
Aug.	65,35	65,25

Öle, Fette, Tierprodukte

	1. 5.	30. 4.
Sumatra cif	–	940,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	–	233,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippines cif	–	1240,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	–	292,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	1. 5.	30. 4.
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager		
Mai	unerhältlich	geschl.
Juni	unerhältlich	geschl.
Kautschuk London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	72,00–74,00	72,00–74,00
Juni	72,00	72,20–75000
Juli	73,90–74,40	73,50–75,00
Aug.	74,90–75,00	–

Tendenz: ruhig

Erläuterungen – Rohstoffpreise

[illegible]

Westdeutsche Metallnotierungen

[illegible]

NE-Metalle

Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchste und niedrigste Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	30. 4.	27. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	388	392–395
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	426–432	431–436
MS 63	420–425	425–430

Zinn-Preis Penang

[illegible]

Deutsche Alu-Gußlegierungen

[illegible]

Edelmetalle

[illegible]

Internationale Edelmetalle

	1. 5.	30. 4.
	–	100 950
Kasse	639,10	641,95
	652,95	655,40
	667,65	670,25
	697,45	704,45
	278,55	274,40
	112,70	111,45

New Yorker Metallbörse

[illegible]

Londoner Metallbörse

abends Kasse	1042,0–1043,0
3 Monate	1059,0–1059,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1040,0–1042,0
3 Monate	1052,5–1054,0
Zink (£/t) Kasse	561,50–562,50
3 Monate	567,00–567,50
Zinn (£/t) Kasse	9020–9030
3 Monate	9010–9015
Quecksilber ($/Fl.)	308–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	81–84

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Spanisches Immobilienunternehmen

im Besitz von Gebäuden, Luxuswohnungen und -appartements in Palma de Mallorca und Malaga (Spanien), wünscht Verbindung zu deutschen Immobilienmaklern, die auf den Verkauf obiger Objekte spezialisiert sind.

Offerten auf Englisch oder Spanisch an:

URPESA, S.p.A.
c/Antonio Maura, 20 - E-Madrid 14 (Spanien)

BELEUCHTUNGSINDUSTRIE

Wir sind ein seit Jahrzehnten bekannter Hersteller von Leuchtenzubehör, der seine Beziehungen im gesamten Bundesgebiet zu bestehenden und neuen Verbindungen vertiefen will.
Wenn Sie gute Kontakte zur Beleuchtungsindustrie haben und dort oft vor Ort sind, könnten Sie unsere Produkte leicht mit ins Gespräch bringen.
Für unsere problemlosen Erzeugnisse werden Sie sehr wenig Zeit aufbringen müssen, mindestens aber Ihre Kosten für das teure Reisen erheblich mindern.
Sie sind interessiert? Dann sagen Sie uns mit Kurz-Info, wer Sie sind, wen Sie vertreten und welches Gebiet Sie bereisen. Wir melden uns postwendend.
Angeb. erb. u. X 6277 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Achtung! Einmalige Gelegenheit!

Wenn Sie **Handwerksbetriebe, Vereine, Verbände, Ärzte oder Firmen mit eigenem Emblem** besuchen, ha%n wir einen neuen phantastischen Mitnahmeartikel für Sie! Kundenschutz und hohe Provisionen sind selbstverständlich.

Auskunft und Informationsmaterial vom Exklusivlieferanten:
ZEITTER Versand GmbH, Postfach 21 01 50, 8000 München 21
Tel. 0 89 / 7 00 37 37, Telex 5 214 772

Auch Sie wollen Geld und Zeit sparen?

Nutzen Sie, wie schon viele Geschäftsleute, unser z. Zt. in Bonn entstehenden Büro-Service in Form eines modernen Sekretariats zur Abwicklung Ihrer Geschäfte. Wir bieten: ein Full-Service-Büro – Einzelbüros – Telefonbesetzung für Sie – Postservice – Schreibdienst – kalkulierbare Festkosten und vieles mehr. Wir beraten sie gere.

Der Zeit voraus mit Ihrem Bonner Büro-Service
M. Schulze, Postfach 20 05 51, 5300 Bonn 2

Produkte zur Lagerung / Auslieferung gesucht

Dynamisches Unternehmen aus dem Bereich Lebensmittel (Waren u. technische Geräte) mit guten Verbindungen zu Industrie und Gewerbe hat größere klimatisierte Lagerhalle m. Werkstatt u. Büros in Dortmund errichtet. Zur weiteren Auslastung werden noch Produkte zur Lagerung/Auslieferung gesucht. Fachpersonal und Fahrzeuge stehen jederzeit zur Verfügung.
Kontaktaufnahme erbeten an:
ADG, 7068, Werbeberatung Heinz Schulz
Wagenfeldstr. 11 B, 4600 Dortmund 1

Deutsche Baufirma

mit geschulten Fachkräften nimmt Aufträge jeder Größenordnung an, auch Kleinaufträge für Reihenhäuser, Bungalows u. Industriebau, Altbausanierung. Rohbau kostet pro Kubikmeter umbauter Raum inkl. Material 110,– DM, schlüsselfertig zu preisgünstigen Bedingungen.
Tel. Frankfurt am Main
06 11 / 50 15 64

50% mehr UMSATZ

erzielte der weltbeste Verkäufer mit seiner Methode, Kunden zu betreuen. Jeder Betrieb könnte das auch erzielen! Wie? Fragen Sie an bei CADICS, 43 Essen 15, Niederweniger Str. 49, Tel. 02 01 – 48 00 24

Teilhaberschaft

mit evtl. späterer Übernahme eines alteingesessenen Fachbetriebes (Elektroinstallation) im Raum Düsseldorf zum 1. 9. 1984 oder später geboten. Fester Kundenstamm, großzügige Lagerräume, guter Materialbestand. Kontaktaufnahme u. WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Elektromech. mit Elektron.-Erfahrung übernimmt

Service/Reparatur

für den Raum Stuttgart. Werkstatt vorhanden.
Ang. erb. u. N 6291 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Stiller od. tätiger Teilhaber

f. Nachtgeschäft i. Hannover-Zentrum gesucht. Nicht unter DM 15 000,–. Zuschr. u. Z 6324 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 43 Essen.

Handelsagentur

mit internationalen Verbindungen vermittelt kostengünstig technische Produkte (Konsumgüter).
Anfr. bitte an: KC-Handelsagentur, Postf. 1513, D-2110 Buchholz i. d. N.

Innen- und Außenputz

mit deutschen Fachkräften zu preisgünstigen Bedingungen, auch andere Gewerbe, sehr preisgünstig.
Tel. Frankfurt am Main
06 11 / 50 15 64

Spezialist

f. schwierige Kurieraufträge u. andere Problemaufgaben im In- u. Ausland, nur anspruchsv. Einsätze erwünscht, die entspr. professionelles Vorgehen erfordern. Zuschriften unter K 5641 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Großes
Mannequin-Fotomodell-Dressmanstudio

(über 200 m² groß) in NRW, exklusive, moderne Ausstattung und Einrichtung, zentral gelegen, umständehalber von Privat zu verpachten.
Abstandssumme: 30 000,– DM.
Interessenten melden sich bitte unter M 6290 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir lagern Ihre Akten! AKTEN-LAGER-SERVICE ... weil Schriftgutverwaltung Vertrauenssache ist! Tel. 0 40 / - 6 43 67 51, A. L. S. H. Rehder, Berner Heerweg 117a, 2000 Hamburg 72.

Vertriebsprofi gesucht

für Hotel in SO-Asien, Ind. Ozean.
Angeb. erb. u. V 6275 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

LATEINAMERIKA

Exporteur m. ausgezeichneten Länderkenntnissen hat Kapazitäten frei. Vertretung, Abwicklung, Inkasso. Für persönlichen Einsatz demnächst vor Ort. Zuschr. erb. u. PR 47967 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Die Chance für Direktverkäufer

in den PLZ-Gebieten 1–6

Wir bieten:
- geschützte Neuheit für die Warenpräsentation im Schaufenster,
- leichtverkäufliches Spitzenprodukt,
- unbegrenztes Absatzpotential,
- bestechendes Design,
- hoher Verdienst, Verkauf auf eigene Rechnung oder Provisionsbasis.

Wir erwarten
Einsatz, Können, Umsatz

TTS GmbH · 4040 Neuss 21
Tel. 0 21 07 66 10

Suche Aufträge aus Industrie u. Wirtschaft für
mittleren Osten
Bin als Aufkäufer f. arab. Großunternehmen tätig.
Tel. 04 51 / 50 13 92

Beispiel
Niger: In der Provinz Dosso entstehen 200 neue Brunnen. Dorfbewohner graben sie selbst.
Dazu wird einfaches Gerät und Baumaterial benötigt.
Eine Schaufel kostet DM 20.–.
Brot für die Welt
Postscheck Köln 500 500-500

AKF Leasing

Die AKF Gruppe – Bankinstitut und Leasinggesellschaft – ist auf moderne Finanzierungssysteme spezialisiert. Dabei nimmt Leasing eine bevorzugte Stellung ein. Unser Leasing-Geschäft hat hohe Zuwachsraten. Deshalb suchen wir zum nächstmöglichen Termin je einen qualifizierten

Berater

für unsere
Zentrale Wuppertal und unser Büro **Hamburg.**
Erfahrene und erfolgreiche Kenner des Leasingmarktes finden bei uns einen interessanten und entwicklungsfähigen Arbeitsbereich.
Was Sie auf jeden Fall mitbringen müssen sind Überzeugungskraft, Sachlichkeit, betriebswirtschaftliche Kenntnisse, Verhandlungsgeschick im Verkauf von Leistungen und die Fähigkeit, zu überzeugen.

Wenn Sie interessiert sind und die Voraussetzungen erfüllen, dann senden Sie bitte Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen mit Foto und Einkommensvorstellung an die Geschäftsleitung,
z. Hd. Herrn Dipl.- Wirtsch.-Ing. G. Preschel. Er wird kurzfristig mit Ihnen Verbindung aufnehmen.

AKF Kreditbank GmbH & Co AKF Leasing GmbH & Co
5600 Wuppertal 1 (Elberfeld) · Friedrich-Ebert-Straße 90
Postfach 10 03 07 · Telefon (02 02) 39 91 05

Führungspersönlichkeit

42, langj. Geschäftsführer eines mittelständ. Unternehmens, Schwerpunkte: Ein-/Verk., Org., Planung, Werb., Verkaufsförd., sucht entspr. Aufg. in Ind., Handel, Immobilienbranche od. Weingut i. R. Köln / Bonn / Rhein / Mosel / Ahr.
Ausführl. Kontaktaufn. u. Y 6278 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

BERLIN
Private Krankenpflege

übernimmt junger arbeitsloser Arzt.
Zuschriften erb. u. PE 47 957 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Bankkaufmann/ Versicherungskaufmann

sucht für sofort oder später neuen Wirkungskreis. Außendiensterfahrung, spez. Kenntnisse Kreditwesen u. Immobilien.
Zuschr. u. E 6284 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Betriebswirt (grad.)

Sped.-Kfm., 32 J., verh., Ausbildereignung. Mehrjährige Erf. in Organisation/EDV (kein Programmierer). Z. Z. in ungek. Stellung, verantw. f. Organisation, sucht z. 1. 10. 84 neuen Wirkungskreis. Unternehmensber. oder Linienfunktion im Bereich Organisation.
Angeb. erb. u. Z 6213 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Angestellte

40, zuverl., vertrauensw., einsatzfr., verantwortungsv., Führersch., sucht z. 1. 7. gut dot. Position als Alleinkraft (gern m. Publikumsverkehr) od. als Privatsekretärin in Hamburg. Angeb. erb. u. PO 47 965 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 46

Experienced

in international service (fem., early 40s) seeking temporary 2–6 months assignment (also abroad) with multinational or national firm. English & French fluent, German mothertongue. Please contact to P 6270 to WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Suche f. einige Wo. Vertrauensst. gleich w. Art, zeitl. ungeb., 51 J., Angeb. u. R 6271 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Werbefachmann

43, Prakt. f. d. ganze Werbung i. Einzel- u. Versandhandel, kreativ u. kfm., su. neue Aufg. i. Raum Hamburg. Kontaktaufn. erb. u. PB 47955 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Junge exam.
Gymnastiklehrerin

sucht passenden Wirkungskreis zum 1. 8. 1984 oder später. Angeb. u. C 6282 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kunststoff-Ingenieur Extrusionstechniker

mit einschlägiger Berufserfahrung, sucht verantwortungsvolle Aufgabe.
Angeb. u. K 6288 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Der Uhu braucht unsere Hilfe

Infomappe für 3,50 DM (Briefmarken) anfordern!
Aktion zur Wiedereinbürgerung des Uhus
Hertzweg 13
5650 Solingen

STELLENGESUCHE

Marketing-Fachmann Dipl.-Betriebswirt

39 Jahre

17 Jahre Praxis. PM, Verkaufsleiter, Marketing-Manager. Konzern, mittelst. Industrie. Markenartikel, chem.-techn. Produkte, Dienstleistung. Verh., Sprachen, intern. orientiert. Wohnsitz NRW.

Ich suche die Position des Marketingleiters bzw. GF Marketing/Vertrieb in mittl. bis größerem intern. Unternehmen.

Zuschriften unter G 6286 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Materialwirtschaft/Einkauf

37 Jahre, Betriebswirt (VWA), Elektronik-Techniker. Konsequente Sicherstellung der Produktion bei abgestimmtem Kapitaleinsatz sowohl Gestaltung des Materialflusses gehören ebenso zu den Erfahrungen wie kostengünstige Beschaffung und EDV-Kenntnisse. Sehr gute Kenntnisse vom Elektronik-Bauteile-Markt. In ungekündigter Anstellung. Gesucht wird mittel- bis kurzfristige Veränderung in den Großraum Freiburg.

Kontaktaufnahme erbeten unter F 6285 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Alleingeschäftsführer (Praktiker)

einer Filialkette Dienstleistungen Handel, 39 Jahre, äußerst renditeorientiert (2stellige Prozentzahl) und erfolgreich, 9stelliger Jahresumsatz, 800 Mitarbeiter, möchte sich mittelfristig neuen Aufgaben stellen. Gern auch Teilhaber/Nachfolger.

Angebote unter U 6274 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännische Führungskraft

Personal- und Verwaltungsleiter, 33 Jahre, Ausbildung: Speditionskaufmann, Diplom-Betriebswirt. Langjährige Erfahrungen im Personalwesen (Personalverwaltung, -werbung, -planung, -betreuung sowie -einstellung und -entlassung). Gute Kenntnisse auch im Bereich allgemeine Verwaltung (Büroorganisation und -betrieb, einschließlich Sach- und Kraftverkehrsversicherungen, Werbung sowie Einkauf von Waren und Dienstleistungen) möchte sich neuen Aufgaben widmen.

Zuschr. erb. u. T 6273 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Technische Führungskraft

44 Jahre, Maschinenbau-Ing., langjährige Führungspraxis in der Fertigungsorganisation, Industrial Engineering, Produktion und Produktentwicklung, überwiegend metall- und kunststoffverarbeitende Industrie, gute Englisch-Kenntnisse, sucht Position als
Betriebsleiter
oder „rechte Hand der Geschäftsleitung". Norddeutschland bevorz.
Angebote unter B 6281 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt

35 J., techn. Verständnis, außergewöhnliche Allround-
Führungspersönlichkeit
su. Herausforderung als Geschäftsführer oder Leiter einer Niederlassung. Zur Zeit in mittelständischem Unternehmen verantwortlich für Marketing und Vertrieb, Personal, Organisation, Materialwirtschaft, Controlling, EDV.

Zuschr. erb. u. D 6283 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Logistiker

Lager – Versand – Fuhrpark
Anf. 40, sehr belastbar, Praktiker u. flexibel, z. Z. Leitung Importlager mit 9stell. Umsatzzahl, ungekündigt, sucht neue Wirkungsstätte.
Ang. erb. u. T 6295 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Baumaschinenfachmann/ Kaufmann

43 J., mit ca. 20jähriger Vertriebserfahrung (überregionaler Einsatz) mit entsprechenden Verkaufserfolgen, leitende Position, sucht sich entsprechend zu verändern.
Angebote erb. u. Z 6279 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 43 Essen.

Dipl.-Ing.

39 J., langjährige Erfahrung in Einsatz und Anwendung von Prozeßleitsyst. in der Papierindustrie, sucht neuen Wirkungskreis, auch Ausland. Ang. u. S 6272 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmann

37 J., Betriebswirt, langj. Erf. i. Auf-, Ausbau u. Leitung v. Filialunternehmen/Versandhandel – Vertrieb, Organisation, Personal – sucht neue leitende Tätigkeit. Angebote erb. u. PG 47 959 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Dipl.-Kaufmann

Auslandserf., Nah-/Fernost, fl. Engl., Span., Franz., sucht interess. Position im Verkauf/Vertrieb m. Reisetätigkeit od. leit. Position in Auslandsniederlassung. Angeb. erb. u. PM 47 964 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Cheffahrer

Engl. Sprachkenntnisse, langjähr. Fahrpraxis, handwerklich geschickt, auch für Betreuung des Hauses, wohnhaft Nordheide, sucht baldmöglichst sich zu verändern, nicht ortsgebunden. Angeb. unt. A 6280 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bauassessor/-planer

29 J., Dipl.-Ing. (TU), ortsungebunden. **Berufserfahrungen:** Kommunalwissenschaft, Regional- und Bauleitplanung, fundierte Kenntnisse in Bau- und Planungsrecht. **Interessenschwerpunkte:** Interdisziplinäre Tätigkeit (Standortplanung, Entwicklungsplanung, Beratungstätigkeit), **vorzugsweise:** Verband, Kammer, Privatwirtschaft. Angebote unter H 6287 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 43 Essen.

Dipl.-Betriebswirt

Ind.-Kfm., 43 J., verh., mit langj. Praxis aus Ind., Dienstleist. u. Hdl. in den Bereichen Betriebsabr., Organ., allgem. Verw., gute Englischkenntn., sucht verantwortungsv. ausbauf. Position.

Angeb. erb. u. Y 6212 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dolmetscherin

Übersetzerin, perfekt Englisch u. Italienisch, langjährige Auslandserfahrung, alle Sekretariatsarbeiten beherrschend, alleinstehend, ortsungebunden, sucht interessante, ausbaufähige Tätigkeit, evtl. auch als Erzieherin heranwachsender Kinder, Hausdame, Studium der Germanistik, sehr gute Allgemeinbildung, flexibel, Alter 45.
Angeb. erb. u. L 6289 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Handelsbevollmächtigter

Uni Hamburg, Holzwirtschaft, Berufserfahrung als Niederlassungsleiter u. Prokurist namhafter Firmen im In- und Ausland, gute Im- u. Exportkenntnisse, Englisch, Spanisch, Französisch u. Portugiesisch gut, wünscht adäquate Stellung in Investitionsgüterindustrie und Handel, auch Ausland.
Angebote unter P 6292 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmann

44, Dipl.-Volksw., Deutscher, su. neuen Wirkungskreis nach 5jährigem Auslandsaufenthalt in Fernost. Managementerfahrung als Geschäftsführer verschiedener Unternehmen im Handels- und Produktionsbereich. Angebote erb. u. N 6269 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

STELLENANGEBOTE

Unser Geschäftsführer sucht seinen Assistenten!
Sie haben das Zeug und den Willen, in kürzester Zeit den Assistenten abzulegen und als Vertriebsleiter den Deutschlandvertrieb unseres Unternehmens eigenverantwortlich zu übernehmen.
Dazu gehört: Psychologisches Einfühlungsvermögen in den textilen Fachhandel, Ein sicheres Auftreten, Kreativität und Dynamik. Ein Sprachschatz, der sich nicht nur auf die Deutsche Sprache beschränkt. Eine Bewerbung, die zwar die üblichen Unterlagen enthält, ansonsten aber aus dem Rahmen fällt.
EMINENCE ist die deutsche Tochter des französischen Konzerns, der Mode für den ganzen Mann macht. Was aber nicht heißt, daß wir einschlägige Branchenkenntnisse unbedingt voraussetzen.
Unser Geschäftsführer, Herr Miething, steht Ihnen gern vorab telefonisch Rede und Antwort. Tel. 0221/891088. Schriftliche Bewerbung an:

Eminence®
Textilien (Deutschland) GmbH · Rösrather Str. 267 · 5000 Köln 91

AUTOFLUG

Zum Ausbau unseres Bereichs Industrieausrüstung suchen wir einen bereits berufserfahrenen und ideenreichen

Konstrukteur Elektromaschinenbau

Das Aufgabengebiet umfaßt die Produkt- und Weiterentwicklung von elektromechanischen und elektrotechnischen Sicherheits-Systemen von der Konstruktion bis zur Serienreife. Neben einer Ingenieur-Ausbildung der Elektrotechnik wird mindestens 2–3 Jahre Berufserfahrung in den Sparten Elektromechanik und Elektromaschinenbau erwartet; Kenntnisse auf dem Apparatebau wären vorteilhaft.
Interessenten werden gebeten, Ihre Bewerbungsunterlagen mit Lichtbild, Gehaltsvorstellung und Angabe des frühestmöglichen Eintrittstermins an unsere Personalabteilung zu senden.
Autoflug, 2084 Rellingen 2/bei Hamburg
Industriestraße 10, Telefon (041 01) 300-243

Verlag Herrnberger KG
Celle-München-Berlin

Wetten daß...

Sie, als erfolgsgewohnte(r) Anzeigenverkäufer(in) in unserem telefonischen Anzeigenverkauf Ihre bisherigen Erfolge und Einkünfte übertreffen?

Wir bieten:
- erfolgreiche Produkte
- sicheren Arbeitsplatz
- hervorragende Einkünfte

Wir erwarten:
- nachweisbare Verkaufserfolge
- Verhandlungsgeschick
- Einsatzbereitschaft und Teamgeist

Interessiert?
Dann rufen Sie uns an. Sa. u. So. von 10.00 - 16.00 Uhr
Mo. bis Fr. von 9.00 - 18.00 Uhr

Telefon: 02 21/23 86 77
02 21/23 90 52
02 21/23 89 14
02 21/23 88 14

Selbständige Existenz

Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
CPA, Postfach 11 04 41, 6000 Frankfurt 11

näher dran
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
W 3446

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Gunther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Bothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Aktien uneinheitlich

Bei Porsche rollt die Verkaufswelle – Daimler gesucht

DW. – Die schwächere Aktienbörse vom Freitag in New York sowie der weiter steigende Dollar ließen an der Montagbörse am deutschen Aktienmarkt kaum Unternehmungslust aufkommen. Umsatzhemmend wirkte sich außerdem das Fehlen zahlreicher Börsenbesucher aus, die zwischen den beiden Feiertagen einen zusätzlichen Ferientag genommen hatten. Es gab nur geringe Abweichungen nach beiden Seiten. Daimler setzten ihren Wiederanstieg kräftig fort und zogen Mercedes-Aktien mit nach oben.

Bei den inzwischen zugeteilten Porsche-Aktien hat außerbörslich eine Abgabewelle eingesetzt die den Kurs am Wochenbeginn auf knapp über 900 DM zurück warf. Der höchste Kurs der bisher außerbörslich genannt worden war, lag bei 1175 DM. Sehr viele neugebackene Porsche-Aktionäre sind von dem Wunsch beseelt ihre zugeteilten Papiere so rasch wie möglich wieder zu Geld zu machen. Maschinenbauwerte tendierten uneinheitlich, während Dt. Babcock-Stämme deutlich befestigt waren, litten Linde unter Gewinnmitnahmen. Etwas Kaufneigung auch für AEG. Sie wird mit der Bilanzpressekonferenz am kommenden Montag in Verbindung gebracht, von der angeblich Anregungen für den Aktienkurs ausgehen sollen. Von den Stahlaktien wurden Hoesch favorisiert.

Düsseldorf: Fordwerke befestigten sich um 20 DM, Rheag zogen um 5 DM auf 440 DM an und Allianz Leben schlossen mit einem Plus von 120 DM auf 3900 DM ab. Gerresheimer Glas fielen um 1,90 DM, Gildemeister fielen um 1,50 DM auf 69 DM und Keramag ermäßigten sich um 2,50 DM auf 176 DM.

Frankfurt: BMW stiegen um 8 DM auf 398 DM, Daimler um 10,50 DM auf 585 DM. Blaue Quellen fielen um 11 DM auf 287 DM, Riedel stiegen um 19,50 DM auf 429,50 DM, Concordia Chemie erreichte einen neuen Höchststand mit 750 DM (plus 15 DM). Kr. Maffei 1950 DM (minus 50 DM), Kochs Adler 365 DM (minus 15 DM). Agiv stiegen um 12,50 DM auf 315,50 DM.

Hamburg: HEW gingen zu 98 DM plus 0,50 DM und NWK Vz. zu 178 DM unverändert aus dem Markt. Bremer Vulkan kamen auf 64,30 DM plus 1,30 DM. Reichelt begannen mit 133 DM und lagen später bei 134 DM minus 1 DM. Beiersdorf gaben leicht auf 349 DM minus 1 DM nach und Phoenix Gummi blieben mit 141,50 Dm unverändert.

München: Agrob St. fielen um 1 DM auf 284 DM, Gehe AG verminderten sich um 1 DM und Spinnerei Kolbermoor ermäßigten sich um 5 DM auf 745 DM. Dywidag befestigten sich um 2 DM auf 189 DM, Flachglas AG erhöhten sich um 2 DM auf 249 DM und NAK Stoffe stiegen um 1 DM.

Berlin: Rheinmetall erholten sich um 6 DM und Berliner Kindl um 2,50 DM. Kempinski gaben um 5 DM, Berthold um 4,50 DM und Schering um 3 DM nach.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 151,2 (151,2)
WELT-Umsatzindex: 1712 (1850)

Optionshandel

Frankfurt: 30. 4. 84: 383 Optionen = 34 800 (42 900) Aktien, davon 98 Verkaufsoptionen = 5350 Aktien. Kaufoptionen: AEG 7-85/13, 7-95/5,5, 7-100/3,9, 7-110/1,9, 10-100/5,7, 1-100/11,4, BASF 7-160/12,5, 7-170/7, 7-180/3,8, 10-170/9, 10-180/6, 1-170/12,3, 1-180/8,4, Bayer 7-170/8,6, 7-180/2,4, 10-170/14,6, 10-180/8,4, 10-190/4,4, 1-190/6,9, Bay. Hypo 10-280/20,2, BMW 10-410/15, Bay. Vereinsbank 7-350/7,05, Commerzbank 7-180/6,6, 7-190/1,5, 10-180/11,4, 10-190/5,9, 10-200/3,5, 1-180/16, 1-190/8,9, Conti 7-130/8, 7-140/2,8, 7-150/1,4, 10-130/13,6, 10-140/7,1, 10-150/3, Daimler 7-570/16,9, 7-580/12, 10-580/19, 10-590/13, Deutsche Bank 7-380/11, 7-400/7, 10-400/13, Dresdner Bank 7-180/4,6, 7-190/1, 10-180/8,4, 10-190/4,4, 1-190/7,4, Hoechst 7-180/8,5, 7-190/3,9, 10-180/11, 10-190/6,7, Hoesch 7-110/10, 7-120/3,7, 10-120/6, Kloeckner 7-65/3, 10-65/5, MAN 1-170/6,6, Mannesmann 7-150/3,4, 10-150/6,9, 10-160/3,7, 1-160/6,5, Preussag 7-280/9, 10-280/15, Siemens 10-400/18, 10-420/8,4, Thyssen 7-90/2,7, 10-85/8,4, 10-90/4,7, 1-90/6,5, 1-100/4, Varta 7-180/1, Veba 7-180/1,8, 10-180/4,5, 1-170/15,9, 1-180/6,8, VW 7-200/10, 7-210/5, 7-230/3,9, 10-200/19, 10-210/10, 10-220/5,8, 10-230/4, 1-200/26, 1-210/18,8, 1-220/14, 1-230/7, Alcan 10-90/6,4, Chrysler 7-70/4, 7-75/2, 10-60/13, 10-70/6,95, 10-80/3,5, 1-70/8,8, Elf 7-70/14,5, 7-80/5, 10-85/5,4, 1-85/7, Philips 7-45/1,85, Sony 10-45/3,9, Sperry 1-110/10,6. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-90/1,8, 7-95/3,3, 10-90/3, 1-80/1,5, 1-90/5, 1-100/9, BASF 1-160/6,4, BMW 7-380/6,5, 7-390/8, Commerzbank 1-170/3, Conti 10-130/3,4, 1-130/4,5, Deutsche Bank 7-380/6, 10-370/4, Hoechst 1-180/8,7, Kloecker 7-60/2, Mercedes 7-480/4, Mannesmann 10-140/1,5, 1-140/4, Siemens 10-380/4,5, 1-370/5, Thyssen 7-85/3,4, VW 7-190/2,4, 7-200/5,5, 7-210/13,5, 10-200/8,1, 1-190/4,7, Chrysler 10-65/3,4, IBM 7-290/5, 10-280/4,5. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 30. 4.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅝–10¾	5⅛–5⅜	3¼–3½
3 Monate	10⅞–11⅛	5½–5¾	3⅞–3⅞
6 Monate	11¼–11½	5¾–6	3⅞–4⅛
12 Monate	11¾–11⅞	6⅛–6⅜	4⅛–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 30. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1630,00	2006,40
10 US-Dollar (Indian)**)	1260,00	1518,40
5 US-Dollar (Liberty)	460,00	649,80
1 £ Sovereign alt	243,00	299,82
1 £ Sovereign Elizabeth II.	231,00	286,14
20 belgische Franken	180,00	234,84
10 Rubel Tscherwonez	249,00	311,22
2 südafrikanische Rand	232,00	286,14
Krüger Rand, neu	1038,00	1223,22
Maple Leaf	1038,00	1233,22
Platin Noble Man	1070,00	1259,70
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	259,00	322,62
20 schweiz. Franken „Vreneli"	197,00	248,52
20 franz. Franken „Napoléon"	191,00	241,68
100 österr. Kronen (Neuprägung)	957,00	1154,83
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	454,00	557,46
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	143,64

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

30. 4. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,7134	2,7214	2,6812	2,67	2,76
London1)	3,789	3,803	3,767	3,73	3,88
Dublin1)	3,057	3,071	3,012	2,96	3,11
Montreal3)	2,1161	2,1241	2,0933	2,08	2,17
Amsterd.	88,655	88,875	88,685	87,75	89,75
Zürich	121,100	121,300	121,20	119,75	122,50
Brüssel	4,898	4,918	4,834	4,74	4,94
Paris	32,525	32,685	32,045	31,75	33,50
Kopenh.	27,215	27,335	26,955	26,25	28,25
Oslo	35,115	35,235	34,505	34,25	36,00
Stockh.**)	33,960	34,120	33,595	33,00	34,75
Mailand2) **)	1,614	1,634	1,579	1,58	1,68
Wien	14,201	14,241	14,185	14,11	14,33
Madrid**)	1,775	1,785	1,730	1,76	1,88
Lissabon**)	1,975	1,995	1,80	1,65	2,45
Tokio	1,1980	1,2010	–	1,15	1,21
Helsinki	47,070	47,270	45,94	1,16	1,22
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,09	0,33
Athen*) **)	2,5000	2,5540	–	2,20	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4890	2,5080	–	2,43	2,54
Johannesbg.*)	2,1560	2,1750	–	1,89	2,05

Alles in Hundert, 1) 1 Pfund, 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage, *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die Leitwährung US-Dollar zog erneut am 30. 4. Nutzen aus der pessimistischen Einschätzung der Zinsentwicklung in den USA, die sich am Freitag in New York erneut deutlich zeigte. Bei relativ geringen Aktivitäten bewegte sich der Kurs zwischen 2,71 und 2,72. Ohne Beteiligung der Bundesbank wurde die amtliche Notiz mit 2,7174 festgestellt. Der Rückgang der führenden Wirtschaftsindikatoren für März um 1,1 Prozent fiel höher aus als erwartet, vermochte jedoch dem Markt in der 2. Tageshälfte trotzdem keine neuen Impulse zu geben. Der Französische Franc befestigte sich um weitere 2 Pfennige und erreichte mit 32,605 knapp seine derzeitige Parität. Stark befestigt war erneut der Japanische Yen, der um 5,4 Promille auf 1,995 anzog. US-Dollar in: Amsterdam –; Brüssel 55,40; Paris –; Mailand 1681,–; Wien 1910,90; Zürich 2,3421; Ir. Pfund/DM 3,064; Pfund/Dollar 1,3969; Pfund/DM 3,796.

Ostmarkkurs am 30. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Zu Wochenbeginn setzte sich die Dollar-Festigkeit auch am Euro-Markt weiter fort, die Abschläge für Dollar per Termin notierten nochmals erweitert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,28/1,18	3,64/2,54	7,30/7,10
Pfund/Dollar	0,27/0,29	0,78/0,81	1,57/1,61
Pfund/DM	1,70/0,30	3,60/2,20	6,60/5,20
FF/DM	27/11	64/48	129/113

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 30. 4.: Tagesgeld 5,0–5,5 Prozent; Monatsgeld 5,55–5,65 Prozent; Dreimonatsgeld 5,7–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 30. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 30. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,30 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,78. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,40, Rendite 7,65.

Der Maler im Spiegel

P. D. – Die Überschrift war vielversprechend. „Ein künstlerisches Werk, in dem sich unser Neubeginn spiegelt", hatte das „Neue Deutschland" einen Artikel überschrieben, der sich mit einer Ausstellung zum 80. Geburtstag von Hermann Bruse beschäftigt. Drei Spalten und ein Bild räumte die Parteizeitung dieser Würdigung ein. Aber ein richtiges Bild von dem Maler und seiner Zeit entsteht trotzdem nicht.

Man erfährt zwar, daß Bruse zuerst Fabrikarbeiter und bald auch KPD-Mitglied war, daß er in der Nazizeit mit Malverbot belegt und später wegen seiner Mitarbeit in einer kommunistischen Untergrundgruppe zum Tode verurteilt, jedoch durch das Kriegsende gerettet wurde. „Nach dem Kriege setzte er sich nicht nur mit seinen künstlerischen Fähigkeiten für die neue Ordnung ein. Unermüdlich war er an der Seite sowjetischer Kulturoffiziere gesellschaftlich tätig", heißt es weiter. Und dann wird stolz berichtet, welche Werke man erst jüngst wiederentdeckt habe.

Warum es dieser „Wiederentdekkung" bedurfte, verrät das „Neue Deutschland" nicht. Es verschweigt, daß Bruse sich – wie viele andere Künstler – nach 1948 dem Vorwurf des „Formalismus" ausgesetzt sah. „Ein tragischer Fall ist z. B. Hermann Bruse. 1953, kurz vor seinem Tode, veröffentlichte er eine Selbstkritik, in der er sein für uns wichtiges Nachkriegsschaffen – unter dem Druck der Szene – selbst in Frage stellte. Das Leben dieses Kommunisten endete mit einer subjektiv negativen Bilanz", konnte man dazu vor knapp zwei Jahren in der Ostberliner „Bildenden Kunst" lesen. Aber dieser Anfall von Ehrlichkeit und Geschichtstreue wiederholte sich nicht. Längst wird die Wahrheit wieder verdrängt. Wie früher in Beiträgen über John Heartfield, Wilhelm Rudolph, Sella Hasse, Hermann Glöckner und andere tut man auch bei Bruse so, als seien diese Künstler niemals von der Partei und gedemütigt worden.

Die Überschrift im „Neuen Deutschland" ist trotzdem richtig. Nur der Artikel genügt ihr nicht, weil er unterschlägt, daß sich dieser „Neubeginn" durch dogmatische und unkünstlerische Bevormundung auszeichnete, die Künstler wie Bruse in Dilettantismus und Resignation trieb.

Bhagwan und das Grundgesetz: Zur Psychologie der Weltanschauungen

Wenn Meinung Religion wird

Es kann sein, daß ein scheinbar so abstrakter Gegenstand wie die „Psychologie der Weltanschauungen" bei uns schon ziemlich bald zu einem sehr ernsthaften Diskussionsthema wird, wobei dann schließlich wohl das Bundesverfassungsgericht die Frage zu beantworten haben dürfte, was denn überhaupt eine Weltanschauung sei. Das liegt am Artikel 140 des Grundgesetzes, den wir aus der Weimarer Verfassung von 1919 (Art. 137, Abs. 7) übernommen haben. Danach werden „den Religionsgemeinschaften ... die Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen". Diese Gleichstellung hat der Gesetzgeber außerdem in Art. 4 (Abs. 1) vollzogen, der „die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses" für unverletzlich erklärt, sowie in Art. 33 (Abs. 3), demzufolge „niemandem ... aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen" darf.

Es geht im Artikel 137 der Weimarer Verfassung vor allem um den Status von „Körperschaften des öffentlichen Rechtes", der den Vereinigungen auf Antrag zu gewähren ist, „wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten" (Abs. 5), und um die Berechtigung, „auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben" (Abs. 6). Daß sich viele sogenannte „Sekten" und Teile der Psychobewegung ebenso wie die ökologische Bewegung und Gruppen der Alternativen – vielleicht sogar einzelne Richtungen der Frauenbewegung – hier angesprochen fühlen könnten, ist gewiß nicht auszuschließen.

Sofern man ihnen entgegenhalten wollte, daß sie in erster Linie an Aktionen interessiert seien, nicht aber an der Entwicklung der geistigen Strukturen eines Weltbildes, ist mit dem Hinweis auf das soeben erschienene Buch des Mainzer Psychologieprofessors Hellmuth Benesch (Jahrgang 1924) zu rechnen: „Und wenn ich wüßte, daß morgen die Welt unterginge. Zur Psychologie der Weltanschauungen" (Beltz Verlag, 39,80 Mark). Benesch unterscheidet fünf Gruppen von Weltanschauungen, von denen eine ausdrücklich als „die Gruppe der aktionalen Weltanschauungen ... mit dem Zentralwert der verändernden Handlung" bezeichnet wird. Die „ökologischen Weltanschauungen" werden ausdrücklich einbezogen. Im einzelnen zählt der Verfasser zu dieser Gruppe Pazifismus, Radikalismus, Nihilismus und Anarchismus; seltsamerweise allerdings auch den Rationalismus eines Descartes und den Pragmatismus von William James, den er recht eigenwillig auf Macchiavelli zurückzuführen versucht.

Sehr allgemein definiert Benesch Weltanschauungen als „gedankliche Verarbeitungen von dem – und Auseinandersetzungen mit dem –, worauf Menschen als Welt insgesamt bezogen sind." Die „wesentlichen Anforderungen", die an solche Gebilde gestellt würden, seien: „Eine Welterklärung im eigenen Sinn, eine Handlungsstrategie zu eigenem Nutzen, (und) eine Moralvorschrift nach eigener Auffassung.".

Auch das Grimm'sche Wörterbuch von 1955 belegt Verwendungen des Begriffs Weltanschauung „weniger ... als eine bestimmte Weltansicht oder Weltvorstellung als solche, als ... die damit verbundene seelisch-geistige Grundhaltung und Einstellung gegenüber Welt und Leben". Für Benesch gehört deshalb zu einer Weltanschauung „nicht nur ein Wissen, sondern ein Durchdrungensein"; sie muß „den Menschen etwas abverlangen".

Die ersten vier Gruppen von Weltanschauungen teilen sich für ihn „in diejenigen mit dem Selbst oder der Gemeinschaft als oberstem Prinzip (individuale und kommunikale Weltanschauungen), in die zukunftbezogenen Weltanschauungen in innerweltlicher und außerweltlicher Ausprägung (finale und transzendentale Weltanschauungen)".

Da sich die Unterscheidungsmerkmale überschneiden, kann es natürlich zum Beispiel auch kommunale Weltanschauungen mit einer Ausrichtung auf innerweltliche („finale") Ziele geben, die entweder eher den Aktionen zuneigen – wie der revolutionäre Kommunismus – oder mehr der Kontemplation und Kritik, z. B. dem Ersinnen von Utopien. Seinem Ansatz entsprechend müßte Benesch daher eigentlich acht – und nicht bloß fünf Gruppen unterscheiden.

In der Gruppe der transzendentalen Weltanschauungen finden sich die großen Religionsgemeinschaften, denen nach Auskunft der Statistik „der größte Teil der Menschheit" angehört. Demgegenüber wird der Psychologe allerdings „des Verfalls transzendentaler Bedeutungen für viele Menschen" ansichtig sowie einer Tendenz zum „Mischmasch unterschiedlicher weltanschaulicher Einsprengsel" und der Tatsache, daß „in manchen Zeiten (wie der unseren) ... das Elend des hohlen geistigen Wirrwarrs" überwiegt. „Der weltanschauliche Mangelzustand" werde spürbar, meint Benesch.

In diesem Klima nun „rückte die Gruppe der aktionalen Weltanschauungen in den Vordergrund", weil viele gegenüber den Religionen ein „Gefühl der Unergiebigkeit" befällt; „was sie zu sagen haben, wirkt langweilig und uninteressant."

Dem mag tatsächlich so sein, auch wenn sich der Autor leider nur auf seine eigene subjektive Beurteilung der Lage verläßt und in dem ganzen Buch kaum jemals empirische Befunde heranzieht, die es in großer Zahl gerade bezüglich der Einstellung zu den Religionen, aber auch zu anderen Themen gibt. Wenn aber das Grundgesetz (Art. 140) von „Vereinigungen" spricht, „die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen", darf man wohl die sozialpsychologische Tatsache nicht aus dem Blick lassen, daß jede individuelle Weltanschauung dazu tendiert, ihren Halt in einer Gemeinschaft Gleich- oder Ähnlich-Gesinnter zu suchen. Wo es um Wertsetzungen und Sinndeutungen geht, für die es keine objektiven Kriterien gibt, kann zwar der Einzelne von der Richtigkeit seiner Ansicht durchdrungen sein, aber es bedarf zumindest *einer Gruppe*, damit eine für deren Binnenbereich verbindliche „Bestimmungsleistung" zustande kommt und sich in Konkurrenz mit anderen Ansichten bewähren kann.

Schon der junge Jacob Burckhardt – ein typischer Einzelgänger! – hat darin einen Zug der neuen Zeit erblickt. In einem Brief an Gottfried Kinkel, den Mitstreiter von 1849, schreibt er 1844: „Vor Zeiten war ein jeder ein Esel auf seine Faust und ließ die Welt in Frieden; jetzt dagegen hält man sich für 'gebildet', flickt eine 'Weltanschauung' zusammen und predigt auf die Nebenmenschen los." Als Historiker hatte Burckhardt wahrscheinlich unrecht – auch „vor Zeiten" haben die Verkünder von Weltanschauungen um Anhänger geworben und z. B. „Schulen" gegründet –, jedoch macht er uns hellhörig für die öffentlich-rechtlichen Probleme der in Art. 33, Abs. 3 des Grundgesetzes angesprochenen „Zugehörigkeit zu einer Weltanschauung".

PETER R. HOFSTÄTTER



Die Weimarer Republik als Märchenland: Szene aus der Kieler Uraufführung von „W. und die gute Frau" FOTO: JOACHIM THODE

Kiel: Uraufführung einer Oper Siegfried Wagners

Winifreds böser Wolf

In Kiel hatte eine bisher unbekannte Oper Siegfried Wagners ihre Uraufführung. Der als dirigierender und inszenierender Bayreuth-Erbe und als Opernkomponist unabhängig vom Werk seines Vaters erfolgreiche Sohn Richard Wagners hinterließ unter seinen Opernentwürfen einen mit dem Untertitel „Ein Spiel aus unserer Märchenwelt". Das vom Komponisten gedichtete Libretto von 1929 trägt die Überschrift „Das Flüchlein, das jeder mitbekam".

Pikant daran ist, daß der Räuberhauptmann Wolf heißt. Das war der Spitzname eines von Frau Winifred Wagner protegierten Politikers, der zum Leidwesen des Hausherrn ein oft und gern gesehener Gast im Hause Wahnfried in Bayreuth war und bürgerlich Adolf Hitler hieß.

Siegfried Wagner mißfiel der Hitler-Kult seiner Frau. Auch in anderen seiner Opernentwürfe vom Ende der Zwanziger Jahre heißen die Bösewichter Wolf. Als man bei der Feier von Siegfried Wagners 60. Geburtstag in Wahnfried zu Tisch ging, fanden alle Familienmitglieder und alle Gäste ein Exemplar der „Flüchlein"-Dichtung unter ihrem Teller. Auf den „lupus in fabula" hat es die Inszenierung von Peter Pachl am Theater in Kiel abgesehen.

Der älplerisch gewandete Bandenführer Wolf tritt als ordinär schwadronierende Hitler-Karikatur auf. Die Bandenmitglieder, „die edlen Halunken, die in Blut ihre Brötchen tunken", tragen Stahlhelme, und ein aufs Hakenkreuz anspielendes Emblem beherrscht die Szene im Räuberhaus. Wolf und seine Sado-Kumpanen vergewaltigen die Königstochter Maleen als „Braut für alle". Der Königssohn Wehrhold besiegt und verhaftet die Räuberbande und befreit seine Maleen mit Hilfe der „Guten Frau", einer alles zum Besseren wendenden Märchenfee.

So heißt die Oper in Kiel „W. und die gute Frau". Bei Siegfried Wagner blieb die Musik nur skizziert. Zu hören war die von Hans Peter Mohr kundig instrumentierte Fassung, die den musikalischen Entwurf für die Bühne praktikabel macht. Vorausgesetzt, daß das, was bei der musikalischen Einrichtung herauskam, wirklich dem Stil Siegfried Wagners entspricht, ist zu konstatieren: Dieses langatmig erzählte Musikmärchen ist ein edler Langweiler in drei Akten.

Die lyrisch-feinsinnige Musik bewegt sich zu wenig charakteristisch im Dur-Moll-Tonfall – eine Musik, die nicht lügt und sich nicht übernimmt. Doch sie verlockt auch nicht zum Wiederhören. Bezeichnenderweise schärft sie sich relativ spannend in der Räuber-Episode. Der „Wolf" inspirierte den Nazi-Gegner Siegfried Wagner immerhin dazu, schärfere Töne anzuschlagen, aber das genügt nicht. Der Sieg des Guten über die Extremisten vollzieht sich musikalisch allzu indifferent, er müßte ganz einfach besser komponiert sein, um uns beteiligen zu können.

Vielfach im bevorzugten Dreiertakt schwingt sich die Musik sanft dem friedlichen Happy-End entgegen. Der Dichter-Komponist hat die verschiedensten Märchenmotive zu dieser ziemlich langstieligen Angelegenheit verwoben. Das „Tapfere Schneiderlein als Graf Erpelmann" ist ein Aufschneider, der eine rote Fahne hißt. Ist er ein „sozialistisches" Pendant zum Bandenführer Wolf? Ist die Märchenoper eine Polit-Parabel, ein Lehrstück von der Hoffnung auf den Sieg des guten Geistes in der Weimarer Republik?

Die Regie macht solche Züge sehr deutlich. Daß der unmißverständlich als junger Neo-Hitler kenntliche Wolf-Darsteller (Hans Georg Ahrens) auch im bellenden Jargon des Diktators phonetisch zu karikieren hatte, war allerdings wohl unnötig.

Der Dirigent Klaus Weise hätte viel mehr Tempi raffen und straffen sollen, um für Siegfried Wagner zu plädieren. In den Hauptpartien überzeugten vor allem Marilyn Found (Maleen), Erika Detmer (die Gute Frau), schließlich auch Dieter Podszus (Wehrhold) und nicht zuletzt Edgar Schäfer (Graf Erpelmann).

Die Aufführung, bei der Siegfried Wagners Tochter Friedelind anwesend war, ist flankiert von einer sehenswerten Ausstellung, in der Siegfried Wagner auch mit Gemälden und Zeichnungen als bildender Künstler kennenzulernen ist.

GEORG BORCHARDT

JOURNAL

Größte Ruinenstadt in Peru entdeckt

dpa, Lima

Die Ruinen einer bisher unbekannten Stadt sind bei Bauarbeiten im Norden Perus, rund 750 Kilometer von Lima entfernt, entdeckt worden. In der Stadt haben nach Schätzungen von Archäologen bis zur Ankunft der Spanier um 1531 rund 200 000 Menschen gelebt. Die Stadt umfaßte vermutlich rund 20 Quadratkilometer. Sie wäre damit größer als die benachbarte Ruinenstätte von Chan-Chan, die bisher als größte Lehmziegelstadt der Welt galt. Im Zentrum der jetzt am linken Ufer des Flusses Chancay entdeckten Stadt stehen die sandbedeckten Reste von zwei riesigen Pyramiden aus Lehmziegeln. Die Stadt entstand in der Spätzeit der Mochica-Kultur um das Jahr 1000 unserer Zeitrechnung und blühte auch nach der Eroberung durch die Inkas bis zur Ankunft der Spanier.

André Previn wird Guilini-Nachfolger

dpa, Los Angeles

Der Dirigent André Previn ist zum neuen musikalischen Direktor des Los Angeles Philharmonic Orchestra berufen worden. Der Musiker wird sein neues Amt im Januar 1986 antreten. Previn leitete zuletzt das Orchester von Pittsburgh. Der bisherige LAPO-Chef Carlo Maria Guilini war zu Beginn dieser Saison zurückgetreten.

Krach um Ljubimow beim Maggio musicale

AFP, Florenz

Ein Gewitter ist über dem „Maggio musicale Fiorentino" aufgezogen, nachdem drei Künstler des Eröffnungsabends aus Protest gegen den Regisseur Juri Ljubimow abgesagt haben. Der Dirigent Bruno Bartoletti, der Bariton Piero Cappuccilli und die Sporanistin Edita Gruberova, die für die Aufführung von Verdis „Rigoletto" verpflichtet worden waren, kündigten dem Regisseur wegen ihrer Ansicht nach unzumutbarer Regieanweisungen die Mitarbeit auf. Für die beiden Sänger springen nun Antonio Salvadori und Jenny Drivala ein. Anstelle von Bartoletti dirigiert Hans Graf.

Paris mit deutsch-französischem Festival

dpa, Paris

Bei einem deutsch-französischen Festival, das vom 8. Mai bis zum 10. Juni in Paris stattfindet, sollen neue oder wenig bekannte Werke der Musik und bildenden Kunst vorgestellt werden. Georges Bizets „Te Deum" mit 500 Mitwirkenden erklingt zur Eröffnung in der Madelaine-Kirche. An den mit Hilfe des deutsch-französischen Jugendwerks veranstalteten acht Konzerten beteiligen sich das deutsch-französische Symphonie-Orchester und der Chor „A Cœur Joie". Zehn deutsche Maler und Bildhauer stellen in der Galerie „Peinture Fraiche" aus.

Ionesco tritt als Schauspieler auf

dpa, Rom

Der Dramatiker Eugène Ionesco tritt im Sommer beim Spoleto-Festival als Schauspieler auf. Neben anderen französischen Schriftstellern wie Nathalie Sarraute und Alain Robbe-Grillet spielt der Vertreter des „absurden Theaters" eine Rolle in dem Stück „Freshwater" von Virginia Woolf. Die Inszenierung in französischer Sprache soll einer der Höhepunkte beim „Festival zweier Welten" in Spoleto werden, das in diesem Jahr vom 28. Juni bis zum 15. Juli stattfindet.

Wien: A. P. Schmidts „Fleischbank" uraufgeführt

Seid lieb zum Metzger!

In einer ernsten Abrechnung der so maßgebenden als maßvollen Kritikerin der Wiener „Presse", Katrin Kathrein, mit der Spiel- und Planlosigkeit der österreichischen Bühnen ist nur dem Burgtheater der Vorwurf erspart geblieben, es wisse nicht zwischen Hörspieltexten und Theaterstücken zu unterscheiden. Das konnte die Burg aber nicht auf sich sitzen lassen, sie trat also mit dem soeben im Akademietheater uraufgeführten Stück „Die Fleischbank" des Grazers Alfred Paul Schmidt den Gegenbeweis an.

Zugleich nutzte sie die Möglichkeit, endlich einmal einen Dialekt auf ihre Bühne zu bringen, der nicht überhöht ist wie der eines Horvath oder Schönherr, sondern genau dem entspricht, was eine Volksbühne zu bieten hat. Alfred Paul Schmidt, Verfasser mehrerer Romane wie „Affentheater" und „doppelte Totgeburt", bekam seine Chance möglicherweise deshalb, weil er einmal Dramaturg an der Burg war. Und er bekam einen erstklassigen Darsteller für die fast monologische Rolle des Fleischermeisters in Rudolf Buzolich, dem es oblag, dem Zuschauer einen Doppelmord mit der Fleischerhacke psychologisch verständlich zu machen.

Der im Grunde gutmütige Fleischer fühlt sich vom Unglück verfolgt, von seiner Umgebung durch Mißachtung gedemütigt, um jede „Selbstverwirklichung" betrogen. Erst als er den ersten Mord begangen hat, sieht er sich bestätigt. Er sagt von dem Toten: „Was der jetzt weniger hat, das habe ich mehr", muß aber dann erkennen, daß seine Umgebung, die natürlich nichts von seiner befreienden Untat weiß, ihm auch jetzt noch keineswegs die erwartete Achtung entgegenbringt und ihm auch keinen Mord zutraut, so daß er sich gehalten fühlt, nun vor des Polizeikommissars Augen, gleichsam als Befähigungsnachweis, einen zweiten Mord zu verüben. Widerstandslos läßt er sich verhaften und sieht der Verurteilung zu „Lebenslänglich" mit den merkwürdigen Worten entgegen: „Jetzt waaß i a Leben lang, was i z'tun hab, jetzt bi i daheim. Der Mensch muß a Ziel im Lebn ham. I hab mei Ziel erreicht ..."

Mit dieser tiefen psychologischen Einsicht glaubt das Burgtheater seine Besucher erhellen zu sollen. Wie nicht anders zu erwarten, ist „die Gesellschaft" an den Morden schuld, sie war nicht lieb genug zu dem Fleischer. Und überdies könnte, so meint der Autor im Programmheft, die Aufklärung solcher Fälle als ein Teil der Friedensforschung angesehen werden.

Was soll's? Es wäre gar nicht schwer, sich noch mit andern Einwänden lustig zu machen, doch tut das dem Liebhaber des Burgtheaters gar nicht wohl. Viel lieber würde man der anfangs angeführten Kritikerin in die Parade fahren, jedoch, wie Nestroy sagt, „die Verhältnisse, sie sind nicht so." Der Schlußapplaus, bei dem sich alsbald der Autor und der im Rahmen des Gegebenen durchaus lobenswerte Regisseur Peter M. Preissler zeigten, war auch nicht „so".

ERIK G. WICKENBURG

Giuseppe Verdis „Aida" an der Wiener Staatsoper

Lorin Maazels Waterloo

Nachdem Lorin Maazel – zögernd und viel zu spät – seinen vorzeitigen Rücktritt mit Ende dieser Saison bekanntgegeben hatte, wartete nun alles gespannt auf seine letzte Premiere. Sollte es ihm – nach dem Motto „Rache ist Blutwurst" – mit Verdis „Aida" doch noch gelingen, die Wiener zu Jubelstürmen hinzureißen, seinen Abgang zu glorifizieren? Sollte er es doch noch zuwege bringen, das „Ritorna vincitor" Aidas in ein „Parto vincitor" für sich umzumünzen?

Es gelang ihm nicht. Im Gegenteil: Verdis „Aida" in der geradezu peinlich unbeholfenen Inszenierung des Regie-Debütanten Nicolas Joël, in scheußlichen Kolossal-Bühnenbauten von Carlo Tommasi wurde zu Maazels Waterloo. Maazel ist hilflos untergegangen, gescheitert an seinem eigenen schlechten szenischen Geschmack, an seiner Hilflosigkeit in Besetzungsfragen, in Management-Angelegenheiten.

Die Schwachsinnigkeiten dieses „Aida"-Arrangements nachzuerzählen, verbieten fast Anstand und Nächstenliebe. Opas Steh- und Schreittheater feierte fröhliche Urständ, die Massenszenen im Triumphakt wirkten wackelig und pover, jeder Auftritt der Protagonisten geriet lächerlich und hilflos, Chorabgänge begannen bereits mitten in wichtigen Ensembles, um eine leergefegte Bühne bei letztem Akkord zu gewährleisten – kurz: Anfängertheater machte sich an allen Ecken und Enden breit.





Die Sänger retten nichts: Maria Chiara als Aida in Wien FOTO: VOTAVA

Aida sank in ihrer Verzweiflung ständig an irgendeiner Mauer in sich zusammen und rang die Hände, Amneris lief dafür wie ein aufgescheuchtes Huhn permanent über die Bühne, Radames wiederum stand wie ein Fels in der Brandung und rührte sich kaum vom Fleck, Oberpriester marschierten in seltsam verschlungenen Pfaden vor sich her, im Ballett (Ray Barra) gab's Slapstick-Einlagen (Eunuch macht Jagd auf leichtbekleidete Tänzerinnen), und am Ende wurde das Liebespaar mit Hilfe eines blauen Vorhangs, der sich von der Seite weich über die ganze Bühne schob, eingemauert. „Aha, das Hungertuch", unkte einer – ich hielt es eher für den Mantel des Vergessens, den man gnädig über dieses Fiasko breitete.

Den ganzen aufgestauten Unmut des teils kichernden, teils stöhnenden Publikums bekam natürlich Lorin Maazel zu spüren, der als Direktor für das Engagement des jungen französischen Nicht-Regisseurs verantwortlich zeichnet. Sichtlich getroffen und irritiert von dem gnadenlosen Gebuhe, das ihn ab seinem zweiten Auftreten empfing, fand Maazel auch als Dirigent nicht zu seiner gewohnten Form, zerdehnte Verdis Kantilenen bis zur Spannungslosigkeit, um gleich darauf wieder verhetzte Tempi anzuschlagen, spürte dem schillernden Nil-Impressionismus Verdis zuwenig nach, ließ es sogar am bombastisch-mitreißenden Triumph-Marsch-Elan fehlen. Dem rüden Gebuhe am Schluß antwortete Maazel mit unschönen, eindeutigen Gesten ins Publikum. Wer vor dem Vorhang, selbst in schwieriger Situation, so die Nerven verliert, besitzt wohl auch beim Dirigieren nicht mehr die nötige Ruhe.

Mißgriffe auch bei der Besetzung: Neben dem prachtvollen, in Hochform singenden Luciano Pavarotti, der gleich mit seiner ersten Arie das Publikum zu nicht enden wollenden Ovationen hinriß und die Begeisterung bis zu seinem allerletzten Belcanto-Ton zu schüren wußte, wirkte Maria Chiara, eine brave Aida für alle Tage, allzu glanzlos und bieder, erlitt Victoria Vergara als Amneris ein stimmliches Desaster sondergleichen, hielten sich Bernd Weikl (Amonasro), Konstantin Sfiris (König) und John-Paul Bogart (Ramphis) immerhin wacker. Aber ein Gala-Abend, wie von Maazel bei Amtsantritt versprochen, war's halt – trotz des grandiosen Pavarotti – wieder nicht.

ANDREA SEEBOHM

THEATERKALENDER

3. **Frankfurt**, Städt. Bühnen; Genet: Die Wände (R: Mouchtar-Samorai)
4. **München**, Residenztheater; Enquist: Aus dem Leben der Regenwürmer (DE) (R: Bergman)
   Recklinghausen, Ruhrfestspiele; Brecht: Die Tage der Commune (R: Lichtenstein)
5. **Zürich**, Schauspielhaus; Pirandello: Sechs Personen suchen einen Autor (R: Düggelin)
8. **Basel**, Komödie; Kohout: Das große Ahornbaumspiel (U) (nach Eliade) (R: Quetes)
   Berlin, Theatertreffen (bis 26. Mai)
   Mannheim, Schiller-Tage (bis 13. Mai)
10. **Bochum**, Schauspielhaus; N. Williams: Gut gebaute Jungs (DE) (R: Jensen)
13. **Hamburg**, Deutsches Schauspielhaus; Hölderlin: Empedokles (R: Steckel)
   Wuppertal, Bühnen; Bausch: Tanzabend II (U)
16. **Hamburg**, Deutsches Schauspielhaus; Werfel: Troerinnen des Euripides (R: Wendt)
18. **Mülheim an der Ruhr**, Theatertage (bis 30. Mai)
19. **Wien**, Burgtheater; Grillparzer: Das goldende Vließ (R: Klingenberg)
20. **Oberammergau**, Jubiläumspassionsspiele (bis 30. Sept.)
24. **Darmstadt**, Staatstheater; Jürg Amann: Büchners Lenz (U) (R: Hoch)
25. **Berlin**, Schloßpark-Theater; Goethe: Clavigo (R: Jeker)
   Nürnberg, Kulturzirkus (bis 3. Juni)
26. **Hamburg**, Thalia Theater; Shakespeare: Macbeth (R: Wedel)
   Köln, Bühnen der Stadt; Pohl: Das alte Land (DE) (R: Flimm)
29. **Wuppertal**, Schauspielhaus; Kleist: Die Familie Schorffenstein (R: Reible)
30. **Bochum**, Schauspielhaus; Schiller: Die Räuber (R: Kirchner)

Ein russischer Guru aus der Belle Époque: Peter Brooks Film „Gurdjeff"

Im Sand des Truppenübungsplatzes

Der englische Theater- und Filmregisseur Peter Brook hat selbst immer wieder versucht, andere Kulturen, andere Ansätze der Welt- und Ich-Erfahrung für seine Kunst und sein Daseinsverständnis nutzbar zu machen. Der europäische Dualismus, die Trennung von Subjekt und Objekt, schien und scheint ihm eine Sackgasse zu sein. Das bekannteste Projekt Brooks in dieser Richtung ist wohl seine „Theatersafari" durch Afrika geworden: Der Versuch, nicht nur formal Europas Bühnenkunst zu bereichern, sondern die produktiven Kräfte ganz unterschiedlichen Erlebens beiderseits nutzbar zu machen.

Sein Film „Gurdjeff, Begegnungen mit bemerkenswerten Menschen", der erst jetzt, fünf Jahre nach seiner Uraufführung, in die deutschen Kinos kommt, folgt im Grunde dem gleichen Anliegen, ja, er hat einen solchen Adaptionsversuch geradezu thematisiert. Brook bedient sich dazu einer Guru-Figur der Großvätergeneration, des Russen Gurdjeff, der Ende des vorigen Jahrhunderts vom Kaukasus aufbrach, um auf einer zwanzigjährigen Wanderschaft, bald gefolgt von einer beträchtlichen Jüngerschaft, den Sinnfragen des Lebens auf eine neue, meditativ-mystische Weise nachzuspüren.

Brooks Film beschränkt sich auf die Jugend und die Wanderjahre besagten Gurdjeffs. Und da Brook sich zunächst weitgehend einer einprägsamen Bildersprache bedient – der Film ist in der wilden, kargen und doch oft vitalen Landschaft Afghanistans vor der sowjetischen Invasion gedreht –, gelingt ihm in den ersten zwei Dritteln des Streifens auch die aufrührende Vermittlung einer archaischen Welt, in der die Dinge ganz und gar nicht nach den geläufigen Prinzipien einer kausalen teleologischen Vernunft geregelt sind.

In der Vorstellung des jungen Gurdjeff, der sich auf eine Zukunft als Priester, Arzt, Soldat und Philosoph gleichzeitig vorzubereiten scheint, verdichten sich die Erlebnisse zu einer quälenden Frage: Sind Religion und Wissenschaft in ihrer grundsätzlichen Trennung zwei einander widerlegende Weisen der Auseinandersetzung mit der Welt oder ist mit dieser Trennung auch die Wahrheit verloren gegangen?

Das, wie gesagt, wird ganz untheoretisch „erörtert". Ein Musiker-Wettstreit im kargen Hochgebirge zum Beispiel. Klänge von ganz „unkultivierter" Schönheit; ihr Widerhall nicht nur als Echo von den gewaltigen Bergen, sondern auch in den alten zerfurchten Gesichtern von Männern, die ein tiefes, nie ausgesprochenes Einverständnis verbindet, eine Art Wissen, das in der Musik aufscheint und das vor jeder Reflektion da ist – unzweifelhaft und sicher.

Oder auch Grenzerfahrungen eines unbedenklichen Knabenlebens: Um ein Duell auszutragen, graben sich Gurdjeff und sein Kontrahent auf einem Truppenübungsplatz ein, auf dem ein Kanonen-Zielschießen veranstaltet wird. Die Vorstellung, was wäre, wenn man nicht mehr da ist, gibt dem schrecklichen Bombardement einen makabren Sinn.

So weit, so gut. Aber der Film begnügt sich natürlich nicht mit der Vermittlung solcher Erfahrungen, die sinnvolle Fragen aufwerfen. Er endet in einer Art Sektierertum, das wieder die üblichen unverdauten Brocken fernöstlicher Balance-Mystik ausspielt. Spätestens da haben die eidgenössischen Jung-Gurus ihren Großvater eingeholt. Man übt sich in mystischer Gymnastik, gedankenschwer überhöht und kommt dem Gleichgewicht der widerstrebenden Kräfte des Daseins näher. Gut gemeint ist eben auch für Könner wie Brook das Gegenteil von Kunst.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Liverpool 8 läßt Blumen sprechen

Von FRITZ WIRTH

Vor drei Jahren erschien Mr. Heseltine mit einem Güterzug schöner Versprechen. Heute nun kommt die Queen mit einem Rolls Royce blütenschöner Träume." Der Kommentar kommt aus Liverpool 8.

Liverpool 8 ist das harte, illusionslose, mit den Wunden sozialen Verfalls tätowierte England. In Liverpool 8 ist die Arbeitslosigkeit, Verbrechensrate und die Scheidungsziffer höher als in jedem anderen Teil dieses Landes. Liverpool 8 ist die arme, zynische, resignierende Schattenwelt zwischen dem dahingeschwundenen Empireglanz und der britischen Wohlstandsflucht in den Süden.

Vor drei Jahren machte Liverpool 8 Schlagzeilen, als Toxteth in Flammen stand; als Zorn, Armut und auch verdeckte Kriminalität Signale des Protestes setzten. 500 Polizisten wurden bei diesem Aufstand verletzt.

Heute setzt dieses gleiche Liverpool 8 neue, verblüffende und fast anachronistische Signale. Die Königin ist in die Stadt gekommen und eröffnet die erste internationale Gartenschau auf britischem Boden. Es ist die größte „Schau" des Landes seit dem „Festival of Britain" im Jahre 1951.

Zwischen beiden Ereignissen, der Explosion der Gewalt des Jahres 1981 und der Explosion der Blüten im verlassenen und verfallenen Hafen dieser Stadt im Jahre 1984, gibt es einen direkten Zusammenhang. Damals erschien Umweltminister Heseltine in der Stadt, war betroffen von der blatternarbigen Häßlichkeit ihres Antlitzes und der verzweifelten Hoffnungslosigkeit ihrer Bürger und ordnete die größte und schnellste Kosmetik-Operation an, die in diesem Jahrhundert je einer britischen Stadt zuteil wurde. Er ließ eine Viertelmillion Bäume pflanzen und gab ihr den Zuschlag für die internationale Gartenbauausstellung des Jahres 1984. Idee, Ausmaß und Konzept ließ er aus Deutschland importieren.

Von heute an ist das Ergebnis zu besichtigen. Wer nur nach Liverpool kommt, diese Schau zu besichtigen, kann nur staunen. Hier wurde in der Tat innerhalb von zweieinhalb Jahren ein gartenbautechnisches Wunder vollbracht. Denn im Jahre 1981 war dieses Stück Land noch die Müllhalde einer verwesenden Stadt. Heute ist es ein hügeliger Park, ein Blütenmeer, Freizeitinsel und Kirmes zugleich.

19 Länder haben Gärten eingerichtet, unter ihnen die Volksrepublik China, Japan, die Bundesrepublik Deutschland und – mit einem Sondergarten – die Stadt Köln, die Liverpool als „Partnerstadt" verbunden ist. Im Zentrum liegt eine riesige Ausstellungshalle, dazu ein künstlicher See, der in seinen Anfangstagen auf wundersame Weise sprudelte, weil das Gas, das sich in dieser einstigen Müllhalde gebildet hatte, nach oben drang. Und durch diese Szenerie schlängelt sich auf 3,5 Kilometer Schienen eine Dampfeisenbahn.

Die Bauherren dieses Gartenbau-Wunders sind zu Recht stolz. „Auf dem Kontinent brauchte man bisher für eine Gartenschau rund fünf Jahre Vorbereitungszeit. Wir schafften es in zweieinhalb Jahren", sagt Bauherr Leslie Young und weist mit besonderer Genugtuung auf ein noch größeres britisches Wunder hin: „Wir haben in dieser Zeit nicht einen einzigen Tag durch Streiks verloren." Young glaubt, daß Liverpool, die Stadt, aus der seit Jahrzehnten die Begüterten flüchten, zum Zielpunkt der europäischen Reisesaison wird. Michael Heseltine, der inzwischen nicht mehr für den Umweltschutz sondern für die britische Verteidigung zuständig ist, nennt die Gartenschau „eine erregende Verjüngungskur einer großen und alten Stadt". „Dieses Ereignis ist für alle Bürger, die bisher glaubten, daß dies eine sterbende Stadt sei, eine ungeheure moralische Aufrüstung", glaubt Trevor Jones, der in den Tagen des Toxteth-Aufstandes den Stadtrat leitete.

Nicht alle sehen das so in Liverpool 8. Sie weisen auf die 92 000 Arbeitslosen hin, die heute in dieser Stadt leben und sagen: „Wir brauchen Jobs und keine Blumen. Was hier getan wurde ist irrelevant für die Probleme und die Zukunft dieser Stadt." Zu diesen Kritikern gehört der Bischof von Liverpool, David Sheppard, dessen anglikanische Kathedrale wuchtig und anachronistisch pompös aus den Slums von Liverpool 8 herausragt. Er sieht, wie sich in diesem Lande eine Kluft zwischen dem armen und dem „komfortablen" Britannien auftut, und er ist sicher, daß diese Kluft mit anderen Mitteln überbrückt werden muß als mit Blumen und einer Viertelmillion frisch gepflanzten Bäumen.

20 Millionen Pfund hat die Schau der Blumen gekostet, die bis zum Oktober dieses Jahres die häßliche, verfallene Fassade von Toxteth verdecken wird. Für ein halbes Jahr ein wunderschöner Vorgarten zu einem Armenhaus, ein Potemkin an der See.

Denn in Wahrheit ist dieses Liverpool schon seit langem am Rande des Ruins. Der Stadtrat hat dafür gesorgt. Seit zwei Jahren wird Liverpool von der Labour Party regiert, doch das Sagen haben sieben radikale marxistische Stadträte unter Führung von Derek Hatton, der ausgezogen ist, in Liverpool den „Todeskampf des Kapitalismus" im Schatten der Gartenschau vorzuführen. Er führt seine Stadt vorsätzlich in den Konkurs, indem er das Budget absichtlich mit Sozialausgaben überzieht. Bis zur Stunde wurde er auf diesem Wege zum völligen Zusammenbruch nur durch eine Handvoll gemäßigter Labour-Politiker gestoppt.

Es ist sicher, daß er diese Hürde noch in dieser Woche überwinden kann. Denn einen Tag, nachdem die Queen die Gartenschau eröffnete, wird in Liverpool ein neuer Stadtrat gewählt. Hatton erwartet dabei so viele neue Wählerstimmen, daß er endgültig grünes Licht für seinen angestrebten endgültigen Stadt-Bankrott erhält.

Das würde bedeuten, daß Liverpool in Kürze kein Geld mehr hat, seine Lehrer zu bezahlen und die Altenheime zu versorgen. Hintergrund einer schönen Schau der Blumen und der Illusionen. Spätestens am 14. Oktober, wenn diese Pracht verwelkt ist, werden auch die schönen Illusionen vor der Haustür von Liverpool 8 dahingeschwunden sein. Für die rauhe, kalte Wirklichkeit dieser Stadt gibt es keine Fluchtwege.

Kasino-Räuber halfen dem Glück nach

dpa, Venedig

Die italienische Polizei setzte gestern in Venedig ihre Suche nach den Räubern fort, die am Vortag aus einem Spielkasino umgerechnet 2,75 Millionen Mark stahlen und mit zwei Rennbooten fliehen konnten. Es war der dritte große Raub in Italien in fünf Wochen. Die Polizei hatte Montag abend zunächst geglaubt, einen Durchbruch in dem Fall erzielt zu haben, als sie eines der beiden Fluchtboote fand. Später mußten die Beamten eingestehen, daß die Räuber keine Spuren an Bord zurückgelassen hatten. Die Polizei sucht weiterhin nach dem zweiten Rennboot, das am Ufer vor dem staatlich geführten Kasino lag, als die Räuber um 2.40 Uhr zuschlugen.

Bewaffnet mit einer Maschinenpistole, einer abgesägten Schrotflinte und zwei Pistolen, gingen die fünf Banditen durch den Haupteingang des Kasinos, überwältigten einen bewaffneten Wachposten und zwangen einen Kassierer, zwei Safes zu öffnen. Anschließend stürmten sie in den Hauptspielraum und sammelten weitere Gelder vom Kassentisch des Croupiers ein. Etwa 40 Spieler spielten gerade Chemin de fer, ein Kartenspiel, als die Räuber zulangten.

Die Polizei vermutet, daß einige gewiefte Spieler oder Kasino-Angestellte geistesgegenwärtig Nutzen aus der Verwirrung gezogen haben könnten und mehrere Millionen Lire an Einsätzen von den Kartentischen in ihre Taschen verschwinden ließen. Während des zehn Minuten dauernden Überfalls fiel kein einziger Schuß. Mit ihren hochtourigen Rennbooten machten sich die Räuber dann unerkannt aus dem Staub.

Eltern angezeigt

dpa, Stockholm

Ein elfjähriger Junge ging in Nordschweden zur nächstbesten Polizeistation und zeigte seine Eltern an, weil sie ihn geprügelt hätten. Dies ist in Schweden gesetzwidrig. Man geht davon aus, daß es sich hierbei erstmals um einen Fall handelt, in dem ein Kind gegen seine eigenen Eltern klagt und von dem 1979 in Schweden erlassenen „Anti-Prügel-Gesetz" Gebrauch macht. Der Junge kam in die Obhut eines Sozialarbeiters.

Verheerende Stürme

dpa, New York

Der mittlere Westen der USA ist am Wochenende erneut von einer Serie verheerender Tornados heimgesucht worden. Mehr als 50 Wirbelstürme verwüsteten Wohnhäuser, Kirchen und Schulen. Mindestens zehn Menschen wurden durch die Tornados getötet. Im Süden Minnesotas fielen 30 Zentimeter Schnee. Seit Jahresbeginn wurden von den Meteorologen bereits 450 Tornados gezählt – mehr als doppelt so viele wie im Durchschnitt.

Staatsanwalt ermittelt

dpa, Düsseldorf

Im Todesfall einer 18jährigen Arzthelferin auf der Intensivstation der Düsseldorfer Universitätsklinik untersucht die Staatsanwaltschaft, ob Fahrlässigkeit, aktive Sterbehilfe oder sogar vorsätzliche Tötung vorliegt. Das Mädchen war am 16. April durch eine Überdosis Kalium, die ihr in einer Nährlösung über den Tropf zugeführt wurde, ums Leben gekommen.

Tod in Metz

dpa, Nancy

Der als singender Pater bekannt gewordene französische Jesuit Aime Duval ist in Metz im Alter von 65 Jahren gestorben. Duval, der in Frankreich nach seinem weltlichen Sängerkollegen der „Brassens in der Soutane" genannt wurde, stellte den Erlös aus seinen in Millionenauflage erschienenen Platten für mildtätige Zwecke zur Verfügung.

Brandstifter im Wald

dpa, Paris

In Frankreich sind seit dem Wochenende bei zahlreichen Wald- und Flächenbränden mehrere Tausend Hektar Hochwald, Busch- und Heideland verbrannt. Vielfach hatten Brandstifter die Hand im Spiel. Ein Täter wurde gefaßt. Da trotz der sinkenden Temperaturen die Dürre anhielt, konnten sich die Feuer außer in Südfrankreich auch in sonst meist verschonten Gebieten wie dem Elsaß und der Bretagne ausdehnen.

Die Kugel rollt jetzt auch am Bosporus

Casino wird vor allem zum prächtigen Geschäft für den Staat

PETER SCHMALZ, Istanbul

In den Büros hinter Europas Roulette-Tischen schmunzeln die Branchenkenner über Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen. Nicht daß der Sozialdemokrat als besonders eifriger Spieler am grünen Tisch aufgefallen wäre, sein bisher einziger Spielbankbesuch in Westerland hat ihm nach eigenem Bekunden „überhaupt kein Vergnügen" bereitet. Aber dennoch gilt er als einer, der im Glücksspiel verloren hat, genau 4,7 Millionen Mark Steuergelder. Denn mit dieser Summe will er die neue Spielbank in Dortmund subventionieren und rechtfertigt seinen verlorenen Einsatz als soziale Tat: Mit diesem Zuschuß würden neue Arbeitsplätze geschaffen.

Millionen-Einsatz mit Probezeit

Ein Flugticket für Jochimsen nach Istanbul hätte genügt, dem deutschen Steuerzahler Millionen zu ersparen und dem Minister zu der Erkenntnis zu verhelfen, daß Spielbanken auch dann sichere Arbeitsplätze liefern, wenn der Staat, statt zu subventionieren, kräftig kassiert. Den Moslems wie den Militärs in der Türkei ist ein Casino zwar eine bedenkliche Lasterhöhle und das Glücksspiel weit entfernt von der „nützlichen Verstandesübung", die in „anständiger Gesellschaft gespielt eine Kultur der Moralität darstellt", wie Emanuel Kant meinte. Aber den Lockungen, eine verheißungsvolle Geldquelle zu erschließen, mochten sich auch die mohammedanischen Moralisten seit der Lockerung des Kriegsrechts nun doch nicht mehr verschließen. Probeweise für ein Jahr vergab die türkische Regierung eine Lizenz für einen Betrieb, der mit zwei Millionen Dollar einer australischen Finanz-Gruppe im Hilton-Hotel von Istanbul eingerichtet wurde.

Bevor die erste Elfenbeinkugel durch die Roulette-Kessel am Bosporus klickerte, hatte der türkische Staat bereits einen saftigen Gewinn eingestrichen: Die jährliche Lizenzgebühr von 250 000 US-Dollar. „Derartige Usancen gibt es in anderen Ländern nicht", bemerkt ein internationaler Casino-Experte mit spürbarem Respekt vor der Geschäftstüchtigkeit der Regierung in Ankara.

Daß mindestens die Hälfte des Gewinns ebenfalls in die türkische Staatskasse fließt, ist dagegen international üblich. Der Österreichischen Spielbanken AG, die den Türken das Know-how und das Aufsichtspersonal lieferte, erscheint ein solcher Prozentsatz sogar fast paradiesisch. Die Wiener Regierung läßt sich mehr als 90 Prozent des Gewinns der zehn alpenländischen Casinos als Sondersteuer überweisen. Die Kommanditisten in Österreich müssen dennoch nicht darben, die Dividende auf die 40 Millionen Schilling Grundkapital hat sich seit Jahren bei 19 Prozent eingependelt.

Auch die internationalen Financiers scheinen mit ihrem Nacht-Geschäft am Bosporus eine Goldader angezapft zu haben. Schon in wenigen Probewochen vor der offiziellen Eröffnung in diesen Tagen stürmten die Türken das Hotel, mieden den Aufzug zu den Betten und gingen die Treppe hinab zu dem Casino. Istanbuls Hilton-Generaldirektor Norbert Spichtinger: „Wir wurden regelrecht überrannt." Einhundert bis 200 Besucher wurden abends erwartet. Der Schnitt hat sich jetzt bei 800 eingependelt.

Und das alles, obwohl noch keine türkische Lira für Werbung ausgegeben wurde, die Existenz der Spielbank hat sich zwischen den sieben Hügeln der Metropole dennoch wie ein Lauffeuer verbreitet. Um den Besucherstrom einzudämmen, wurden die Bekleidungsvorschriften verschärft und der Mindestumtausch pro Spieler erhöht.

Bringen die Ölscheichs das große Geschäft?

Dabei haben die meisten türkischen Besucher noch nicht einmal die Roulette- und Black- Jack-Tische gesehen, denn sie dürfen nur in den Bereich der Spielautomaten, von Freunden Slotmachines und von den Gegnern „Einarmige Banditen" genannt. In den sogenannten „Lebend-Spielbereich" sind nur Ausländer und solche Türken zugelassen, die ihren Wohnsitz im Ausland haben und mindestens 20 000 Dollar im Jahr verdienen.

Das ganz große Geschäft erhoffen sich die Istanbuler Casino-Manager aber erst im Sommer, wenn die Ölscheichs kommen, die sich früher den Ramadan an den Spieltischen von Beirut versüßten, und die seit dem Niedergang des Libanon noch keine befriedigende Ersatzlösung gefunden haben, um ihre Petro-Dollars en bloc auf Plein oder Cheval zu setzen.



Selbsthilfe auf der Matte

Was zunächst wie ein mißglücktes Attentat aussah, erwies sich als Verzweiflungstat eines 35jährigen Russen. Bei den Ringer-Europameisterschaften in Jönköping rannte er zur Matte und bedrohte die Sportler mit einem Luftgewehr. Er wurde von einem bulgarischen Ringer überwältigt, zog dann aber eine Pistole. Da riß ihn ein polnischer Ringer zu Boden (Fotos). Ein russischer Sportler setzte ihn mit einem Schlag außer Gefecht. Die Ermittlungen ergaben, daß der Russe dagegen protestieren wollte, daß seiner Familie die Ausreise aus der Sowjetunion verweigert worden ist. Sowohl das Gewehr als auch die Pistole waren ungeladen.

R. GATERMANN

FOTOS: DPA/UPI

Schwere Schäden in der Stadt des Heiligen Franz

AFP, Assisi

Auch gestern noch beteten die Franziskanermönche in der Kirche der Heiligen Jungfrau in Rivotorto bei Assisi darum, daß Umbrien, das „grüne Herz" Italiens, von weiteren Erdbeben verschont bleiben möge. Bei dem Beben in der mittelitalienischen Region, der Heimat des Heiligen Franz von Assisi, waren am Sonntag rund ein Dutzend Menschen verletzt worden; mehr als 4000 mußten ihre vom Beben zerstörten oder beschädigten Häuser verlassen. Das geophysische Institut in Rom berichtete von neuen Erdstößen in der Nacht zum Dienstag, die die Stärke 3,8 auf der Richterskala erreichten und damit um zwei Grad schwächer waren als am Sonntag. Neue Schäden wurden aber nicht gemeldet.

Das Beben vom Sonntag hat in Umbrien an zahlreichen historischen Gebäuden Schäden angerichtet; auch die kleine Kirche von Rivotorto, in der Franz von Assisi (1181–1226) die Regeln des von ihm gestifteten Ordens aufgezeichnet haben soll, hat gelitten: Wie schon vor zwei Jahrzehnten bei einem Beben ist das Dach des Gotteshauses eingestürzt. Doch die Franziskaner in ihren braunen Wollkutten zeigen sich unerschütterlich: „Wir werden die Kirche rasch reparieren. Wir in Umbrien lassen uns nicht so schnell unterkriegen."

Ähnlicher Meinung ist offenbar Gianfranco Costa, Bürgermeister der von dem Beben am schwersten betroffenen Stadt Assisi: Die traditionelle Maifeier „Calendimaggio" soll wie geplant heute morgen beginnen: Silvio, der neben der Klosterkirche von Assisi Souvenirs verkauft, hat seine eigene Philosophie: „Wir haben alle Vertrauen in Franz von Assisi. Er hat prophezeiht, daß sein Geburtsort nie verschwinden wird."

WETTER: Allmählich wärmer

Wetterlage: Nach kurzer Wetterberuhigung greifen die Ausläufer eines Biskayatiefs von Südwesten her auf Deutschland über und leiten die Zufuhr milderer Luft ein.

Deutscher Wetterdienst 1. Mai 1984, nachm.

Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Berlin: In Norddeutschland anfangs noch stark bewölkt und zeitweise Regen. Sonst wechselnd wolkig und weitgehend niederschlagsfrei. Im Tagesverlauf von Südwesten her Bewölkungsverdichtung, aber noch trocken. Höchste Temperaturen zwischen 14 Grad im Norden und 20 Grad im Südwesten. Tiefstwerte nachts 11 bis 6 Grad. Schwacher bis mäßiger, an der Küste boeig auffrischender Südostwind.

Weitere Aussichten:

Wechselhaft mit Schauern, verhältnismäßig mild.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	10°	Kairo	28°
Bonn	7°	Kopenh.	15°
Dresden	11°	Las Palmas	20°
Essen	8°	London	15°
Frankfurt	12°	Madrid	12°
Hamburg	8°	Mailand	8°
List/Sylt	14°	Mallorca	16°
München	12°	Moskau	19°
Stuttgart	14°	Nizza	15°
Algier	17°	Oslo	18°
Amsterdam	11°	Paris	15°
Athen	17°	Prag	12°
Barcelona	15°	Rom	17°
Brüssel	10°	Stockholm	17°
Budapest	13°	Tel Aviv	20°
Bukarest	11°	Tunis	20°
Helsinki	19°	Wien	10°
Istanbul	13°	Zürich	11°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.51 Uhr, Untergang: 20.48 Uhr, Mondaufgang: 7.00 Uhr, Untergang: 23.43 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel.

„Diamantener Plan" gegen die Angst

Kinder profitieren von Konkurrenz unter Krankenhäusern

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der Konkurrenzkampf der Kinderkrankenhäuser im Zeichen des Pillenknicks könnte bei den jährlich rund 200 000 kleinen Patienten dazu führen, daß die seit Jahren erhobenen Forderungen nach Mitaufnahme eines Elternteils nach unbeschränkten Besuchszeiten für alle Kinderkliniken endlich Wirklichkeit werden. Dies läßt ein „Diamantener Plan für Kinder" hoffen, den das „Deutsche Kinderhilfswerk e.V." zusammen mit dem „Aktionskomitee Kind im Krankenhaus e.V.", versehen mit einem Aufruf von Familienminister Heiner Geißler, in Bonn der Öffentlichkeit vorstellte. Geißlers Appell, die Krankhäuser „kindgerechter und kinderfreundlicher zu machen", stößt vorläufig noch auf ein entscheidendes Hindernis: Die rechtliche Situation für eine Eltern-Mitaufnahme ist so, daß der behandelnde Arzt in jedem Einzelfall entscheidet, ob dies für die Genesung des Kindes wichtig ist. Entscheidet er positiv, dann dürfen die Kosten für die Mitaufnahme vom Krankenhaus nicht berechnet werden, weder gegenüber dem Kostenträger, noch gegenüber dem Patienten – das jeweilige Haus muß die Kosten selbst tragen. Ganz abgesehen davon, daß es selbstverständlich für die notwendige Zusatzausstattung im Krankenzimmer zuständig ist.

Da aber, so Geißler bei der Präsentation des „Diamentenen Plans", völlig unbestritten sei, daß Kinder durch einen Krankenhausaufenthalt „alter Ordnung" seelische Schädigungen erleiden können, zudem auch feststehe, daß die Verweildauer eines kranken Kindes auf eineer Station um rund ein Viertel der Zeit abnehme, wenn Vater oder Mutter am Bettchen wachen, will man mit Modellversuchen weiterkommen.

Träger des mit 300 000 Mark jährlich geförderten Modellversuchs „Familie und Krankenhaus" ist die Universität Göttingen. Sinn des Unternehmens ist es laut Geißler, Anregungen für eine kinderfreundliche Krankenhauswelt zu erhalten und „eine therapeutische Allianz zwischen Krankenhaus und Familie zu erarbeiten". Im ersten Schritt, dessen Auswertungen jetzt vorliegen, wurden 287 Kinderstationen analysiert, zusätzlich kontrollierte die begleitende Forschung in sieben ausgewählten Stationen (zum Beispiel Essen, München und Göttingen) die tägliche Praxis. Außerdem wurden 825 Eltern von kranken Kindern nach ihrer Meinung über Änderungen befragt.

Die so erarbeiteten Konzepte werden in Lörrach, Salzgitter, Essen, Garmisch-Partenkirchen und Wilhelmshaven erprobt. Wie die Verfasser des „Diamentenen Plans" es forderten, entwickeln Künstlergruppen Raumgestaltungen für eine „angstmindernde Atmosphäre in den Krankenzimmern". Kinderhilfswerk und Aktionskomitee weisen in ihrer Schrift zudem darauf hin, was zum Beispiel bunte Krankenhausbettwäsche oder farbige statt weiße Kittel der Schwestern bewirken können. Im Ingolstädter Krankenhaus gebe es „Vorlese- und Spieltanten" in der Kinderstation, „kindgerechte Motive" haben auf den langen Fluren in Regensburgs Kinderstation für eine freundlichere Atmosphäre gesorgt.

Doch nicht nur Nöte und Ängste von Kindern im Krankenhaus sollen abgebaut werden. Es geht auch um Schulung des Pflegepersonals, das an einen resoluten Alltag gewöhnt ist, und um eine Schulung der Eltern, deren „Überreaktion" vor allem bei der Einlieferung und an Operationstagen auf Kinderstationen ein ebenso bekanntes wie gefürchtetes Phänomen sind.

Mit dem Wonnemonat war es nie weit her

Meteorologen brachte der Mai nur selten ins Schwärmen

H.H. KANNENBERG, Frankfurt

Der heiß ersehnte Mai-Auftritt fiel in seinem meteorologischen Erscheinungsbild diesmal weniger dekorativ aus als in Liedern und Gedichten besungen: Noch ehe die halbe Woche um war, hatte in weiten Teilen Deutschlands das Quecksilber zwar knapp die 20-Grad-Marke erreicht, bezahlt werden mußte die behaglichere Temperatur jedoch mit einem Verlust an strahlend blauem Himmel und Sonne. Der Deutsche Wetterdienst in Offenbach: „Es gibt landschaftlich verschieden starke Mai-Regen. Das rettet manchem Landwirt die Saat und manchem Förster den Wald!" Die extreme Trockenheit hatte in den vergangenen 14 Tagen zu einer Serie von Waldbränden geführt.

Ohnehin verdankt der Mai seinen „lieblichen" Ruf einer Mystifikation. Werner Horst, Pressechef des Deutschen Wetterdienstes: „Als meteorologisches Phänomen gehört der 'Wonnemonat' in Mitteleuropa zu den unsicheren Kantonisten. Seine Neigung zu klimatischen Schwankungen zwischen den Extremen ist notorisch!" Ohne seinen Blütensegen, bedingt durch den jahreszeitlichen Aufbruch der Natur, hätte der Mai vermutlich weit geringere inspirative Wirkung auf Dichter aller Art. Horst: „Viel ausgeglichener und angenehmer im Wetterverlauf als der Mai ist beispielsweise der September!"

Die Launenhaftigkeit des Mai geht eindeutig aus der Statistik hervor. So kann ein Mai-Monat, wie 1968, beispielsweise 21 „Sommertage" mit mehr als 25 Grad bringen. Er kann sogar – wie 1976 (ein Tag) und 1979 (zwei Tage) – mit „Tropentagen" von 30 Grad und mehr verblüffen. Doch er bringt es auch fertig – wie 1939, 1941, 1972, 1980 und 1983 – an keinem einzigen Tag bis zur Sommermarke von 25 Grad vorzustoßen.

Andererseits hält er als typische „Wonnemonat"-Überraschungen auch verspätete Luftfröste (zwei Meter über dem Erdboden) bereit, so 1935, 1941, 1942 und 1979. Im Jahre 1957 brachte ein Mai im Rhein-Main-Gebiet sogar an drei Tagen Schneefall. Nicht zu reden von den Bodenfrösten, die in der 2. Mai-Dekade so häufig sind, daß sie unter dem Stichwort „Eisheilige" abgebucht und der Statistik vorenthalten werden.

Die Ursache der meteorologischen „Mai-Unruhen": Im Wonnemonat ist die Großwetterlage auf der nördlichen Halbkugel durch ein extremes Temperaturgefälle zwischen Polar-Region und Äquator geprägt. Horst: „In den Subtropen hat um diese Jahreszeit die Sonne die Luft bereits aufgeheizt. Im Norden hält sich noch das Kältereservoir des Winters". Wechselnde Vorstöße beider Kraftpotentiale nach Süden oder Norden setzen Mitteleuropa einem permanenten Wechselbad aus.

Sommertage wechseln mit Winterreminiszenzen in so rascher Folge, daß der Mensch mit seinem Kreislauf in physiologische Anpassungsschwierigkeiten gerät. Die sprichwörtlichen Mai-Regen, die nach der Überlieferung Ackersegen bringen sollen, sind in dieser Zeit der Temperaturturbulenzen relativ selten. Der Juni übertrifft das durchschnittliche Regensoll des Mai um 20, der Juli sogar um 40 Prozent.

Weil die meteorologische Nord-Süd-Keilerei in den letzten April-Tagen besonders heftig tobte, erwartet der Deutsche Wetterdienst, daß die kalendarischen „Eisheiligen" (11. bis 15. Mai) diesmal entweder ganz ausfallen oder – wie schon so oft in diesem Jahrhundert – in die letzte Mai-Dekade rutschen. Der Deutsche Wetterdienst: „Vor einem Kälterückfall bleiben wir vorerst verschont."

ZU GUTER LETZT

„Meisterfälscher für antike Möbel" Anzeige in New Yorker Zeitungen